Breslauer  Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf. außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 106. Morgen-Ausgabe. Zweiundsiebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Donnerstag, den 12. Februar 1891.

Unsere politische Zukunft.

Seit Jahresfrist hat sich außerordentlich viel geändert. Die Parteien, welche vordem triumphirten, sind jetzt von schwerer Besorgniß erfüllt. Des Mangels an rechtem Rückhalt im Volke sich bewußt, hatten sie um so mehr der Stütze der bestehenden Gewalten vertraut. Hier schien ihnen alles unerschütterlich zu sein. Jetzt aber bricht eine Säule nach der andern krachend zusammen. Niemand weiß, was von dem alten Regime noch haltbar ist. Reichskanzler- und Hofprediger-Partei sind gestürzt, sogar in den höchsten Kreisen der Armee finden die bemerkenswerthesten Schiebungen statt; die Getreidezölle, das Allerheiligste der bisherigen Majorität, werden untergraben, die Vieheinfuhrverbote aufgehoben; regiert wird ohne das Socialistengesetz; die Socialpolitik treibt sogar die nationalliberale Partei auseinander; der ehemalige Reichskanzler ermuntert die conservative Opposition, es auf die Landtagsneuwahlen ankommen zu lassen, aber, obwohl bestürzt und schwankend, findet diese doch den Einsatz zu hoch und sucht daher die Verständigung mit der Regierung.

Welch ein Umschwung! Die geschlossene Phalanx unserer Gegner löst sich auf und geräth in Verwirrung. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß damit für uns die Schlacht gewonnen sei. Es ist gar nicht einmal zu wünschen, daß die freisinnigen Anschauungen früher maßgebend werden, ehe sie wieder die Sinnesart der großen Mehrheit des Volkes bestimmen, und auch dazu bedarf es um so mehr der Zeit, als auf der anderen Seite die socialdemokratische Propaganda die Geister auf Abwege führt. Auf die Dauer ist die letztere Agitation sogar die bedrohlichere, denn das auf die Wiederherstellung einer hinter uns liegenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bismarck'sche System mußte über kurz oder lang doch zusammenbrechen. Aber eben seines Unterganges bedurfte es, um der Gesellschaft endlich wieder den rechten Halt gegen die Socialdemokratie zu geben, den auf die Dauer weder das Socialistengesetz noch die Bajonette zu verleihen vermögen.

Das wirksamste Schlagwort der Socialdemokraten gegen den heutigen Staat ist, daß er ein Klassenstaat sei. Die liberale Partei — auch die nationalliberale in ihren guten Zeiten — hat von jeher den Klassenstaat verurtheilt. Ihre große Pfahlwurzel ist der Grundsatz der Freiheit und Gleichberechtigung. Die Freiheit ist ein negativer Begriff; sie bedeutet die Abwesenheit der Gewalt des Menschen über den Menschen. Die Erlösung des Menschen aus der Gewalt des Nebenmenschen herbeizuführen ist eine Riesenaufgabe, die sich in den Jahrhunderten, ja in den Jahrtausenden wechselvoll gestaltet hat. Sie ist eine der größten Aufgaben der Civilisation; sie beherrscht die ideelle Civilisation ganz und gar und greift selbst auf die materielle und wirthschaftliche bestimmend hinüber. Das Christenthum, die Abschaffung der Sklaverei, die Reformation, die Befreiungskriege, die Erlösung der Naturwissenschaft von der kirchlichen Bevormundung, die Gewerbefreiheit, Auswanderungsfreiheit, Freizügigkeit, Coalitionsfreiheit, der Freihandel, die Toleranz und Gleichberechtigung der Religionen und Confessionen sind einige Marksteine auf dem weiten Wege, den die Menschheit beim Durchringen zur Freiheit zurücklegen mußte. Noch ist nicht alles gesichert und schon bringt die Zeit neue Freiheitsprobleme mit sich.

Die liberale Partei Deutschlands bildete sich unter der greifbaren Aufgabe, die im alten historischen Klassenstaat mannigfach vorhandene Gewalt des Menschen über den Menschen zu brechen. So hat sie die Gewerbefreiheit, die Auswanderungsfreiheit, die Freizügigkeit, die Coalitionsfreiheit durchgesetzt und später gegen Angriffe vertheidigt; sie hat die patriarchalische Macht des Junkerthums über seine Hintersassen eben so wirksam bekämpft wie die Allgewalt der Bureaukratie; dem Freihandel hat sie sogar im Bunde mit dem damals am Freihandel interessirten Junkerthum den Zollverein nahe gebracht.

Irrthümer mögen ja auch bei der liberalen Partei vorgekommen sein, aber niemals ist von ihr das materielle Interesse zum Princip erhoben worden, wie dies vor Allem bei den Junkerparteien der Fall war, welche mehr oder minder verblümt die Theorie predigten, die Wohlfahrt Aller kenne kein dringenderes Erforderniß, als daß sie, die Grundbesitzaristokratie und die Familien von altbefestigtem Besitz und Ansehen in materiell und wirthschaftlich herrschender Stellung blieben; dies müsse selbst auf Kosten der übrigen Bevölkerung erreicht werden.

Das Zusammentreffen der Neubildung unseres Nationalstaats mit diesen inneren Kämpfen und das gewaltige Ansehen des leitenden conservativen Staatsmannes brachten die bekannten Rückschritte nach der Richtung des Klassenstaats mit sich. Wir wollen hier nur einige Punkte andeuten: die Lebensmittelbesteuerung, die Prämien für die Spiritusbrenner und die Zuckerfabrikanten; und unter den nicht oder doch nur halb gelungenen Bestrebungen die Einschränkung der Gewerbefreiheit, des allgemeinen Wahlrechts, der Freizügigkeit, der Auswanderungsfreiheit und der Coalitionsfreiheit, die Bestrebungen auf Abschaffung der Goldwährung. Bis zum Beeren- und Pilze-Paragraph und der Kunstbutter herunter stand die Politik der letzten zwölf Jahre unter dem Glauben, daß man ungestraft die Tendenzen des alten Klassenstaats heraufbeschwören dürfe.

Je länger diese Anschauung Bestand hatte, je widersinniger sie sich zeigte, desto mehr Anhänger führte sie der Socialdemokratie als der lärmendsten und gehässigsten Gegnerin des aristokratischen Klassenstaats zu. In der That giebt es kaum eine zwingendere Consequenz als diese: Wenn der Staat einmal die freie Wirthschaft, das natürliche Ergebniß des freien Spiels der Kräfte unterbrechen darf, so erfordert es die moderne Gesittung, daß es dann zu Gunsten der mittellosen Arbeiter, Tagelöhner, kleinen Handwerker und kleinen Beamten geschieht, nicht aber auf deren Kosten zu Gunsten der ohnehin schon begüterten und theilweise in glänzendster Lebenslage befindlichen Großproducenten von Lebensmitteln und Fabrikaten. Wenn man viele Millionen baar verschenkt, wie darf man sie den reichen Brennereibesitzern und Actionären von Zuckerfabriken zuwenden anstatt den armseligen Tagelöhnern auf Rittergütern und den Webern im Eulengebirge, den Arbeitern der Thüringer Spielsachenindustrie?

Die Lage ist unhaltbar geworden. Sie ist eben jetzt im vollen Zusammenbruch, der ja beschleunigt worden ist durch mancherlei Vorkommnisse, u. A. durch das persönliche Verhalten ihres vornehmlichsten Trägers gegen den Kaiser. Auf den Kaiser wirkte der Zwiespalt zwischen der zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit des Systems und der handgreiflichen Begünstigung der Arbeitgeber sehr stark. Seinen Bemühungen, nach der einen wie nach der anderen Seite zu bessern, setzte der Kanzler unter dem Beifall der Schutzzöllner diplomatischen Widerstand entgegen. Darum mußte er stürzen. Aber es bleibt nicht bei seinem Sturze. Die Natur der Dinge drängt dahin, mit dem unheilvollen Experiment der Rückkehr zum Klassenstaat zu brechen. Ehe das nicht geschehen, werden die den Staat vertheidigenden Parteien sich nicht wirksam auf das wahre Fundament eines modernen, Dauer versprechenden, Entwicklung und Wohlfahrt verbürgenden Gemeinwesens berufen können, auf die Gleichberechtigung vor der Gesetzgebung.

Deutschland.

×× **Berlin**, 10. Febr. [**Approbirte Aerzte und Kurpfuscher.**] Zu der Berathung der Krankenkassennovelle hat der deutsche Aerzteverein, welchem 11 000 Aerzte angehören, dem Reichstage eine Bittschrift eingereicht, in welcher u. A. gefordert wird, daß überall da, wo im Krankenkassengesetz von Aerzten die Rede ist, „approbirte" Aerzte gesetzt werden sollen. In Anerkennung der Gründe, welche von dieser Seite für den erwähnten Vorschlag geltend gemacht sind, hatte der Abgeordnete Eberty in der zweiten Lesung der Krankenkassennovelle den Antrag eingebracht, daß in den § 6 hinter Ziffer 1 ein Zusatz eingeschaltet werde, daß „als ärztliche Behandlung im Sinne dieses Gesetzes, abgesehen von Fällen unmittelbarer Gefahr, nur diejenige anzusehen sei, welche seitens eines in Gemäßheit des § 29 der Reichsgewerbeordnung approbirten Arztes oder eines andren daselbst erwähnten ärztlichen Sachverständigen erfolgt". Ueber diesen Antrag fand in der heutigen Sitzung der Commission eine sehr lebhafte und eingehende Debatte statt, die damit endigte, daß der Abgeordnete Eberty für die Commission seinen Antrag zurückzog, da von den Vertretern des Bundesraths Erklärungen abgegeben wurden, welche dahin lauteten, daß schon jetzt im Sinne des Gesetzes unter Aerzten nur „approbirte" Aerzte zu verstehen seien. Indeß erklärte der Antragsteller, seinen Antrag im Plenum des Reichstages wieder einbringen zu wollen. Den Kurpfuschern, Naturärzten und sonstigen nicht wissenschaftlich vorgebildeten, sich mit der „Heilung" von Kranken beschäftigenden Personen erstand in der Commission zu allgemeiner Ueberraschung ein warmer Vertheidiger in der Person des Abgeordneten Metzner, jenes oberschlesischen Schornsteinfegermeisters, der für das Handwerk den Befähigungsnachweis als unerläßliche Forderung zu proclamiren nicht müde wird, und der kürzlich in der Commission erklärt hat, wenn den Handwerkern nicht der Befähigungsnachweis gegeben würde, so werde es in drei Jahren keine Innungen mehr geben und das Handwerk dem raschen Ruin preisgegeben sein. Herr Metzner meinte, Kurpfuscher kämen gerade unter den geprüften (also mit einem staatlich autorisirten „Befähigungsnachweis" ausgestatteten) Aerzten besonders zahlreich vor. Dagegen erzielten die sog. Kurpfuscher oft die glänzendsten Heilungen. Er selber verdanke es dem wiederholten Eingreifen von „Kurpfuschern", daß er noch lebe und nicht schon, wie es nach Ansicht der approbirten Aerzte seine Pflicht gewesen wäre, im Jahre 1876 gestorben sei. Absprechender kann allerdings wohl Niemand über den „Befähigungsnachweis" sprechen. Als der Abg. Metzner auf diese seine wunderbare Inconsequenz ironisch hingewiesen wurde, erklärte er, mit der Wissenschaft stehe es eben anders als mit dem Handwerk. Nun wird zwar außer Herrn Metzner es wohl Niemand recht begreifen können, warum ein Befähigungsnachweis für die Herstellung einer Torte oder einer Weste nöthig, für die Behandlung eines Erkrankten aber, bei der es sich um Tod und Leben handelt, überflüssig sei, allein das sind eben die unergründlichen Geheimnisse zünftlerischer Weisheit, die hier in Frage kommen, und da muß der Laie beschämt seine vollkommene Naivetät eingestehen. Die Forderung, daß nur „approbirte" Aerzte als Kassenärzte in Anspruch genommen werden dürfen, erscheint um so gewichtiger, als in das neue Krankenkassengesetz eine Bestimmung aufgenommen ist, wonach 20 Versicherte berechtigt sein sollen, neben den bereits engagirten Kassenärzten einen neuen Arzt zu verlangen. Hiernach hätte es ein geschickter Bandwurmdoctor, oder ein „Naturarzt" ꝛc., der nachdrücklich zu agitiren versteht, in der Hand, zum Kassenarzte zu avanciren, als welcher er die verderblichste Wirksamkeit entfalten kann, als welcher er auch Bescheinigungen über Erwerbsunfähigkeit und andre Atteste von weittragender Wichtigkeit auszustellen hat. Man darf mit Recht gespannt darauf sein, wie sich der Reichstag zu dem Antrag Eberty stellen wird, wenn derselbe zur Discussion gestellt wird.

[**Ein Gesetzentwurf, betreffend die elektrischen Anlagen,**] ist dem Bundesrathe zugegangen. Derselbe bestimmt im Wesentlichen:

Die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Fortleitung und Verwendung elektrischer, zu Beleuchtungs-, Kraftübertragungs- und anderen Zwecken dienenden Ströme — elektrische Anlagen — unterliegen den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen, welche vom Bundesrath erlassen werden. Elektrische Leitungen, welche auf, über oder unter öffentlichem Grund und Boden geführt werden, müssen so angelegt werden, daß sie den Betrieb bereits bestehender elektrischer Anlagen nicht behindern und die Benutzung des öffentlichen Grundes und Bodens für die spätere Errichtung öffentlichen Zwecken dienender elektrischer Telegraphen-, Fernsprech- oder Signalanlagen nicht unmöglich machen. Zur Errichtung elektrischer Anlagen, für welche öffentlicher Grund und Boden benutzt werden soll, ist die vorgängige Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich. Elektrische Anlagen, welche vor der Verkündigung dieses Gesetzes errichtet worden sind und binnen sechs Monaten unter Einreichung einer Beschreibung ihres gegenwärtigen Bestandes und der zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen der höheren Verwaltungsbehörde zur Anzeige gebracht werden, bedürfen der Genehmigung nicht. Der Antrag bei beabsichtigten Anlagen ist der zuständigen Reichs- und Telegraphenverwaltung zuzustellen, welche befugt ist, binnen vier Wochen Widerspruch zu erheben. Die Entscheidung liegt der höheren Verwaltungsbehörde ob. Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde an die Landescentralbehörde zulässig. Ist die Reichstelegraphenverwaltung bei dem Verfahren betheiligt, so ist die Beschwerde an den Bundesrath zulässig, der nach Anhörung der Landescentralbehörde entscheidet. Bei unbegründeten Einwendungen fallen dem Widersprechenden die Kosten zu; alle übrigen Kosten hat der Unternehmer zu tragen. Abänderungen der Anlagen bedürfen vorgängiger Genehmigung. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf elektrische Anlagen auf Grund und Boden von Eisenbahnverwaltungen, sowie auf Anlagen der Reichs- und Staats-Telegraphenverwaltungen. Elektrische Anlagen zur Abhaltung öffentlicher Schaustellungen ꝛc., sowie in Räumen, in denen explodirbare Stoffe verarbeitet werden, lagern, sich bilden oder ansammeln können, müssen vor der Inbetriebsetzung von der Ortspolizeibehörde geprüft werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 300 M. bestraft und können auch die Einstellung des Betriebes zur Folge haben. Unterlassung der vorgeschriebenen Anzeige wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. belegt. Die Landes-Centralbehörden haben zu bestimmen, welche Behörden als höhere Verwaltungsbehörden anzusehen sind. Der Gesetzentwurf stützt sich auf den großen Umfang, den die Verwendung der Elektricität zu Beleuchtungs- und anderen technischen Zwecken gewonnen hat, und welcher zur Anwendung der damit verbundenen Gefahren den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über Errichtung, Einrichtung und Betrieb der Anlagen erforderlich macht. Es kommen dabei in Betracht: die Stromerzeugungsanlagen, die Leitungen, die Installationsanlagen und die elektrotechnischen Fabriken. Die mit diesen Anlagen verbundenen Gefahren bestehen in der Möglichkeit von Unfällen in Folge der Berührung menschlicher Körper mit den elektrischen Apparaten und Leitungen, in der Feuersgefahr, in der möglichen Störung des öffentlichen Telegraphen- und Telephonbetriebes durch die für andere Zwecke bestimmten elektrischen Leitungen und in den Folgen des durch irgend einen Zufall herbeigeführten Zerreißens dicker, stark gespannter, über Häuser und Straßen fortgeführter Drähte. Zur Sicherung gegen diese Gefahren muß Vorsorge getroffen werden, daß alle elektrischen Anlagen diejenige Einrichtung erhalten und mit denjenigen Vorkehrungen versehen werden, welche geeignet sind, die Gefahr für Menschen und die Feuersgefahr thunlichst auszuschließen, und daß die Leitungen eine Einrichtung erhalten, durch welche die gegenseitige Störung der Betriebe vermieden und das Zerreißen der Drähte thunlichst verhindert und eintretenden Falls ungefährlich gemacht wird. Ein Vorschlag, zu dem Ende alle elektrotechnischen Anlagen in das Verzeichniß derjenigen Betriebe aufzunehmen, welche die Gewerbeordnung in dieser Beziehung vorschreibt, hat sich als unthunlich erwiesen. Man hat sich deshalb für eine gesetzliche Regelung und zwar in der Weise entschieden, daß das gesetzliche und polizeiliche Eingreifen für die verschiedenen in Frage kommenden Anlagen nach dem Maße der damit verbundenen Gefahr und des dabei in Betracht kommenden öffentlichen Interesses verschieden bemessen wird.

[**Die Volksschulcommission des Abgeordnetenhauses**] hat, wie schon gemeldet, bezüglich des Gesetzentwurfs wegen der Entnahme von 20 Millionen aus den Erträgnissen der lex Huene für Schulbauten beschlossen, denselben durch den Antrag Clairon d'Haussonville zu ersetzen. Dieser stellt der Regierung 20 Millionen „aus den bereitesten Mitteln" zur Verfügung, namentlich aus den durch das Einkommensteuergesetz zu erzielenden Ueberschüssen. Die Debatte nahm folgenden Verlauf:

Der Antragsteller bekundete den Wunsch seiner politischen Freunde, etwas Positives zu schaffen, aber auch deren Abneigung die zu Schulbauten erforderlichen 20 Millionen aus dem Ertrage der lex Huene zu nehmen. Ebenso hätten dieselben ernste Bedenken, diese Mittel durch eine Anleihe zu decken. Aus Anerkennung der Nothwendigkeit sei ein Antrag hervorgegangen, von dem er aber nicht wisse, ob seine Fractionsgenossen ihm beitreten würden. Gegenüber den Angriffen seitens der Mitglieder des Centrums, welche das Schulgesetz als antichristlich und der Verfassung nicht entsprechend bezeichneten, hob Minister von **Goßler** hervor, daß die stärkste Confession in Preußen, die evangelische, solche Empfindungen nicht theile. Der evangelische Oberkirchenrath habe sich mit dem Gesetz in seinen Hauptzügen einverstanden erklärt. Von fünf vom Oberkirchenrath geäußerten Abänderungswünschen seien drei durch die Commissionsbeschlüsse bereits erfüllt, einer berühre nur die Fassungsfrage und einer unterliege noch der Beurtheilung der Commission. Diese Stellung des evangelischen Oberkirchenraths beruhige sein Gewissen. Bei Erlaß der lex Huene sei die Berechtigung der Communen ausdrücklich vorgesehen, Beträge daraus zur Erleichterung der Volksschullasten zu verwenden. Indem die Kreise aber nur 200 000 M. zu diesem Zweck, und überhaupt nur 50—60 000 M. speciell zu Schulbauten aus den ihnen überwiesenen 100 Millionen verwandt, hätten sie doch einen zu bescheidenen Gebrauch von dieser Berechtigung gemacht. Er halte es auch nicht für zulässig, daß die entwickelteren Gegenden mit Neid auf die im Schulwesen zurückgebliebenen blickten, weil dieselben mit außerordentlichen Mitteln eine Beihilfe erfahren sollen. Diese Erwägungen haben die Staatsregierung zu dem Vorschlage geführt, die erforderliche Summe aus den Erträgen der lex Huene zu entnehmen. Der Commissar des Finanzministers Geh. Rath **Germar** bittet, den Gedanken, die 20 Millionen durch eine Anleihe zu decken, nicht weiter zu verfolgen. Er könne diesen Weg nur dann für zulässig erachten, wenn andere nicht vorhanden seien. Heute ständen Mittel zur Verfügung, welche naturgemäß zu Schulzwecken verwendet werden könnten und welche auch dazu in Aussicht genommen seien. Er halte sich für ermächtigt, im Namen der Staatsregierung dringend zu bitten, von einer Anleihe abzusehen, wohingegen er glaube, daß der Antrag d'Haussonville einen Widerstand von Seiten der Staatsregierung nicht finden werde. Der Antrag des Grafen d'Haussonville wurde darauf mit allen gegen die 7 Stimmen des Centrums **angenommen**.

Die „Nat.-Ztg." knüpft an den Commissionsbeschluß folgende Bemerkung: „Wir haben schon nach der ersten Berathung dieser Vorlage in der Commission auf den bedauerlichen Zug unseres öffentlichen Lebens hingewiesen, welcher in der fast allgemeinen Opposition gegen diesen sachlich durchaus begründeten Gesetzentwurf hervortrat: das Bestreben, materielle Vortheile, welche irgend ein Kreis von Interessenten einmal errungen hat, und wären sie auch so ungerechtfertigt, wie die auf Grund des Gesetzes Huene, ohne Rücksicht auf allgemeine Volks- und Staats-Interessen festzuhalten. Doch die Aussichtslosigkeit der in Rede stehenden Vorlage ist nach dem gestrigen Beschluß eine Thatsache. Da muß es denn als ein immerhin noch erfreulicher Ausweg erachtet werden, daß ein Antrag angenommen wurde, die je 10 Millionen Mark für zwei Jahre **aus dem Mehrertrage der Einkommenbesteuerung** zu entnehmen."

[**Die Patentcommission des Reichstages**] begann die zweite Lesung. § 1 wird unverändert nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen. — § 2 wird in folgender Fassung angenommen: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung in öffentlichen Druckschriften aus den letzten hundert Jahren bereits derart beschrieben oder im Inlande bereits so offenkundig benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint. — Die im Ausland amtlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffentlichen Druckschriften erst nach Ablauf von drei Monaten seit dem Tage der Herausgabe gleich, sofern das Patent von Demjenigen, welcher die Erfindung im Ausland angemeldet hat, oder von seinem Rechtsnachfolger nachgesucht wird. Diese Begünstigung erstreckt sich jedoch nur auf die amtlichen Patentbeschreibungen derjenigen Staaten, in welchen nach einer im Reichsgesetzblatt erschienenen Bekanntmachung des Reichskanzlers die Gegenseitigkeit verbürgt ist. — Der zweite Absatz dieses Paragraphen ist vollständig neu. — § 3, **Patentanspruch** Abs. 1, erhält folgende Gestaltung: Auf die Ertheilung des Patents hat Derjenige Anspruch, welcher die Erfindung zuerst nach Maßgabe dieses Gesetzes angemeldet hat. Eine spätere Anmeldung kann den Anspruch auf ein Patent nicht begründen, wenn die Erfindung Gegenstand des Patents des früheren Anmelders ist. Trifft diese Voraussetzung theilweise zu, so hat der spätere Anmelder nur Anspruch auf Ertheilung eines Patents in entsprechender Beschränkung. Der zweite Absatz des Paragraphen erhält folgenden Zusatz: Hat der Einspruch die Zurücknahme oder Zurückweisung der Anmeldung zur Folge, so kann der Einsprechende, falls er innerhalb eines Monats seit Mittheilung des hierauf bezüglichen Bescheides des

Patentamtes die Erfindung seinerseits anmeldet, verlangen, daß als Tag seiner Anmeldung der Tag vor Bekanntmachung der früheren Anmeldung festgesetzt werde. — § 4, **Wirkung des Patents**, § 5, **Nichteintritt dieser Wirkung**, werden mit geringen Aenderungen nach den Beschlüssen der Subcommission, § 6 nach dem Regierungsentwurf, § 7 im Wesentlichen nach den Beschlüssen der genannten Commission angenommen. Bei § 8, **Gebühren**, wird nochmals eine Ermäßigung der Gebühren verlangt, dagegen aber geltend gemacht, daß man die Kosten der Neuorganisation zur Zeit nicht übersehen könne. Abg. Dr. **Hammacher** (nat.-lib.) beantragt, in einer Resolution die Erwartung auszusprechen, daß der Bundesrath eine Ermäßigung der Patentgebühren eintreten läßt, sobald die Einnahmen die Ausgaben **erheblich** übersteigen werden. Die Resolution wird vorläufig bis zur Beschlußfassung über das Musterschutzgesetz zurückgestellt. Abg. **Stadthagen** (Sociald.) erklärt sich gegen eine Herabsetzung der Patentgebühren. Der diesbezügliche Antrag Kauffmann-Münch (freis.) wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. — Die §§ 9—22 werden nach den Beschlüssen der Untercommission angenommen, in § 23 wird der Satz: „Dieser einstweilige Schutz wirkt auf den Tag der Anmeldung zurück" gestrichen, die §§ 24, 24a werden angenommen. Bei § 25, Beschwerde, wird nochmals längere Zeit über die Einschränkung der Mündlichkeit verhandelt, die Beschlußfassung wird ausgesetzt.

[**In der Commission für das Gesetz betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen**] wurde die obligatorische Prüfung sämmtlicher Feuerwaffen beschlossen. Sowohl der Antrag Münch, der nur eine facultative Prüfung vorschreiben wollte, wie der Antrag Willich, welcher die Prüfung ausschließen wollte, wenn die Waffen an ausländische Prüfungsanstalten unter amtlichem Verschluß abgeführt werden, wurden abgelehnt und **§ 1 der** Regierungsvorlage mit 9 gegen 2 Stimmen angenommen.

[**Die Krankenversicherungs-Commission**] des Reichstages beendigte in ihrer Sitzung vom 10. Februar zunächst die Berathung des § 2 in zweiter Lesung. Abg. Dr. **Gutfleisch** legte, wie die „Voss. Ztg." berichtet, eingehend die Schwierigkeit dar, die Krankenversicherung des Gesindes in diesem Gesetze anders und besser zu regeln, als es theils durch Landesgesetz, theils durch örtliche Sitte geschehen; insbesondere sei es unthunlich, durch ortsstatutarische Bestimmungen das Landesgesetz aufzuheben; der Zweck, die Krankenfürsorge des Gesindes zu verbessern, lasse sich kaum anders, als durch ein besonderes Reichsgesetz erreichen. Aehnlich sprechen sich Geh. Rath **Lohmann** und Correferent Dr. **Hirsch** aus, welch' letzterer das Zugeständniß der Herren von der Rechten, daß die Krankenfürsorge des landwirthschaftlichen Gesindes ganz im Argen liege, hervorhebt, andererseits empfehlen die Abgg. v. d. **Schulenburg** und **Molkenbuhr**, theilweise auch der Referent **Mirbach** die Einbeziehung der Dienstboten. Nach Zurückziehung des conservativen Antrages zu § 6a Absatz 1 und Ablehnung des Antrages Graf von Holstein zu § 2 wird zunächst der Zusatzantrag der Subcommission zu § 2 Ziffer 6 angenommen, dann aber die so gestaltete Ziffer 6 abgelehnt und damit die in der ersten Lesung beschlossene **Einbeziehung der Dienstboten und des land- und forstwirthschaftlichen Gesindes wieder ganz beseitigt.** Im Uebrigen bleibt § 2 unverändert. Zu §§ 3b und 4 werden redactionelle Anträge der Subcommission angenommen. — (Es folgte hierauf die Debatte über den Antrag Eberty, daß als ärztliche Behandlung im Sinne des Gesetzes nur die seitens eines **approbirten Arztes** zu gelten habe. Ueber diesen Theil der Verhandlung berichtet unserer Berliner XX-Correspondent.) Zu § 20 beantragte der Abgeordnete **Stötzel** die Wiederherstellung der Vorlage derart, daß die Wöchnerinnen-Unterstützung kraft Gesetzes nur an **eheliche Wöchnerinnen** gezahlt werden soll. Nach lebhafter Debatte, in welcher sich für den Antrag die Abgg. Hitze, Spahn, v. d. Schulenburg und Geh. Rath Lohmann, gegen den Antrag die Abgg. Dr. Buhl, Graf v. Holstein, Schenk, Dr. Gutfleisch, Vollrath, Molkenbuhr, Bruhns, Möller und der Correferent aussprachen, wird der **Antrag Stötzel** mit großer Mehrheit (gegen Centrum und einige Conservative) **abgelehnt.**

[**Abänderung der Amtsgerichtsbezirke.**] Dem Herrenhause ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, zugegangen. Derselbe bestimmt: Unter Abänderung der Verordnung vom 5. Juli 1879 werden zugelegt: 1) die Gemeinden Daleszyn, Dusin, Jawory, Koszkowo, Ostrowo, Strumiany-Hauland und Wycislowo, sowie die Gutsbezirke Daleszyn mit Malewo, Dusin mit Pozegowo, Jezewo mit Jawory, Koszkowo und Ostrowo im Kreise Gostyn, unter Abtrennung von dem Amtsgerichte zu Schrimm, dem Amtsgerichte zu **Gostyn**; 2) der zu dem Polizeidistrict Polajewo des Kreises Obornik gehörige Theil des Gutsbezirks Hartigsheide, nämlich die Forsthäuser Birkenfurth, Langenfurth, Tepperfurth, Mühlchen, das Oberförster-Etablissement Heidchen und das Waldwärter-Etablissement Heidchen nebst den zugehörigen Forstschutzbezirken, unter Abtrennung von dem Amtsgerichte zu Rogasen, dem Amtsgerichte zu **Obornik**; 3) die Gemeinde Neu-Laube im Kreise Fraustadt, unter Abtrennung von dem Amtsgerichte zu Lissa, dem Amtsgerichte zu Fraustadt; 4) die Gemeinde Swiontnik im Polizeidistrict Moschin des Kreises Schrimm, unter Abtrennung von dem Amtsgerichte zu Posen, dem Amtsgerichte zu Schrimm; 5) die Gemeinden Dölkau, Günthersdorf, Kötzschlitz, Zschöchergen und Zweimen-Göhren, sowie die Gutsbezirke Dölkau, Günthersdorf und Kötzschlitz aus dem Amtsbezirke Dölkau im Kreise Merseburg, unter Abtrennung von dem Amtsgerichte zu Merseburg, dem Amtsgerichte zu **Schkeuditz**. — Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. October 1891 in Kraft.

[**Zum Einkommensteuergesetz**] hat der Abg. Dr. **Gneist** den Antrag eingebracht, den darin vorgesehenen Steuergerichtshof durch das Oberverwaltungsgericht zu ersetzen. Ein Sondergericht könne kein Vertrauen gewinnen, auch sei das Oberverwaltungsgericht schon jetzt als Steuergericht für das ganze Gebiet der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialabgaben thätig. Die freisinnige Partei beantragt, die eingetragenen **Genossenschaften** und die **Consumvereine**, auch wenn sie über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus Geschäfte treiben, beziehungsweise einen offenen Laden halten, von der Einkommensteuer freizulassen.

[**Die Ausprägung von Reichsmünzen**] hatte Ende Januar l. J. nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke folgenden Bestand erreicht: Goldmünzen: Doppelkronen 2 012 056 440 M., Kronen 501 043 920 M., halbe Kronen 27 960 070 M.; Silbermünzen: Fünfmarkstücke 74 096 535 Mark, Zweimarkstücke 104 956 022 M., Einmarkstücke 178 982 380 M., Fünfzigpfennigstücke 71 483 392,50 M., Zwanzigpfennigstücke 22 714 618,60 Mark; Nickelmünzen: Zwanzigpfennigstücke 4 005 271,40 M., Zehnpfennigstücke 28 487 237,20 M., Fünfpfennigstücke 14 082 270,70 M.; Kupfermünzen: Zweipfennigstücke 6 213 178,28 M., Einpfennigstücke 5 199 491,34 M.

* **Berlin**, 11. Februar. [**Berliner Neuigkeiten.**] Hinsichtlich der Verhaftung des Hoflieferanten **Eduard Thiele** und seines Genossen „Dr." **Moritz Reiter** ist das Gerücht ausgestreut und verbreitet, daß in derselben Angelegenheit noch andere Verhaftungen erfolgt seien, darunter vier von höheren Beamten, welche bei den „Schiebungen" ihre Hand im Spiele gehabt hätten. Die „Berl. Volksztg." schreibt hierzu: „Davon ist keine Silbe wahr. Außer Thiele und Reiter sind weitere Personen noch nicht festgenommen. Moritz Reiter, früher in Friedenau, zuletzt in Friedrichsberg wohnhaft, ist am schwersten belastet. Es giebt in Berlin wohl kaum ein größeres Geschäft, dem er nicht seine vielversprechenden „Prospecte" zugesandt hätte. Massenhaft ließ er Druckschriften und Reclamen anfertigen und verbreiten, und um sich besser einzuführen, bediente er sich besonderer Listen, in denen er alle in Berlin wohnenden Doctores philadelphiae namhaft machte. Mit Vorliebe berief er sich auf hohe Verbindungen zu mehreren prinzlichen Hofhaltungen, zu Hofmarschällen und ähnlichen Beamten. Seinen Clienten lockte er, abgesehen von den Vorschüssen, die er sich zahlen ließ, dadurch Geld ab, daß er erklärte, er müsse noch verschiedene Personen kaufen, bevor er zum Ziele komme, und um Indiscretionen zu vermeiden, ließ er sich allerhand Verpflichtungen unterschreiben, deren Wortlaut Jedem die Zunge band. Die Gesuche um „Prädicatisirung", die er stellte, waren Legion. Ob und wie weit Reiter mit den Hofhaltungen wirklich verkehrt hat, wird die umfangreiche Untersuchung klarstellen. Jedenfalls war er überall als Agent bekannt, dehnte er doch seine Geschäfte über das ganze Reich aus. Uns wird versichert, daß er von gewissen kleinen Höfen nachweislich Hoflieferantenprädicate verschafft hat und daß thatsächlich viele Personen in Berlin ihm ihre Titel verdanken! Nach gewissen Miniaturhauptstädten im Reich unternahm er oftmals Reisen. Dabei lag er mit anderen „Agenten", welche ihm Concurrenz machten, in dauernder Fehde. Dem Amtsgericht I und II war er als gewohnheitsmäßiger Klagegast bekannt. Unzweifelhaft wird die öffentliche Verhandlung, falls es überhaupt dazu kommt, viel Staub aufwirbeln."

Frankreich.

s. **Paris**, 9. Februar. [**Clericale und Monarchisten.**] In den letzten Wochen wird hier viel von einer bevorstehenden Trennung der Clericalen von den Monarchisten, von einer Abzweigung der kirchlichen Interessen von denen der orleanistischen Prätendenten und ihrer Anhänger gesprochen. Verschiedene Cardinäle und Bischöfe, vorzüglich der algerische Cardinal Lavigerie, hatten bekanntlich bereits vor längerer Zeit in viel commentirten Reden und Schreiben sich dahin geäußert, daß die Clericalen sich nicht mehr von den sogenannten Conservativen ins Schlepptau nehmen lassen sollten, und daß es an der Zeit wäre, eine republikanisch katholische Partei zu bilden, an welche sich zweifellos die große Mehrheit der wahrhaft conservativen Wähler anschließen werde. Diese Auslassungen hochgestellter Kirchenfürsten hatten zwar die „königstreuen" Journale in eine gewisse Aufregung versetzt, indessen glaubten dieselben trotzdem nicht an die Möglichkeit, daß der Papst ihnen seinen moralischen Beistand, der den größten Theil ihrer Stärke in Frankreich bildet, entziehen werde, und sie trösteten sich deshalb über diese ihnen unangenehmen Kundgebungen damit, daß dieselben rein platonisch seien und daß eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht zu erwarten stände. Dieser Hoffnung glaubte gestern noch der royalistische Redner d'Haussonville in einer conservativen Versammlung in Nimes Ausdruck geben zu können und seine Zuhörer von einem Anschluß an die Republik energisch abmahnen zu müssen. Es scheint indessen, daß dieser Herr und seine Gesinnungsgenossen sich in ihren optimistischen Erwartungen getäuscht haben und daß in der That die Bildung einer katholisch-republikanischen Partei geplant wird. Verschiedenen Zeitungen, darunter auch einigen conservativen, ist nämlich aus Rom die Nachricht zugegangen, der Papst werde demnächst ein Schreiben veröffentlichen, in welchem er die Katholiken ermahnen würde, „von jeder systematischen Opposition gegen die Regierungen, selbst wenn dieselben republikanisch seien, abzulassen." Sollte diese Nachricht sich bestätigen, so würde die orleanistische Partei einen Stoß erhalten, von dem sie sich schwerlich wieder erholen könnte. Die Zahl ihrer Vertreter in der Kammer würde auf ein Minimum zusammenschrumpfen, da die meisten Wähler, die bisher für sie gestimmt, blindlings den von der Kirche gegebenen Weisungen folgen und ihnen infolge dessen in Zukunft ihre Unterstützung versagen würden. Dies ist schon aus einer Auslassung des bisher streng royalistischen Deputirten Piou zu erkennen, der sich nicht nur bereit erklärt, auf Geheiß des Papstes die Orleans ihrem Schicksal zu überlassen, sondern auch eine solche Aenderung der clericalen Politik für sehr vernünftig und wünschenswerth hält. Diese Erklärung Pious ist um so bemerkenswerther, als derselbe vor Kurzem in Rom gewesen und vom Papste empfangen worden war. Er muß also wohl, um so offen über eine Trennung der Clericalen von den Orleanisten sprechen zu können, von dem Oberhaupte der katholischen Kirche dazu eine Art Autorisation erhalten haben. Die republikanischen Journale nehmen im Allgemeinen mit Befriedigung von der Ankündigung Notiz, daß die Katholiken auf Verlangen ihres Oberhauptes die republikanische Staatsform anerkennen wollen, halten aber dennoch große Vorsicht seitens der leitenden Staatsmänner und seitens der demokratischen Wähler für geboten, damit die Clericalen nicht etwa eine Majorität im Lande erhalten, was trotz des Anschlusses derselben an die Republik wohl nicht mit Unrecht als eine Gefahr für dieselbe angesehen wird.

L, **Paris**, 9. Febr. [**Eine royalistische Versammlung.**] Auf einer in **Nimes** durch das royalistische Comité des Gard-Departements organisirten Versammlung, zu der aus den südlichen und südöstlichen Departements Frankreichs zahlreiche royalistische Delegirte erschienen waren, — die Zahl der Anwesenden wird auf 3000 angegeben — hielt **Graf d'Haussonville** eine Rede, die einiges Aufsehen macht. Der Präsident der Versammlung, Herr de Roux-Larcy, stellte nämlich den Grafen d'Haussonville als den Vertrauten dessen vor, „der die monarchische Tradition in Frankreich repräsentirt", und man darf demnach in den Worten d'Haussonville's die Anschauung des Grafen von Paris wiedergegeben sehen. Es war also das „Königliche Wort", welches er zu Gehör brachte. Das Interessanteste in der Rede ist die Antwort an den Cardinal Lavigerie und der Protest gegen die von dem Letzteren den Royalisten und Katholiken Frankreichs angerathene Politik der Entwaffnung gegenüber der Republik. „Da", sagte Graf d'Haussonville, „der Cardinal Lavigerie uns ermahnt hat, um unseren Spaltungen ein Ende zu setzen, Alles das aufzuopfern, was Ehre und Gewissen uns gestatten, so hat er damit selbst uns das Recht zuerkannt, ihm zu antworten, daß gerade unsere Ehre und unser Gewissen uns die Opfer nicht gestatten, zu denen er uns auffordert. Was unsere Ehre uns z. B. nicht erlaubt, ist, nachdem wir vor dem Lande gesagt und erklärt haben, daß wir Monarchisten seien, nicht nur aus Gefühl, sondern aus Ueberzeugung, und weil in unseren Augen die Monarchie ein höheres Princip ist, welches Frankreich nicht zurückweisen kann, ohne gleichzeitig darauf zu verzichten, sich über einen gewissen Grad von Größe zu erheben, nachdem wir alles dies gesagt und wiederholt haben, von heute auf morgen und weil wir eine zufällige Niederlage erlitten haben, unseren Eintritt in die Reihen der feindlichen Armee zu erbitten, wo wir nicht einmal sicher sind, mit den Kriegsehren aufgenommen zu werden. Was unser Gewissen uns des Weiteren nicht gestattet, ist, nachdem wir die Republik als eine intolerante und verfolgungssüchtige Regierung hingestellt haben, nachdem wir ihr vorgeworfen, die Gewissen verletzt und den religiösen Frieden gestört zu haben, indem sie Christus aus dem Hospital und aus der Schule verjagt, ihr ebenfalls von heute auf morgen laut unsere Zustimmung zu erklären. Wenn man, wie ein Bischof es that, zwei Gebiete mit einander vermischt, das des Glaubens, wo die Unterwerfung geboten ist, und das der Politik, wo die Freiheit ungeschmälert bleibt, wenn man uns Monarchisten die moralische Verpflichtung als Katholiken auferlegen will, Republikaner zu werden, so wird man uns zwingen, auch jenes Wort auszusprechen, welches in der Vergangenheit ertönte, und stets auch in der Zukunft als die Vertheidigung und der Protest der Ehre und des Gewissens

---

Wiener Plaudereien.

Fürst Liechtenstein und die „enteren Gründe." — Burgtheater: Dame in Schwarz.

Wien, 9. Januar.

Der selige Schauffert lebt im Andenken der Theatergänger durch sein Preislustspiel „Schach dem König" fort. Weniger oder eigentlich zarnicht mehr bekannt ist dagegen sein etwas altfränkisches Lustspiel „Der Erbfolgekrieg", in welchem ein paar adelige Herren und Damen einander auf das Ergötzlichste befehden. Eine der muntersten Gestalten dieser Komödie war nun ein von Baumeister dargestellter blaublütiger Standesherr, der aus Verarmtheit oder Paradoxie den Ultra-Demokraten spielt. Er candidirt auf das Programm der Rothen, ist aber nicht wenig verdutzt und verstimmt, als seine Stuben-Gesinnung ihm unversehens Galabesuche, Ständchen und Standreden von Gevatter Schneider und Handschuhmacher eintragen, die seine Redensarten von Gleichheit und Brüderlichkeit ernst nehmen, ihm auf die Bude rücken und mit täppischem Anbiedern, Schmolliren, Auf die Schulter klopfen u. s. w. zur Verzweiflung bringen.

Nicht viel anders dürfte es dem Prinzen **Alois Liechtenstein** ergehen, dem Vincenz Chiavacci soeben den wohl unvergänglich haftenden Uebernamen „Seine Durchlaucht der Drahrer" angeheftet hat. Wer den blassen, schlanken, im Wuchs an die Gliedmaßen einer englischen Pracht- und Preis-Dogge erinnernden, stets den Zahnstocher im Munde führenden wirklich aristokratisch aussehenden Mann jemals im Parlament, dem Schauspielhaus, der Gesellschaft oder dem Straßengewühl erblickt hat, wird sich eines Lächelns nicht erwehren können, wenn er hört, daß diese Verkörperung junkerlicher Hoffart in die Kneipen von Neu-Lerchenfeld, „zum goldenen Luchsen" und in ähnliche allbekannte Stammquartiere der Wäschermädel- und Fiaker-Bälle, hinabgestiegen. Um eines Mandates willen besuchte der Zögling des Kalksburger Jesuitenstiftes seinerzeit in der Nähe seines steirischen Herrensitzes Hollenegg bäuerliche Wirthshäuser und gab dort, wie Plener im Parlament einmal scherzhaft meinte, angesichts des dichten Knaster-Dampfes Verheißungen und Meinungen zum Besten, welche in reinerer Luft nicht Stand halten. Aber was sind steirische Bauernkneipen gegen die „Vororte-Beiseln" von Wien. Und nun hat Se. Durchlaucht nicht blos in wohlgeordneten Berathungen, sondern als Ehrengast auf Hernalser Kränzchen mit Jux-Tombolas sich gezeigt und der Leutseligkeit halber gar mit den vorortlichen Lady Patronessen sich stundenlang unterhalten. So z. B. mit Frau Zeller-Schömig, der Gattin des berühmten antisemitischen Gemeinderathes, der als Stadtvater jüngst feierlich erklärte: er habe seinerzeit mit dem unsterblichen vaterländischen Dichter vertraulicher und näher verkehrt als alle anderen Herren. Eine Behauptung, die hinterdrein die Erläuterung erhielt, daß Herr Zeller in jungen Jahren dem Poeten im Wirthshaus zum Jägerhorn jahrelang als Kellner-Junge aufwartete. In der That: Alois Liechtenstein muß in solcher Umgebung sich ausgenommen haben, wie die leibhaftige Wiederholung des berühmten Landseer'schen Doppelbildes in der Londoner Nationalgallerie: Demokratie und Aristokratie, contrastirt in Gestalt eines Windspiels und kräftigen Bulldoggs.

Als Faschingsscherz mag man solches Narrentreiben nun immerhin gelten lassen. Ernster liegt der Fall, wenn man bedenkt, was Alles in Wien vergessen und geändert werden mußte, bevor in einem der volkreichsten Viertel ein Mann als Vertrauensperson des Volkes auftauchen konnte, der die moderne Schulordnung kurzweg aus den Angeln heben möchte. Es ist so viel Gescheites und minder Gescheites, Bedachtes und Unbedachtes über diesen Gesinnungswechsel der Wiener im letzten Menschenalter vorgebracht worden, daß es fast vermessen erscheint, mit einer, wenn auch naheliegenden, eigenen Erklärung sich einzustellen. Und doch scheint uns für Wien ebenso wenig wie für die anderen vielfach radical wählenden Weltstädte nachdrücklich genug darauf verwiesen worden zu sein, daß mit dem ungemessenen Zuströmen der Provinzialen in die Capitale, mit der Entvölkerung des Landes und der Uebervölkerung der Residenz einfach die ländlichen Wähler-Elemente in ungeahnter Menge in die Kreise der Stammbürger eindringen. Alt-Wien war vorwiegend josefinisch. Neu- und Groß-Wien hat — von der inneren Stadt abgesehen, die im Wesentlichen ihre Physiognomie beibehielt — diese frühere Grundanschauung nicht mehr zu behaupten vermocht. Anti-liberal stimmen Slaven und die nothleidenden Kleinbürger und Handwerker, deren Lage sich allerdings häufig, wenngleich nicht immer, durch eigenes Verschulden bedeutend verschlimmert hat. Die früheren Führer haben weder die Kraft, solchem wirthschaftlichen Elend zu steuern, noch die Heuchelei, mit lügnerischen Versprechungen darüber hinweg helfen zu wollen. In Folge dessen gewinnen den ernsten, wahrhaftigen, trostarmen Altliberalen die Hetzer und Kläffer, Judenfresser und Jesuiten den Wind ab. Tragikomisch wirkt es, die häuslichen Zwistigkeiten im Lager dieser Gruppe zu verfolgen. Deutschnationale, Christlichsociale, Schönererianer, Ultramontane verfolgen einander mit den heftigsten Grobheiten. Ihre Blätter wimmeln von Beschimpfungen und Berichtigungen. Die Briefkasten-Notizen jedes einzelnen dieser Journale enthalten in jeder Nummer eine Auslese von besonders sorgfältig ausgesuchten Liebenswürdigkeiten für die Führer der Bruderpartei, und es vergeht kein Monat, in welchem Bezirks- oder Schwurgerichte nicht das letzte Wort in solchen persönlichen Fehden zu sprechen, mit Geld- und Arreststrafen einzugreifen haben. Schade, daß kein politischer Satiriker großen Stils diese für einen Hogarth dankbaren Typen aufgreift und auf die Bühne bringt. Holbein, Molière und Aristophanes würden mit solchen Biedermännern rasch und ausgiebig ins Gericht zu gehen wissen.

Statt dessen kommt uns die Bühne allzuoft mit zahmen Philister-Komödien, die ebensowohl 1791 als 1891 hätten geschrieben werden können. So ist es auch recht kläglich mit der jüngsten Gabe des **Burgtheaters** bestellt gewesen, dem Lustspiel „**Die Dame in Schwarz**", welches August Förster noch von den kassenerfolgreichen Herren **Hugo Wittmann** und **Theodor Herzl** zur Darstellung angenommen hatte. Beide Autoren sind als Feuilletonisten wohlbekannt und mit Recht beliebt. Schlagfertigkeit, Formglätte, Eleganz, Anschmiegsamkeit, hübsche Einfälle zeichnen ihre Zeitungs-Aufsätze aus. Wer, wie Wittmann, jahraus, jahrein ein paar hundert Artikel veröffentlicht, kann nicht durchweg Gleichwerthiges bieten. Kein Jahr aber verstreicht, in welchem dieser wirklich ruhelos emsige und durch natürlichen Geschmack ausgezeichnete Publicist nicht selbst dem Krittlichsten das Bekenntniß abnöthigen würde, daß er wieder einmal als Improvisator Treffliches geleistet. Allein der echte Feuilletonist ist deshalb noch lange kein Lyriker, Historiker oder Dramatiker, und es bleibt einfach bedauerlich, daß eine in ihrem festumschriebenen Kreise so allbewährte Kraft immer und immer wieder auf fremdes Gebiet hinübergreift, um dort halbe und ganze Mißerfolge heimzubringen. Die „**Dame in Schwarz**" ist eine mittelmäßige Durchschnittsarbeit, die, wenn sie Wittmann als von anderer Hand herrührend zu recensiren hätte, alles, nur keine Koseworte zu hören bekäme. Eine „Künstlergeschichte" im Stil der seligen Theodor Hell'schen Abendzeitung, versetzt mit Elementen aus Sardou'schen Verführungs-Komödien und herausstaffirt mit komischen Figuren aus Lindau'schen, Benedix'schen und Kotzebue'schen Possen, ist und bleibt, wenn überhaupt, nur dann erlaubt, wenn sie nicht von vornherein zu dem einzig unerlaubten Genre — dem langweiligen — gehört. Technisch ist Blumenthals „Zweites Gesicht" ein Meisterwerk, Fuldas „Verlorenes Paradies" eine classische Schöpfung neben der Unbeholfenheit der „Dame in Schwarz", die übrigens mehr zum Gähnen als zum Zischen herausfordert. Die heldenhaften Bestrebungen des Liebespaares (**Sonnenthal-Hohenfels**), des platten Ehegatten **Krastel**, die kostbaren komischen Episoden von Thimig, Gabillon, Römpler, Schöne, der Stutzer des Herrn Devrient, der demnächst das Jubiläum seines 1000. Hinauswurfes auf offener Bühne feiern kann, vermochten dem mißrathenen Werke nur einen **lauten** Durchfall zu ersparen. In **Einem** gelungenen Feuilleton Wittmanns

ertönen wird: „Non possumus, non possumus." — Der „Temps" schreibt hierzu:

„Durch diese Rede setzt Graf d'Haussonville die fortschreitende Zersetzung, die in der royalistischen Partei vor sich geht, vielmehr in ein helles Licht, als daß er ihr Einhalt thäte. Diese Partei hatte einen Anschein von Stärke nur durch die Gewandtheit, mit der sie mit ihrer eigenen Sache die conservativen und die religiösen Interessen zu vermengen verstanden hatte. Das boulangistische Abenteuer hat gezeigt, wie äußerlich und gebrechlich diese Solidarität war. Da sich die Eine wie die Andere compromittirt fühlt, so haben jene beiden großen Interessengruppen begonnen, sich loszulösen und keine von ihnen will mehr mit den Interessen irgend einer Dynastie verbunden sein. Die Thatsache liegt offen zu Tage; die Trennung wird täglich deutlicher und schärfer. Wenn sie vollendet sein wird, hat die monarchische Partei politisch aufgehört, zu leben."

L. [**Die Aufführung des „Lohengrin" in Rouen**] giebt den Blättern Anlaß zu vernünftigen Betrachtungen. So schreibt „Siècle":

„Man hat im Theater von Rouen Wagners „Lohengrin" gespielt. Die Vorstellung wurde durch nichts gestört, und man hat an den Eingängen des Theaters nicht jene Lärmmacher gesehen, die vor einigen Jahren die Aufführung dieses Werkes eines deutschen Meisters in Paris verhinderten. Dieses Resultat muß man als Symptom der Beruhigung der Gemüther verzeichnen. Die Zeit hat das Ihrige gethan, und Frankreich nimmt heute in Europa eine genügend günstige Stellung ein, um selbst die Musik des Feindes anhören zu können, ohne daß man dabei an Mangel von Patriotismus glauben müßte. Der der Wagner'schen Oper in Rouen gespendete Beifall ist eine Antwort an Jene, die sich darin gefallen, Frankreich als ein Land von beschränktem und veraltetem Geist hinzustellen, besonders aber an unsere „guten Freunde", die Engländer, die Jeanne d'Arc auf einer ihrer Bühnen so schmählich behandeln lassen. Man kann annehmen, daß nach diesem Versuche „Lohengrin" in Paris gespielt werden kann, ohne wieder jenen Sturm hervorzurufen, wie ehemals. Uebrigens, beinahe jeden Sonntag wird Wagner'sche Musik in öffentlichen Concerten aufgeführt. Wäre es nicht widersinnig, sie im Theater auszupfeifen, während man sie im Concerte gestattet? Hoffen wir also, daß ein Theaterdirector, wenn er die Absicht hat, Lohengrin aufzuführen, sich nicht an jenen Dingen stoßen wird, die mit vernünftigem Patriotismus nichts gemein haben, und daß sich kein Director der schönen Künste mehr finden wird, der so beschränkt ist, es zu verhindern."

Die „République française" äußert sich:

„Die Erfahrung ist entscheidend, wie es scheint; ein Provinztheater konnte die Wagner'sche Oper spielen, mit schöner Ausstattung, mit einem ausgezeichneten Orchester und mit Künstlern, die auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Anderseits zeigt die Meinung des Publikums, — oder besser gesagt die der Presse — daß unter allen Pariser Zeitungen nur drei der „Anti-Wagnerpartei" angehören. Wird man fortfahren Straßenjungen zu fürchten und diese lyrischen Dramen von unseren großen Bühnen fern zu halten, welche die Bewohner von Rouen — zum mindesten so gute Franzosen wie wir — entzückt haben."

Großbritannien.

London, 9. Februar. [**Der Ausstand der Dockarbeiter in Cardiff**] spitzt sich immer mehr auf einen Entscheidungskampf zwischen „freier" Arbeit und Gewerkvereins-Arbeit zu. Auf den Entschluß der Föderation der Rheder, nur Arbeiter anzustellen, welche keinem Gewerkvereine angehören, haben am letzten Sonnabend in Hull der internationale Gewerkverein der Matrosen und Heizer und der Dockarbeiter-Gewerkverein die Antwort ertheilt, nach dem 14. Februar auf keinem Schiffe zu arbeiten, welches ganz oder theilweise mit Nicht-Gewerkvereinlern bemannt ist. Sollte es nöthig sein, so wollen sie die befreundeten Gewerkvereine des Continents, Amerikas und Australiens auffordern, in den Kampf einzugreifen. Cardiff leidet schon jetzt stark unter dem Strike. Die concurrirenden Docks in Newport, in Barry und Penarth haben einen großen Theil des Schiffsverkehrs an sich gezogen und die Taff Vale Eisenbahn befördert große Mengen Kohlen auf ihrer Caerphilly-Linie nach Newport. Das Verhalten der Ausständischen giebt bisher zu keinerlei Klagen Anlaß, so daß die umfassenden Vorsichtsmaßregeln der Bute Docks-Gesellschaft, welche ihre „freien" Arbeiter des Nachts nicht auf dem Lande, sondern an Bord der Föderationsdampfer schlafen läßt, überflüssig erscheinen möchten. Die Eisenbahnbediensteten haben strengste Neutralität beschlossen, da ihr Gewerkverein auch „freie" Arbeiter anerkennt. Dagegen bekunden die Dockarbeiter in Barry lebhaftes Interesse für die Ausständischen, in deren Kasse jeder von ihnen einen Wochenbeitrag von 4 Schillingen abliefern will. Auch der Zweigverein der Maschinisten von Cardiff steht auf ihrer Seite und hat beschlossen, keine durch „freie" Arbeiter entstehende Beschädigungen an Maschinen auszubessern. Da die Rheder sich schon seit langer Zeit auf diesen Kampf vorbereitet haben, glauben sie stark genug zu sein, dem Gewerkvereine entgegenzutreten.

Das Koch'sche Verfahren in Italien.

Entschiedene Anhänger hat, wie der „Saale-Z." aus Rom geschrieben wird, die so vielfach angefochtene Koch'sche Methode in dem lombardischen Aerzteverein gefunden, und zwar unter Führung Dr. Bardile Ferraras, welcher sich bekanntlich in Berlin zuerst recht skeptisch darüber geäußert hatte. Die „Societa medica-chirurgica lombarda" trat Mittwoch in Pavia zusammen, um folgende wichtige Frage zu erörtern: „Welchen Werth darf man der Behandlung der Lungentuberkulose mit Koch'scher Lymphe auf Grund der bis jetzt erlangten Ergebnisse beimessen?" Die Aula der Universität war von Professoren, Aerzten, Studenten bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf dem Amphitheater drängten sich viele angesehene Laien. Die Regierung war durch den königl. Präfecten und die Provinzialdeputirten vertreten. Sämmtliche Koryphäen der lombardischen Aerzteschule, darunter Professor Cuzzi, Prof. Visconti, Guelmi, Bottini etc., wohnten dem Referat bei. Mit diesem waren die bekannten Kliniker Prof. Golgi, Prof. Silva, Prof. Mazzuchelli, beide Directoren einer königl. Klinik, und Dr. Bardile Ferrara beauftragt worden. Letzterer hatte mehrere von ihm mit Erfolg behandelte Kranke zur Stelle geschafft. Prof. Golgi constatirte, daß die zunehmende Befehdung Kochs nicht immer in gutem Glauben erfolge; daß die Versuche mit der Lymphe gute Heilresultate ergaben; daß er selbst einen Fall von Lungentuberkulose damit geheilt hat, daß er viele dadurch bewirkte Besserungen beobachten konnte. Nur zwei Schwerkranke ergaben ungewisse Resultate, weshalb die Behandlung eingestellt wurde. „Wir dürfen erklären, daß unsere Heilerfolge alle Aerzte aufmuntern müssen, diese Methode anzuwenden." Professor Silva, Director der königlichen Klinik in Pavia, stellt vier von ihm geheilte Lupuskranke vor; ein anderer Patient, der 9 Jahre daran leidet, zeigte sichtbare Besserung. Er referirte über 12 mehr oder minder fortgeschrittene Lungenschwindsüchtige, bei denen die Behandlung folgende Resultate ergab: Zunahme von Körpergewicht und Appetit, Beseitigung von Fieber und Schweiß. In drei Fällen verschwanden die Bacillen aus dem Sputum ganz. Nur in einem Falle vermochten selbst die stärksten Dosen eine Reaction nicht zu bewirken. Prof. Mazzuchelli äußert sich jedoch gegnerisch, er hat bei den von ihm behandelten Lupuskranken wesentliche Fortschritte nicht beobachtet. Dagegen stellt Bardile Ferrara 4 Lupuskranke vor, die seit 10 Jahren daran leiden, und beweist die vorzüglichen Heilresultate, welche er erzielt hat. Dr. Bardile Ferrara stellt auch einen Lungenkranken vor, welcher 2 kg 900 g an Gewicht zugenommen hat und bei dem die Bacillen aus dem Sputum ganz verschwanden. Ueber andere in seinem Hospital (San Giuseppe) Behandelte behält er sich fernere Berichte vor. Prof. Golgi stellt sodann fest, daß Prof. Mazzuchelli seine Lupuskranken nicht vorschriftsmäßig behandelt, so daß seine Wahrnehmungen nicht ins Gewicht fallen können gegenüber den 25 Fällen die er mit Silva und Ferrara Bardile beobachtete. Darauf constatirt er:

„daß die Anwendung der Koch'schen Methode in Pavia und Mailand keinerlei Störungen seitens der Nieren, seitens der Athmungsorgane etc. ergab;

daß damit Heilungen und sichtbare Besserungen erzielt wurden; daß man jedoch, um zu einem entscheidenden Urtheil zu gelangen, sich noch fernere Beobachtungen vorbehält;

daß das Publikum aufgemuntert werden darf, sich nach Koch'scher Methode behandeln zu lassen."

Dies Gutachten Golgis, des bedeutendsten Bakteriologen Italiens, hat in der wissenschaftlichen Welt dortselbst einen tiefen Eindruck gemacht.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 11. Februar.

Die Nachrichten über die in Aussicht stehende Anlage der **elektrischen Straßenbahn** haben, soweit wir unterrichtet sind, überall bei der Bevölkerung unserer Stadt große Befriedigung hervorgerufen. Auch die Einzelheiten des Projectes scheinen einhelligen Beifall zu finden. Die Zeiten sind längst vorbei, da man glaubte, einer Straße könne Schaden daraus erwachsen, wenn sie den Weg einer Straßenbahn bilde. Jetzt weiß man aus Erfahrung, welche Vortheile denjenigen Straßen und Stadttheilen, welche von einer Straßenbahn durchschnitten werden, geschaffen werden. Und deshalb bemüht man sich, die Bahn über die Straßen zu leiten, welche dazu bestimmt sind, für den Verkehr eine erhöhte Bedeutung zu gewinnen. Bezüglich einer Strecke der Hauptlinie scheinen widersprechende Wünsche hervorzutreten. Der für die elektrische Bahn vorläufig vorgezeichnete Weg führt über die Domstraße und den Domplatz. Wir hätten gedacht, daß diese Route grade in katholischen Kreisen mit lebhafter Zustimmung aufgenommen werden würde. Nun giebt aber überraschender Weise die „Schles. Volksztg." dem Wunsche Ausdruck, daß die Bahn lieber über den Gneisenauplatz und die Sternstraße geführt werden möchte. Sie macht dafür geltend, daß sie ihrem Zwecke viel besser dienen würde, wenn sie dem von ihr empfohlenen Weg folgt und unter Vermeidung der für gewöhnlich verkehrsarmen Gegend am Dom den belebten Gneisenauplatz berührt. „Eine Haltestelle an der Sandkirche", so führt das Blatt aus, „würde den Bewohnern der Domgegend nahe genug liegen, aber für die Bewohner der Gegend des Lehmdammes und der Odervorstadt denn doch etwas zu entfernt, um auf diesem Umwege nach dem Südwesten der Stadt oder nach Scheitnig gelangen zu wollen; die nördliche Ecke des Gneisenauplatzes dagegen und eine dort befindliche Haltestelle liegt für genannte Gegenden viel bequemer. Die Anwohner der Kleinen Scheitnigerstraße und des ersten Theiles der Fürstenstraße hingegen würden diese Aenderung verschmerzen können, da ihnen die Bahn an der Sternstraße ganz in der Nähe bleibt und sie andererseits auch die Scheitniger Linie der Pferdebahn nicht sehr weit haben. So wenig Verkehr nun aber der Domplatz für gewöhnlich aufweist, um so belebter ist er an Sonn- und Feiertagen z. B. der Gottesdienste und besonders bei Processionen; gerade dann würde dort die Bahn dem Fußgängerverkehr sehr hinderlich sein und wohl bei den dort unvermeidlichen scharfen Curven manchen Unfall verursachen, ganz abgesehen von der Störung des Gottesdienstes, die wir als letzte und wichtigste Begründung der Berechtigung obigen Wunsches anführen wollen." — Es kann wohl kommen, daß auch in der Stadtverordnetenversammlung der Weg über Gneisenauplatz und Sternstraße größere Sympathien findet.

— Nach der „Stat. Corr." wiesen die Durchschnittspreise der **wichtigsten Lebensmittel im Monat Januar** im Durchschnitt von 23 größeren preußischen Städten die folgenden Beträge auf (die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die im December erzielten Preise): Weizen pro 1000 Kilogramm M. 187 (188), Roggen 171 (173), Gerste 157 (158), Hafer 141 (140), Erbsen 235 (233), Speisebohnen 284 (281), Linsen 423 (423), Kartoffeln 61,9 (57,7), Richtstroh 43,3 (42,2), Heu 52,6 (51,1); Rindfleisch pro 1 Kilogramm Pf. 128 (130), Schweinefleisch 136 (137), Kalbfleisch 128 (128), Hammelfleisch 128 (128), Speck 176 (178), Eßbutter 221 (232), Eier 500 (468), Weizenmehl 34 (34), Roggenmehl 30 (29), Javareis 55 (55), mittlerer Javakaffee, roh 286 (285), gelb, gebrannt 374 (374), Schweineschmalz 170 (171). In **Breslau** blieben unter diesem Durchschnitt die Preise für Weizen mit M. 186, Roggen 168, Linsen 310, Kartoffeln 55,9, Richtstroh 37,3, Heu 44,8, Rindfleisch Pf. 119, Schweinefleisch 125, Kalbfleisch 116, Hammelfleisch 117, Eßbutter 219, Eier 483, Roggenmehl 25, Javareis 48, mittlerer Javakaffe, roh 255, Schweineschmalz 160. Den Durchschnitt überstiegen die Preise für Gerste mit M. 159, Hafer 144, Erbsen 277, Bohnen 304, Speck Pf. 190, Weizenmehl 39, Javakaffee, gelb, gebrannt 380.

Statistische Nachweisung
über die in der Woche vom 25. Januar bis 31. Januar 1891 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Einwohner per Tausend.	Verhältniß pro Jahr auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner per Tausend.	Verhältniß pro Jahr auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner per Tausend.	Verhältniß pro Jahr auf 1000 Einw.
London	4 493	22,1	Prag und Vororte	314	29,3	Braunschweig	102	23,4
Paris	2 261	25,4	Odessa	295	22,1	Halle a. S.	102	17,3
Berlin	1 605	17,2	Köln*)	285	24,8	Dortmund	91	14,3
Petersburg	956	30,2	Dresden	280	14,3	Essen	80	21,5
Wien	840	24,3	Magdeburg	207	22,6	Posen	70	20,8
Hamburg inclVororte	572	38,9	Frankfurt am Main	183	16,2	Görlitz	63	18,2
Budapest	513	27,0	Brüssel	182	31,7	Würzburg	62	27,0
Warschau	456	28,5	Königsberg	162	24,3	Duisburg	61	31,7
Rom	421	22,7	Venedig	158	37,5	Frankfurt a. d. Oder	56	25,2
Leipzig	363	17,3	Chemnitz	142	25,2	München-Gladbach	50	25,0
München	353	21,5	Danzig	120	26,1	Liegnitz	47	20,9
Breslau	339	23,8	Stettin	118	32,6			

*) mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

P. H—r. **Stadttheater.** Das Ohnet'sche Knalleffectstück „Der Hüttenbesitzer" wurde uns am Dinstag auf unserer städtischen Bühne in einer Aufführung vorgesetzt, welche sowohl im Ensemble wie in den Einzeldarbietungen recht Anerkennenswerthes leistete und von Neuem zeigte, daß ihr

steckt mehr Schlagkraft, Schwung und fortreißende Gewalt, als in seinen sämmtlichen dramatischen „Dichtungen". An dieser Wahrheit kann auch alle übel angebrachte Gönnerschaft nichts ändern. Als Journalist ein Künstler, ist Herr Wittmann in seinen Anläufen zum dramatischen Künstler lediglich ein Kind und ein Opfer des Tages.

Eckart.

Die Gefährdung der Zuckerrohrculturen auf Java.

Einem von Walter May in der „Botanischen Zeitung" veröffentlichten Aufsatze, welcher sich mit den durch die Sereh-Krankheit und andere ungünstige Umstände den Zuckerrohrculturen auf Java drohenden Gefahren beschäftigt, entnehmen wir die folgenden Mittheilungen:

Das Zuckerrohr ist bekanntlich ein Gras, welches nur in feuchten Gegenden mit tropischem Klima angebaut werden kann. Die Stengel oder Halme (von denen ja reichliche Proben in unserer Handelsausstellung vorhanden sind) werden 2—3, selten 4 m hoch, bei 4 bis 5 cm Querdurchmesser. Die Gelenke sind nicht knotenförmig verdickt, die Glieder nicht hohl, sondern mit süßem Marke gefüllt. Das Zuckerrohr trägt einen prächtigen Strauß von Blüthen, setzt aber in der Cultur wohl kaum jemals mehr Früchte an, da die Pflanze seit Jahrhunderten ausschließlich durch Ableger vermehrt und stets vor der Blüthezeit abgeschnitten worden ist. — Bei der Sereh-Krankheit sind die äußeren Kennzeichen der Krankheit die, daß die Stengelglieder kurz bleiben und die Blätter in Folge davon nicht ziemlich weit von einander entfernt, sondern einander stark genähert sind. Zugleich vermindert sich das Längenwachsthum des Stengels ganz bedeutend; es werden zahlreiche Luftwurzeln und buschige Seitentriebe gebildet, und die Pflanze verwandelt sich so zuletzt in einen dichten Blätterbüschel. Bald zeigen gewisse Gewebepartien der Pflanze eine starke Röthung und besitzen eine bedeutende Neigung zur Fäulniß. Dabei ist die Saftmenge eine außerordentlich verringerte und ihre Zusammensetzung eine für die Abscheidung des Zuckers so ungünstige, daß der Anbau des Zuckerrohrs bei einiger Verbreitung der „Sereh" aufhört lohnend zu sein. (Normales Rohr enthält 88—92 pCt. Saft mit einem Zuckergehalte von 12—20 pCt.; in der Praxis wird jedoch nur etwa 70—80 pCt. Saft mit 8—12 pCt. Zucker gewonnen.)

Die ersten Anzeichen der Krankheit wurden im Jahre 1879 wahrgenommen; in beunruhigender Weise tritt sie aber erst seit 5 Jahren auf. Vom Westen her (Residentschaft Cheribon) hat sich die Krankheit erschreckend schnell fast bis zur äußersten Ostspitze der Insel verbreitet, nur hier und da einige Districte überspringend, oder in einzelnen Bezirken milder auftretend. Am verheerendsten hat die „Sereh" bisher in Mittel-Java gewüthet, woselbst die Ernte sich 1888 um annähernd $^1/_6$ und im Jahre 1889 um $^1/_3$ der Ernte des Jahres 1887 verminderte, was einem Werthverluste von etwa $2^1/_2$ bis 5 Millionen Gulden gleichkommt. Wenn in West-Java im Jahre 1889 eine größere Ernte als 1887 erzielt wurde, so beruht dies leider nur zum geringeren Theile auf einem Abnehmen der Krankheit, zum größeren hingegen auf ausgedehnterem Anbau.

Die Sache ist für Java ernst genug. Seit dem enormen Aufschwunge der Rübenzuckerindustrie (welcher bekanntlich von der Continentalsperre Napoleons her datirt) giebt es nur noch drei Regionen von ausgedehnterem Anbau des Zuckerrohres auf der Erde: Westindien, Ostindien und das Königreich Hawaii. Das letztere führt seinen Zucker fast ausschließlich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus, und so bleiben für den Weltverkehr nur Westindien und Ostindien übrig. In Ostindien ist aber gerade Java der Mittelpunkt und das Hauptland der Rohrzuckergewinnung. Im Ganzen arbeiten auf Java ungefähr 180 Zuckerfabriken mit einer jährlichen Production von $6^1/_2$—7 Millionen Piculs Rohzucker. Raffinerien bestehen in Java nicht. Der Gebrauch Javas beschränkt sich bei dem bessern Verbrauchszucker auf „Rohzucker" der höheren Nuancen, während Herstellung von Raffinade zwecks Ausfuhr angesichts der Concurrenz von auswärts weder gegenwärtig Chance auf Gewinn bietet, noch überhaupt eine Zukunft haben dürfte. — Die Zuckerrohrcultur nimmt in Java nach dem officiellen Berichte des Colonialministers ein Areal von mehr als 61 000 Bouws (1 Bouw = reichlich 7 ha) ein, wobei jedoch die mißrathenen Anpflanzungen nicht mitgezählt sind.

Der Cultur drohen nämlich aus der „Sereh" manche andere Gefahren. Im April und Mai jedes Jahres, d. h. am Ende der Regenzeit, des sog. West-Monsunes, wird, und zwar so früh als möglich, mit der Bodenbearbeitung begonnen. Gegen Ende Juni pflegt die Bearbeitung soweit gefördert zu sein, daß mit dem Auspflanzen begonnen werden kann. Zwar fällt dieser Zeitpunkt mit dem Eintritt der trockenen Periode, des sog. Ost-Monsunes, zusammen, aber man rechnet darauf, die jungen Pflanzen, soweit erforderlich, künstlich bewässern zu können. Gegen den Beginn der Regenzeit hin, d. h. im November und December, ist sodann die Pflanze hinreichend entwickelt, um nöthigenfalls stärkeren Regengüssen und Winden Widerstand leisten zu können. Abnorme Witterungsverhältnisse, ein nasser Ost-, ein trockener West-Monsun oder der verspätete Eintritt der einen oder anderen Jahreszeit bewirken Ausfälle, welche zwar nicht so verderblich wie beim Kaffee zu sein pflegen, aber doch bis auf 15 oder 20 pCt. einer Normalernte ansteigen. Die Ernte findet dann in den Monaten Juni bis October des folgenden Jahres statt. Es ist aber ganz besonders darauf zu achten, daß das „reife" Rohr auch baldigst von den Feldern entfernt und dann sofort verarbeitet wird; denn beim längeren Stehenbleiben vermindert sich die Quantität des Zuckers und beim Liegen verändert sich die Beschaffenheit des Saftes bald in ungünstiger Weise, so daß die Abscheidung des Zuckers dadurch sehr erschwert und seine Beschaffenheit verschlechtert wird. Das Zuckerrohr verlangt feuchten, jedoch nicht versumpften Boden und feuchte Luft. Die Bodenart ist seltener von Bedeutung, wenn nur für genügende Zufuhr von Kalk gesorgt wird, welcher für einen höheren Zuckergehalt unbedingt erforderlich ist. Feuchte Brise ist dem Wuchse des Zuckerrohres sehr förderlich, die meisten Plantagen auf Java liegen denn auch in der Ebene und steigen nur selten über 1500 m Meereshöhe hinaus. Sehr zahlreich sind natürlich die Varietäten des Zuckerrohres. Am verbreitetsten ist die dunkele Sorte „Tabee item", oder das Cheribonsche Rohr. Aber weder diese noch die hellgelben, rothen oder gestreiften, noch endlich die von Borneo, Honolulu, Bangkok, China u. s. w. versuchsweise eingeführten Rohrsorten haben der verderblichen Krankheit zu widerstehen vermocht.

Die in den Jahren 1885 bis 1887 aus privater Initiative in das Leben gerufenen landwirthschaftlichen Versuchsstationen für Zuckerrohrcultur — es sind Kagok-Tegal (für Westjava), Samarang (für Mitteljava), Passeroean (für Ostjava) — haben schon viel zur Hebung der Rohrcultur (für rationelle Düngung, für Beschaffung besseren Pflanzmaterials, des sog. „Bibit" u. s. w.) beigetragen. Die Sereh-Krankheit ist eben nach ihren Ursachen bis jetzt von ihnen nicht erkannt worden. Ueber die Ursache oder die Ursachen derselben haben sich allgemein feststehende Ansichten noch nicht gebildet. Ob alle die beobachteten krankhaften Erscheinungen Folgen einer einzigen Ursache sind, steht noch nicht fest. Man hat die erste Ursache bald in kleinen Nematoden (Wurm-Aelchen), bald in Pilzen, bald in neuen Culturmethoden gesucht. Unter diesen Umständen hat der im Februar 1889 in Samarang versammelte Congreß der javanischen Zuckerinteressenten beschlossen, eine wissenschaftliche Untersuchung unter Berufung eines europäischen Pflanzenpathologen ersten Ranges und unter Bereitstellung aller erforderlichen Hilfsmittel vornehmen zu lassen. Bis jetzt sind freilich die dazu erforderlichen bedeutenden Hilfsmittel (sie werden auf 200 000 Gulden geschätzt) noch nicht zusammengekommen. Hoffen wir aber, daß das bald möglich sein wird, und es dann gelingt, eine so große Gefahr für den Wohlstand der schönen Insel erfolgreich zu bekämpfen.

sich mit den vorhandenen Kräften etwas machen läßt. Denn wir glauben, daß auch für den Gast ein guter Ersatz zu finden wäre. Der Philippe Derblay des Herrn Resemann ist für das Breslauer Publikum ebensowenig ein Neuling wie die übrigen Gestalten, die er bisher zum Besten gegeben. Es soll ihm das Lob nicht vorenthalten werden, daß er den Mann mit nachdrücklicher Charakteristik wiederzugeben versteht. Besonders wirkungsvoll war sein Spiel in der aufgeregten und aufregenden großen Scene mit Claire im zweiten Act; in derartigen Momenten kommt dem Darsteller sein schönes klangvolles Organ sehr zu statten. Frl. Mondthal hatte als Claire gleichfalls einen guten Tag. Der die leidenschaftlichsten Empfindungen niederzwingende Stolz der jungen Dame kam im ersten Theile ebenso überzeugend zur Geltung wie gegen Ende die verzweiflungsvolle Angst hingebender Liebe. Frl. Becker war eine würdige Marquise. Herr Eisfeld (Octave) und Frl. Wendt (Suzanne) präsentirten sich als ein sehr gewinnendes Liebespaar. Baron und Baronin Préfont fanden an Herrn Schröder und Frl. Rossi verständnißvolle Interpreten. Der Notar Bachelin des Herrn Werbke zeichnete sich durch schlichtes grades Wesen aus, während der Moulinet des Herrn Will vielleicht gar zu derb und drastisch war. Die schlaue und bösartige Athenais wurde von Frl. Kötschau in richtiger Auffassung wiedergegeben. Der Herzog von Bligny ist eine ziemlich verunglückte Figur; Herr Kurth hätte gut daran gethan, ihn mit einer stärkeren Portion aristokratischer Nonchalance auszustatten.

• **Vom Lobe-Theater.** Um vielfachen Wünschen des Publikums nachzukommen, wird Freitag und Sonnabend nochmals „Sodoms Ende" zur Aufführung gelangen. Sonntag findet die erste Vorstellung des Lustspiels „Künstler-Namen" von Schönthan und Schönfeld statt. Dieses Stück geht hier eher als zu Berlin in Scene. Das Schauspiel „Ehrbare Mädchen" von dem Italiener Praga ist bereits in Vorbereitung. Zu Ernst von Wildenbruchs „Der neue Herr" werden Decorationen, Kostüme, Requisiten 2c. neu angefertigt. Es wird darauf gesehen werden, daß alle diese Gegenstände von historischer Treue sind, wie dies bei den Meininger-Aufführungen der Fall ist.

• **Residenz-Theater.** Sonnabend geht das neue Volksstück mit Gesang „Aus bewegter Zeit" zum ersten Mal in Scene. Frl. Ziegler, Frau de Scheirder und Herr Stegemann sind die Träger der Hauptrollen.

• **Breslauer Orchester-Verein.** Das 9. Abonnementsconcert des Breslauer Orchester-Vereins findet Mittwoch, 18. März, unter Mitwirkung der Herren Moritz Moszkowski und Eugen d'Albert statt. Herr d'Albert wird das Clavierconcert von Chopin und Solostücke für Clavier von Brahms, Schubert und Liszt spielen. An Orchesterwerken bringt das Programm die Suite Nr. 2 von Moritz Moszkowski (zum 1. Mal) unter Direction des Componisten, ferner die Sinfonische Dichtung „La Jeunesse d'Hercule" von C. Saint-Saëns und die Ouverture zu Egmont von L. v. Beethoven.

* **Das 50jährige Dienstjubiläum** wird am 12. August d. J. der Commandant von Breslau, Generallieutenant v. Grote, feiern. Ferner werden im Laufe des Jahres 1891 noch folgende 3 deutsche Generale dasselbe feiern: am 10. April der commandirende General des VII. Armeecorps, General der Infanterie und General-Adjutant v. Albedyll, der frühere langjährige Chef des Militär-Cabinets; am 17. August der Chef des Ingenieur-Corps und der Festungen Baierns, General der Infanterie v. Fries, und am 26. October der baierische Kriegsminister, General der Infanterie und General-Adjutant Ritter v. Safferling, der erst vor einigen Tagen an Stelle des bisher geführten persönlichen den erblichen Adel erhalten hat.

* **Minister v. Berlepsch und die oberschlesischen Bergarbeiter.** Der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Letocha hat vorige Woche mit dem Minister von Berlepsch im Abgeordnetenhause betreffs der Wünsche conferirt, welche die Vertrauensmänner von der fiscalischen Königin-Luise-Grube geäußert haben. Der Minister soll die Wünsche der oberschlesischen Bergarbeiter überaus wohlwollend entgegengenommen haben. Herr Letocha hat in dieser Angelegenheit unterm 5. d. Mts. ein Schreiben an die Vertrauensmänner gerichtet, welches die „Schles. Volksztg." mittheilt und dessen Eingang folgendermaßen lautet: „Auf Ihre Schreiben vom 13. Januar und 2. Februar theile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Ressortminister, Excellenz Freiherr von Berlepsch, bei welchem ich im Sinne Ihres an mich gerichteten Ersuchens persönlich vorstellig geworden bin, die gewünschte Einberufung der Vertrauensmänner nach Berlin nicht für nothwendig hält, den Vertrauensmännern aber anheim giebt, die Wünsche der Arbeiter der Betriebsdirection schriftlich zu unterbreiten und dabei diejenigen Punkte, an deren Regelung den Arbeitern besonders gelegen ist, genau zu präcisiren. Er fügte hinzu, daß die Direction die Forderung eingehend prüfen und — seiner Weisung gemäß — den berechtigten Ansprüchen auch sicher Rechnung tragen werde. Würde ein oder der andere Punkt aus Gründen, welche nach Ansicht der Vertrauensmänner unzutreffend seien, abgelehnt, dann stände den Vertrauensmännern das Recht zu, über die streitigen Punkte eine anderweite Entscheidung im Beschwerdewege durch das Königliche Oberbergamt zu Breslau und in letzter Instanz durch das Ministerium herbeizuführen. Als ich demnächst dem Herrn Minister auf sein Befragen über die Wünsche der oberschlesischen Bergarbeiter mittheilte, daß sie außer „achtstündiger Schicht" vor allem verlangen: 1) eine bessere Regelung des Schichtenlohnes nach der Richtung hin, daß die Arbeiter an sog. schwachen Orten und auf harten Flötzen ebensoviel verdienen, wie auf guten Nummern und auf weichen Flötzen und daß darnach für schwache Orte, harte und weiche Flötze, für Pfeilerabbau und Streckenbetrieb dementsprechende, besondere Gedingsätze festgestellt werden müßten, 2) Erhöhung des Schichtlohnes für Schichten bei dem gefährlichen Rauben und für sog. herrschaftliche Schichten beim Verbauen auf mindestens 5 M., 3) Beseitigung der Unbilligkeiten beim Nullen der Förderwagen und der ungerechten Füllkohlen-Abzüge. 4) Revision der Arbeitsordnungen. 5) Ermäßigung der Höhe der Ordnungsstrafen und das Verbot der mißbräuchlichen Festsetzung von Ordnungsstrafen für Kleinigkeiten und für von den Arbeitern unverschuldete Umstände, — erklärte der Herr Minister, daß die Wünsche der Oberschlesier sich im Allgemeinen mit denjenigen Wünschen decken, welche ihm von dem rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Verbande „Glückauf" in einer besonderen Denkschrift unterbreitet worden sind, und daß ich daher auch die oberschlesischen Petenten auf seinen an den rheinisch-westfälischen Verband am 10. Januar 1891 erlassenen Bescheid verweisen könne." — Hierauf giebt Herr Letocha die betreffenden Stellen dieses ministeriellen Bescheides wieder. Nach dem Zustandekommen und Inkrafttreten des Gesetzes über die Abänderung der Gewerbeordnung und der dadurch bedingten Revision des allgemeinen Berggesetzes, sowie mit dem Beginn der Thätigkeit der Gewerbegerichte werde, wie Herr Letocha annimmt, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern Platz greifen und sich dann auch die Lage der Arbeiter verbessern.

• **Verwaltung der von Kramsta'schen Lehrerinnen-Stiftung.** Im abgelaufenen Rechnungsjahre wurden an laufenden Unterstützungen bezw. Stipendien 10 147 Mark, an einmaligen Unterstützungen zu Curzwecken 1120 Mark gezahlt. Das Stiftungsvermögen, welches zum größten Theile in Hypotheken angelegt ist, und von welchem 10 944,39 M. an Zinsen eingingen, beträgt 243 898,11 Mark. Die Summe der gezahlten Unterstützungen hat die Zinseneinnahme um 322,61 Mark überschritten, was darauf zurückzuführen ist, daß die auf Lebenszeit der Stipendiatinnen bewilligten laufenden Unterstützungen auch bei dem gegenwärtig allgemein zurückgegangenen Zinsfuße in ihrer bisherigen Höhe weiter gewährt wurden und ein Ausgleich erst beim Ableben einer Stipendiatin herbeigeführt worden ist.

• **Fonds zur Beförderung der Rindviehzucht.** Für die Verwaltung des durch den § 11 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 dem Provinzial-Verbande von Schlesien überwiesenen Fonds zur Beförderung der Rindviehzucht war im abgelaufenen Rechnungsjahre das Reglement vom 5. December 1876 und der vom Provinziallandtage festgesetzte Etat maßgebend. Nach demselben sind dem milchwirthschaftlichen Institut in Proskau als Unterhaltungskosten-Zuschuß 5000 M. gewährt und zur Errichtung und Unterhaltung von Bullenstationen durch Vermittelung des landwirthschaftlichen Centralvereins für Schlesien 3050 M. verwendet worden. Von dem Ueberrest der in Höhe von 10094,48 M. aufgekommenen Zinsen 2c. aus dem Vermögen des Fonds wurden aus Anlaß von Verlusten an Rindvieh durch seuchenartige Krankheiten an bedürftige Personen Unterstützungen zur Wiederanschaffung von Rindviehstücken bewilligt, und zwar aus dem Antheile für den Regierungsbezirk Liegnitz 210 M., aus demjenigen des Breslauer Bezirks 725 M. und aus dem Antheile des Bezirks Oppeln 610 M. Das Vermögen des Fonds betrug für Niederschlesien 16 847,72 M., für Mittelschlesien 57 693,18 M., für Oberschlesien 168 646,07 M., im Ganzen 243 186,97 M.

• **Evangelisch-kirchliches Vereins- und Anstaltswesen.** In letzter Zeit sind auch im Osten Deutschlands die Jünglingsvereine mehr zur Blüthe gekommen. Der ostdeutsche Jünglingsbund, welcher die Provinzen Schlesien, Brandenburg, Posen, Sachsen, Pommern, Ost- und Westpreußen umfaßt, zählt bereits 6000 Mitglieder. Bundesvorsitzender ist Pastor Berlin an St. Elisabeth zu Berlin. Schlesien zählt gegenwärtig über 100 Männer- und Jünglingsvereine, 154 Jungfrauenvereine, 24 Herbergen zur Heimath, 4 Mädchenherbergen (Breslau, Freiburg, Liegnitz, Görlitz), 180 von Diaconissen geleitete Kleinkinderschulen, 57 Rettungshäuser, 4 Anstalten für Blödsinnige, 2 Kinderkrankenhäuser, 6 Diaconissen-Mutterhäuser (Breslau 2, Kraschnitz, Frankenstein, Kreuzburg, Niesky), ein Trinkerasyl zu Leipe, eine Arbeitercolonie zu Wunscha, ein Magdalenenstift zu Lissa.

• **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 1. bis 7. Februar 1891 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amts der Stadt Breslau 61 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 242 Kinder geboren, davon waren 191 ehelich, 51 unehelich, 233 lebendgeboren (123 männlich, 110 weiblich), 9 todtgeboren (4 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 166 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 49 (darunter 13 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 28, über 80 Jahre 3. — Es starben an Scharlach 5, an Masern und Rötheln 1, an Rose 1, an Diphtheritis und Croup 7, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 2, an Unterleibstyphus incl. Nervenfieber —, an acutem Gelenkrheumatismus —, an Brechdurchfall 3, an anderen acuten Darm-Krankheiten 10, an Gehirnschlag 8, an Krämpfen 18, an anderen Krankheiten des Gehirns 11, an Lungenschwindsucht 11, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 16, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 2, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 10, an allen übrigen Krankheiten 52, in Folge von Verunglückung 3, in Folge von Selbstmord 4, in 2 Fällen war die Ursache unbekannt. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen Gestorbene in der Berichtswoche: 25,84, in der betreffenden Woche des Vorjahres 29,16, in der Vorwoche 24,13.

• **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 1. bis 7. Februar 1891 betrug die mittlere Temperatur + 0,6 ° C., der mittlere Luftdruck 759,0 mm, die Höhe der Niederschläge 8,00 mm.

• **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 1. bis 7. Februar 1891 wurden 143 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Pocken 4, Diphtheritis 22, an Unterleibstyphus 3, an Scharlach 36, an Masern 78, an Ruhr —.

+ **Sagan,** 10. Februar. [Vorschußverein.] Der hiesige Vorschußverein (eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht) hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1890 veröffentlicht. Nach diesem zählt der Verein 333 Mitglieder. Die Jahreseinnahmen betrugen 362 513,05 Mark, die Ausgaben 353 255,41 Mark, der Jahresumschlag 715 768,46 M. Die Stammantheile belaufen sich auf 55 519,69 M. Der Reservefonds besitzt 9568,38 M.; Special- und Effecten-Reserve enthalten 4922,02 M.; die Gesammt-Reserve beträgt also 14 490,40 M. Die Spareinlagen bezifferten sich im verflossenen Jahre auf 181 152,46 M. Das Wechselconto wies 3503 Geschäfte nach mit einer Gesammtsumme von 866 600,86 M., mit dem vorjährigen Bestande 1 057 514,84 M. Das Gewinn- und Verlustconto weist eine Einnahme von 14 905,32 M. und eine Ausgabe von 11 769,72 M. nach. Es bleibt ein Bruttogewinn von 3135,60 Mark. Nach Abzug der Verwaltungskosten erhalten die Mitglieder einen Reingewinn von 2691,76 M.

• **Liegnitz,** 10. Febr. [In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung] wurde die Annahme eines Legats von 21 000 M. von der verstorbenen verw. Frau Handelsmann Hadlich zu Gunsten des städtischen Waisenhausfonds genehmigt. Ferner wurde beschlossen, von dem Ueberschusse der städtischen Sparkasse, der 26 076,74 M. beträgt, 25 600 auf Neupflasterungen zu verwenden. Der Magistratsantrag auf Bewilligung von 42 500 M. als Beihilfe für den Erneuerungs- und Reparaturbau der Peter-Paul-Kirche und den Erneuerungsbau des Nordthurmes dieser Kirche, sowie auf Ueberlassung der Bestände der Conradt'schen Glockenspiel-Stiftung wurde mit den von einer Commission vorgeschlagenen Abänderungen angenommen.

8 **Neumarkt,** 11. Febr. [Kreis-Sparkasse. — Wegsperrung.] Nach dem Jahresbericht der hiesigen Kreis-Sparkasse für das Jahr 1890 betrug das Interessen-Kapital am Schluß des Jahres 1889 4 633 909,58 Mark, Ende 1890 4 951 066,34 Mark. Der Reservefonds betrug Ende 1889 435 716,52 Mark und erhöhte sich auf 1 303 298,61 Mark (worunter der Kaufpreis für das an den Kreisverband veräußerte Kreisständehausgrundstück mit 30 018,56 Mark inbegriffen ist). Aus dem Ueberschußfonds, welcher sich insgesammt auf 259 759,97 Mark beläuft, sind an Unterstützungen bewilligt worden: 2400 Mark an den Kreis-Wohlthätigkeits-Fonds, 2000 Mark an das Siechenhaus zu Wültschkau, 4062,21 Mark zur Unterhaltung der Natural-Verpflegungs-Stationen, 1000 Mark zur Vertheilung als Sparprämie, 200 Mark an den Frauen- und Jungfrauen-Verein zu Lissa (Schles.) für Zwecke der Kleinkinderschule, je 300 Mark an den Vorstand des Krankenhauses zu Canth, an die Niederlassung der Grauen Schwestern hier und an den Verein für innere Mission hier. Die Verwaltung der Kreis-Sparkasse, welche seither von einem aus 13 Mitgliedern bestehenden Curatorium geführt wurde, ist am 1. Mai v. J. mit dem Inkrafttreten des revidirten Statuts für die Sparkasse auf den Kreis-Ausschuß übergegangen. — Wegen Hochwasser und Anhäufung von Eis ist der Communicationsweg von Fürstenau nach Ocklitz gesperrt worden; der Verkehr muß sich daher über Protschkenhain und Groß-Mohnau bewegen.

P. **Glatz,** 9. Febr. [Stadtverordneten-Sitzung.] Die Section Glatz des Gebirgsvereins der Grafschaft Glatz hatte im Jahre 1885 die städtischen Fischereien in der Neisse, dem Mühlgraben und der Weistritz auf sechs Jahre gepachtet und zwar nur zum Zweck der Hebung der Fischerei. Da der Verein indessen kein günstiges Resultat in den sechs Jahren erzielt hat, nimmt er Abstand von der Prolongation des Pachtvertrages. Dem Vorschlage, der Magistrat möge doch einige Jahre die Fischerei ganz ruhen lassen und nicht verpachten, wurde widersprochen, weil der Fisch als ein sehr wichtiges und unentbehrliches Nahrungsmittel gelte. Die Versammlung wählte eine Commission zur Prüfung der Sache.

K. **Ohlau,** 10. Februar. [Städtisches. — Statistik.] In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde Rathsherr Weinert, dessen Amtszeit demnächst abläuft, einstimmig wiedergewählt. Zu der neuen Gemeindesteuer-Ordnung wurden einige vom Bezirksausschusse gewünschte Aenderungen genehmigt. Die hauptsächlichste betrifft die Festsetzung des Verhältnisses der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer zu denjenigen zur Klassen- und Einkommensteuer. Es wurde beschlossen: die Grund- und Gebäudesteuer ist stets mit einem Viertel desjenigen Procentsatzes heranzuziehen, mit welchem die Klassen- und klassificirte Einkommensteuer belastet wird. Der Entwurf eines Ortsstatuts zur Ausführung der §§ 112 f. des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (Uebertragung der Beitragseinziehung an die Krankenkassen und bezüglich der Nicht-Krankenkassenmitglieder an eine Gemeinde-Hebestelle) wurde einer Commission überwiesen. Die Etats- und Rechnungs-Commission berichtete über die Prüfung der Jahresrechnung der Kämmereikasse für 1889/90, welche mit 208 797 M. in Einnahme und mit 202 840 M. in Ausgabe abschließt. Entlastung wurde ausgesprochen. Ebenso wurde die Sparkassen-Rechnung für 1889/90 entlastet. Beschlossen wurde der Beitritt der Stadtgemeinde Ohlau zum schlesischen Hilfsverein für Geisteskranke. Die auf die Stadt entfallenden Kreisabgaben für 1890 betrugen 14 253,82 M., d. i. 1653,82 M. mehr, als im Haushaltsplane vorgesehen waren. Diese Summe wurde nachträglich bewilligt. — Von den bei der letzten Volkszählung ermittelten 8630 Einwohnern Ohlaus (4105 männlich, 4525 weiblich) sind 5613 (1885 5580) Protestanten, 2871 (2817) Katholiken, 142 (174) Juden; sonstige Christen 1 (4), confessionslos 3 (—). — Im Jahre 1890 sind hierselbst 3785 Schweine geschlachtet worden, 238 weniger als im Jahre 1889. In einem Schweine wurden Trichinen, in zweien Finnen gefunden.

•• **Brieg,** 11. Februar. [Stiftungsfest. — Vortrag eines Negers.] Der hiesige Gabelsberger Stenographen-Verein beging am Sonnabend Abend im Saale der Deutschen Kaiserhalle sein 3. Stiftungsfest. — Im hiesigen Gewerbehaussaale hielt gestern Abend der Haussa-Neger Mr. Pam einen Vortrag über die eingeborenen Stämme von Ober-Guinea unter Berücksichtigung der deutschen Colonien Afrikas.

=ch= **Oppeln,** 10. Februar. [Innungsverband.] Dem seit Juli 1888 hierselbst constituirten, sich auf den Regierungsbezirk Oppeln erstreckenden Innungsverbande haben im Jahre 1890 165 Innungen mit 4500 Innungs- und 2 Einzel-Mitgliedern angehört.

= **Bauerwitz,** 11. Februar. [Neue Niederlassung.] Die Ressortminister haben genehmigt, daß in Hultschin-Langendorf, Kreis Ratibor, eine neue Niederlassung der Genossenschaft der grauen Schwestern von der h. Elisabeth aus dem Mutterhause Neisse behufs Ausübung der Krankenpflege in dem neuerbauten „Dechant Richter'schen Krankenhause" daselbst errichtet werde.

+ **Ujest,** 10. Februar. [Neue Genossenschaft.] In der von dem Regierungs-Commissar, Regierungs-Rath Tuercke aus Oppeln, am 7. d. Mts. mit den Interessenten gepflogenen Verhandlung hat sich die Mehrheit der Erschienenen bereit erklärt, zu einer öffentlichen Genossenschaft behufs Entwässerung von Theilen der Feldmarken Gemeindebezirke Ujest und Niesdrowitz und Gutsbezirk Goi mit Hilfe eines den bäuerlichen Besitzern zur ersten Ausführung der Melioration aus der Staatskasse zu gewährenden Darlehns zusammenzutreten. Für die Genossenschaftsbildung stimmten die Vertreter von über 77 Hektaren, dagegen die Vertreter von fast 19 Hektaren, während die von etwa 15 Hektaren ausgeblieben waren.

Aus der Provinz Posen.

• **Filehne,** 6. Februar. [Vom Pädagogium.] Am 3. und 4. d. fand an dem Pädagogium Ostrau die Entlassungs-Prüfung unter Vorsitz des Prov.-Schulraths Polte aus Posen statt. Von den 19 Zöglingen, die sich dieser Prüfung unterzogen, bestanden 17 dieselbe und erwarben sich dadurch das Berechtigungszeugniß zum einjährigen Dienst.

n. **Rawitsch,** 10. Febr. [Kreishaushaltsetat. — Diakonissenstation.] Aus den landwirthschaftlichen Zöllen sind dem hiesigen Kreise in den letzten 5 Rechnungsjahren 137 510 M. überwiesen und davon für den Erwerb und die Einrichtung des Kreis-Krankenhauses ein Betrag verwendet, sowie 24 964 M. in den Kreishaushaltsetat pro 1890/91 eingestellt worden. Der Ueberschuß ermöglicht es, daß auch für das laufende Rechnungsjahr weder Kreis-, Communal- noch Provinzialbeiträge erhoben zu werden brauchen und im nächsten Rechnungsjahre die Kreis- und Communalbeiträge wegfallen. Der Kreishaushaltsetat für das Jahr 1891/92 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 94 150 M. — Am hiesigen Orte soll eine Diakonissen-Station gegründet werden.

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.
Reichstag.

* **Berlin,** 11. Febr. Der Reichstag war heute auch nicht viel stärker besetzt als gestern, erledigte aber, ohne daß die Beschlußunfähigkeit festgestellt wurde, den Rest des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern ohne Debatte und genehmigte den Antrag Menzer, welcher eine Ermäßigung der Tabakssteuer von 45 auf 24 Mark verlangt. Nach Erledigung mehrerer Petitionen kam der Antrag Stöcker wegen der Abgrenzung der Bezirke für die Thätigkeit der Missioner der verschiedenen Confessionen in den Schutzgebieten zur Berathung. Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem sich außer dem Geheimrath Kayser auch mehrere Redner aus dem Hause gegen denselben ausgesprochen hatten. Nicht viel mehr Glück hatte Herr Stöcker mit seinem Antrag wegen des Verbots des Spirituosenhandels in den Colonien. Geh. Rath Kayser, der Dirigent der Colonialabtheilung, wies darauf hin, daß internationale Maßregeln angebahnt seien. Darauf erledigte der Reichstag den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung. Morgen beginnt im Reichstag die zweite Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung.

63. Sitzung vom 11. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Maltzahn, Aschenborn.

Ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem von dem Antrage der Staatsanwaltschaft in Hamburg auf Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Metzner wegen Beleidigung des Reichstags Mittheilung gemacht wird, geht an die Geschäftsordnungs-Commission.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Wiederholung der Abstimmung über den Antrag Menzer betreffend die Tabaksteuer, bei welchem sich gestern die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab, angesichts der zu Beginn der Sitzung sehr schwach besetzten Bänke einstweilen ausgesetzt. Der Rest des Etats der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen (Zuckersteuer, Branntweinsteuer, Salzsteuer, Brausteuer) und der Etat der Reichsstempelabgaben werden ohne Debatte nach dem Antrage der Budgetcommission unverändert bewilligt. Ueber einige am Montag angenommene handschriftliche Anträge, betreffend die Anstellung weiterer Erhebungen in Wahlprüfungsangelegenheiten muß geschäftsordnungsmäßig in der nächsten Sitzung nochmalige Abstimmung stattfinden. Auch diese Abstimmungen werden einstweilen zurückgestellt.

Ueber die Petitionen des Vorstandes des Bezirksvereins der Hamburger Vorstadt zu Berlin und des Wahlvereins der deutschfreisinnigen (Fortschritt) Partei im 6. Berliner Reichstagswahlkreise betreffend das Wahlgesetz, wird ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen. Die Petition des Vereins Berliner Agenten, welche das Rechtsverhältniß der kaufmännischen Agenten namentlich gegenüber den Auftraggebern durch Zusatzparagraphen zum Handelsgesetzbuch normirt wissen wollen, wird ohne Discussion dem Reichskanzler als Material zu der dereinstigen Revision des Handelsgesetzbuches überwiesen.

Abg. Scipio berichtet namens der Petitionscommission über verschiedene Eingaben betreffend den Zoll auf Holzstoff, Pappe u. s. w.

Es wird der Uebergang zur Tagesordnung ohne Debatte beschlossen. Der Commissions-Antrag, auch über die Petitionen, welche den Zoll auf kupferne Walzen zur Kattundruckerei betreffen, zur Tagesordnung überzugehen, wird vom

Abg. Hultzsch empfohlen: Es sei jetzt noch nicht an der Zeit, eine allgemeine Revision des Tarifs ins Auge zu fassen, und außerdem ständen sich die Wünsche der Interessenten, welche den Zoll beseitigen und derer, welche ihn aufrecht erhalten wollen, schroff gegenüber.

Das Haus beschließt nach dem Antrage der Commission.

Abg. Goldschmidt referirt Namens der Petitionscommission über die derselben überwiesenen Eingaben, welche eine anderweite Normirung des Zolles auf fertige Bautischlerarbeiten u. s. w. betreffen.

Die Commission empfiehlt auch hier Uebergang zur Tagesordnung, weil der Zeitpunkt des Ablaufs wichtiger Handelsverträge immer näher rücke und es somit nicht angemessen erscheine, in solchem Stadium an eine Aenderung des bestehenden Tarifs heranzutreten. Das gleiche wird von der Commission bezüglich der Petitionen wegen Aenderung des Zolles auf Perlmutterknöpfe und der Petition des deutschen Fleischerverbandes wegen Aenderung des Zolles auf Häute, Felle und fertiges Leder beantragt. Der Antrag der Commission wird von den Abgg. Hultzsch und Funck unterstützt. Das Haus beschließt den Anträgen der Commision gemäß.

Es wird nunmehr die Abstimmung über den Antrag Menzer auf Vorlegung eines Gesetzes, durch welches die bestehende Tabaksteuer von 45 auf 24 M. ermäßigt wird, vorgenommen. Dieselbe ergiebt die Annahme des Antrags mit beträchtlicher Mehrheit. Dagegen wird der in der Montagssitzung angenommene Antrag Auer auf Ausdehnung der bezüglich der Wahl des Abg. Porsch von der Commission vorgeschlagenen Erhebungen heute abgelehnt.

Es folgt die Berathung des Antrags Stöcker: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, durch welche bei Festhaltung des Grundsatzes der Parität das gleichzeitige Wirken von Missionären verschiedener Confessionen in demselben Bezirke der Deutschen Schutzgebiete möglichst verhütet wird.

Antragsteller Abg. Stöcker: Ich bringe den Antrag wieder ein, da seine Berücksichtigung immer dringlicher wird. Evangelische und katholische Missionen gehen mit großem Eifer und großer Beharrlichkeit mit der Gründung und Ausstattung von Missionsstationen vor. Am Nyassa-See, in unserm Interessengebiete, sind evangelische Stationen in der Bildung begriffen; nach Dar-es-Salaam, wo schone eine evangelische Mission besteht, kommt eine katholische hin. Das Interesse des Deutschen Reichs erfordert, daß alles gethan wird, um den Missionen einen Kampf mit gleichen Waffen und mit gleichen Mitteln zu gewährleisten. Da muß ich nun immer wieder beklagen, daß in ganz ungerechtferter Weise von Herrn von Wißmann die evangelischen hinter die katholischen Missionen zurückgesetzt worden sind. Die Sache hat nicht blos in katholischen, sondern selbst in unwissenden pro-

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

testantischen Blättern ihre Ausbeutung gefunden, und wir haben für unsere Kirche höchst verletzende Aeußerungen hören müssen. Wenn auch Herr von Wißmann nachher in der „Post" seine Aeußerungen berichtigt hat, ist noch immer Vieles zurückgeblieben, was wir mit gutem Grunde als falsch und auf mangelhafter Kenntniß beruhend abweisen müssen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir nach dem Spruche ora et labora verführen, daß für uns das Arbeiten erst das Zweite sei, während die katholischen Missionen das labora voranstellten. Ich glaube, kein echter Katholik darf sich eine solche Rangirung gefallen lassen. Durch gekaufte Sclavenkinder wird in diesem Gebiete eine Missionsstation zuerst bevölkert, während man eine größere Einwirkung auf die erwachsenen Neger sich versagt, weil man weiß, daß mit diesen doch nicht viel mehr zu machen ist. Das Ideal der Missionen kann hier nicht ohne Weiteres verwirklicht werden; aber die Erfolge der evangelischen Missionen können sich gleichwohl mit denen der katholischen durchaus messen. Mit dem bloßen Arbeiten sei auch nichts erreicht; man gelange wohl dazu, schöne Plantagen anzulegen. Aber kann das einen vollen Ersatz bieten für die Unterweisung in der Lehre und im Glauben? Gewiß wird die Arbeit, welche die katholischen Stationen pflegen, auch ihre wohlthätige Wirkung üben, aber die schottischen und englischen evangelischen Missionsgesellschaften haben in dieser Beziehung gleichfalls sehr erfreuliche Ergebnisse aufzuweisen, ja einige dieser Gesellschaften sind wesentlich Erwerbsgesellschaften. Das Wißmann'sche Urtheil ist danach durchweg unbegründet. Der evangelischen Missionare waren im vorigen Jahre acht. Davon sind vier gestorben. Ist das nicht eine sprechende Widerlegung des Wißmann'schen Satzes, daß auf evangelischer Seite nicht so viel Hingebung vorhanden sei, wie auf katholischer? Für einen Reichscommissar war es nicht angängig, Urtheile in so einseitiger Weise abzugeben. Meinen Antrag habe ich im vorigen Jahre dahin empfohlen, daß man die Interessensphären theilte. Nachdem einige Missionsgesellschaften sich dagegen ausgesprochen haben, beschränke ich mich auf den Wunsch, daß man nicht Missionen anderer Confessionen zulasse, wo sich eine Mission schon festgesetzt hat, wo sie sich ausbreiten und zur Blüthe gelangen kann. Ich bin in dieser Beziehung nicht ohne Besorgniß für Dar-es-Salaam. Ich verweise außerdem auf die blutigen Vorgänge in Uganda, welche aus religiösen Zwistigkeiten hervorgingen.

Bundescommissar Geh. Rath Kayser: Während früher nur von einer Abneigung der katholischen Missionsgesellschaften, auf die Abgrenzung von Interessensphären einzugehen, Mittheilung gemacht werden konnte, hat heute der Antragsteller selbst schon zugegeben, daß auch auf evangelischer Seite eine solche Abneigung besteht. Der Standpunkt des Abg. Windthorst, daß die Apostel auch keine bestimmte Region gehabt hätten, in welche ein anderer Apostel nicht kommen durfte, wird jetzt ganz allgemein von allen Missionsgesellschaften getheilt. Erst neuerdings hat Missions-Inspector Dr. Zahn von der norddeutschen Missionsgesellschaft sich in demselben Sinne geäußert. Genau dasselbe wird uns aus Neu-Pommern und Neu-Guineau berichtet. Die Eingabe des Herrn Dr. Zahn betont, daß jetzt nachträglich eine Abgrenzung vorzunehmen, gerade Unfrieden hervorzurufen geeignet sei, nachdem die Gründung von zahlreichen Stationen beider Confessionen in jenem Gebiet erfolgt ist. Angesichts dieser Strömungen ist es für die Colonialverwaltung sehr schwer, wenn nicht unmöglich, hier reglementarisch einzugreifen. Es würde gerade dadurch Streit erzeugt, und die paritätische Regierung, und das ist die kaiserliche Regierung doch, würde sich den größten Unannehmlichkeiten dabei aussetzen. Gewiß ist eine coloniale Thätigkeit ohne die Mitwirkung der Missionsgesellschaften gar nicht denkbar, aber ihre Mitwirkung wird auch von der Regierung in jeder Weise gefördert und unterstützt. Es hat sich daraus ein sehr freundliches Verhältniß zwischen den Gesellschaften und der Colonialverwaltung herausgebildet. Im Großen und Ganzen ist uns auch bisher eine Verständigung zwischen beiden Confessionen gelungen. In dem einen Falle, wo der Reichscommissar eine evangelische Gesellschaft nicht wieder zuließ, nachdem die katholischen Benedictiner zugelassen worden waren, hat der Commissar ganz eigenmächtig gehandelt, während im Uebrigen die Wirren des Aufstandes die Sache erklären und entschuldigen. Im Interesse der segensreichen Thätigkeit der Missionsgesellschaften und der zweckmäßigen Führung der Geschäfte der Colonialverwaltung ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag keine Beschlüsse fasse, die störend in das Verhältniß, wie es sich nun einmal gestaltet hat, eingreifen könnten.

Abg. Dr. Windthorst: Es könnte scheinen, als ob der Abg. Stöcker seinen Antrag nur eingebracht hat, um auf die Wißmann'schen Ausführungen zu antworten, und ihm seine Vorwürfe zurückzugeben, ich gehe darauf nicht ein. Diese Streitigkeiten gehören nicht hierher, sie können außerhalb des Reichstags erledigt werden. Ich verlange für beide Bekenntnisse dort gleiche Freiheit in der Action und gleichen Rechtsschutz. Ich wünsche jeder Confession und jeder ihrer Missionen gleiche Erfolge. Die Berücksichtigung der Wünsche des Antrags aber würde die Actionsfreiheit gerade erschweren. Ich freue mich, daß neulich der Reichskanzler so klar und bestimmt aussprach, daß die Grundsätze der Congoacte auch in den deutschen Schutzgebieten zur Geltung kommen sollen wegen der freien Religionsausübungen. Ich freue mich ebenso sehr der heutigen anerkennenden Erklärung des Commissars über die Wirksamkeit der Missionsgesellschaften und ihre Bedeutung für die Gewinnung unserer Colonien. Früher wurde das nicht anerkannt. Man wollte alles mit Gewalt machen und setzte seine ganze Hoffnung auf materielle Erfolge. Diese erfreuliche Umkehr müssen wir deshalb doppelt begrüßen. Nur auf dem Wege der Freiheit, der wahren Freiheit, können die großen Fragen gelöst werden, die uns beschäftigen. Die Freiheit allein verbürgt die Lösung in ersprießlichem Sinne. Sehen Sie nach Amerika, wo kein Schulzwang, kein kirchlicher Zwang herrscht. Weg mit derartigen Schranken, wie sie der Abg. Stöcker aufrichten will. Wer Recht hat, wird auch Recht behalten. (Beifall im Centrum.)

Die Discussion wird geschlossen.

Abg. Stöcker: Weder Herr Geh. Rath Kaiser, noch Herr Windthorst haben das, was ich gegen Wißmann gesagt habe, widerlegt oder auch nur gestreift. Ich bin aber bereit, meinen Antrag nach den Erklärungen des ersteren zurückzunehmen. Wenn Major v. Wißmann die katholische Kirche heruntergemacht hätte, würde Herr Windthorst im Reichstage dazu still geschwiegen haben? (Sehr gut! rechts.) Ich bin durchaus ein Anhänger der Freiheit, die Herr Windthorst predigt; er soll aber diesen Grundsatz der absoluten Geistesfreiheit an der Stelle zur Geltung bringen, wo es am Röthigsten ist, in Rom, wo einstweilen noch der Syllabus diesem Grundsatz entgegensteht. (Zustimmung rechts, Unruhe im Centrum.)

Abg. Windthorst erklärt persönlich, daß es ihm im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich sei, auf alle die kleinen Bosheiten der Schlußrede des Herrn Abgeordneten Stöcker zu antworten. (Heiterkeit.) Es werde sich aber Gelegenheit dazu finden.

Abg. Stöcker: Da der Herr Präsident das Wort Bosheit nicht gerügt hat, muß ich doch dagegen protestiren. Ich habe nichts von Bosheiten gesagt; ich habe Thatsachen angeführt, die vielleicht dem Abg. Windthorst unangenehm sein können, weiter nichts. Wenn der Bericht über diese Verhandlung draußen bekannt werden wird, wird es doch sonderbar berühren, mich als Vertreter der Bosheit und Herrn Windthorst als den Vertreter des Standpunktes der süßen Liebe hingestellt zu wissen. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird darauf vom Antragsteller zurückgezogen.

Es folgt die Berathung des zweiten Antrags Stöcker: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in erneute Erwägung zu nehmen, ob und wie dem Handel mit Spirituosen in den deutschen Colonien durch Verbot oder Beschränkung entgegenzutreten sei.

Antragsteller Abg. Stöcker: Der Antrag ist bereits einmal vom Reichstage einstimmig angenommen worden. Die Wirkung dieses Beschlusses ist aber nicht derartig gewesen, daß wirksame Abhilfe veranlaßt worden ist. Die Zunahme des Branntweinconsums in Kamerun und Togo ist durch authentische Berichte der dortigen Missionaire außer Zweifel gestellt. In demselben Maße haben die erschreckenden Wirkungen dieses Consums zugenommen. Die deutsche Handelswelt macht sich nach diesen Zeugnissen eines bösen Stückes Culturarbeit an den Eingeborenen schuldig, indem sie die Einfuhr der Spirituosen nicht einschränkt, sondern im Gegentheil auszudehnen trachtet. Es kommt dazu, daß unser Togogebiet der Schauplatz des stärksten Schmuggels des billigen deutschen Branntweins nach den englischen Colonien ist, wo der Branntwein eine siebenfach höhere Steuer zu tragen hat. Dieser Umstand sollte allein schon die verbündeten Regierungen veranlassen, mit größerer Energie zu erwägen, ob solche Verhältnisse dem deutschen Namen wirklich zur Ehre gereichen. Bedauerlicher Weise hat gerade Deutschland neben anderen Mächten widersprochen, als die Frage des Verbots der Einfuhr von Branntwein international wurde. Ohne ein Radikalmittel werden wir von diesen Schattenseiten unserer colonialen Thätigkeit nicht loskommen. Dem Import von Branntwein, der überall in der christlichen Welt Aergerniß erregt, muß einmal gründlich auf den Leib gerückt werden. Auch alle englischen Colonialbeamten verurtheilen den Schnapsgenuß gerade so, wie die angeführten Stimmen aus den Missionsgesellschaften.

Geh. Rath Kayser: Ein Beschluß des Bundesraths ist über den Antrag Stöcker im Jahre 1889 nicht herbeigeführt worden. In den Verhandlungen im Reichstage war der Wunsch internationaler Vereinbarung ausgesprochen. Auf diesem Wege sind wir vorgegangen, und das endliche Zustandekommen der Generalacte der Brüsseler Conferenz ist vorzugsweise den großen Bemühungen Deutschlands zu verdanken. Gegenüber diesem großen Verdienste der Regierung würde es doch nicht wesentlich darauf ankommen, ob in Nebenpunkten Deutschland differirte. England hat auch die Branntweineinfuhr nicht ganz verboten haben wollen, es wollte nur einen höheren Zollsatz. Wir haben dem widersprochen, um nicht das Ganze scheitern zu lassen. In Brüssel ist eine bestimmte Zone festgestellt, die für den Branntweinverkehr von Bedeutung sein wird. Einmal darf er dort, wo er noch nicht eingeführt ist, auch ferner nicht eingeführt werden; dort, wo er eingeführt ist, hat man sich über einen bestimmten Satz geeinigt, der in den ersten drei Jahren 15 Centimes beträgt, in ferneren drei Jahren bis auf 25 Centimes erhöht werden kann. In Ostafrika ist die Einfuhr von Branntwein an die Erlaubniß der Commandantur geknüpft, nur Wein, Bier und Wermuth dürfen öffentlich verkauft werden. In Neu-Guinea und auf den Marschallinseln ist der Verkauf von Spirituosen an die Eingeborenen überhaupt untersagt. In Westafrika sind die Zustände noch nicht so, wie wir sie wünschen, aber in Kamerun übersteigt der Zoll doch den Normalsatz, und dasselbe ist in Togo der Fall. Wir können keinen höheren Zoll auflegen, ohne besondere Fürsorge gegen den Schmuggel zu treffen. Was gegen Togo englischerseits gesagt wird, können wir mit Bezug auf Kamerun übrigens vollständig zurückgeben. In Kamerun sind wir auch deswegen nicht frei, weil wir mit der benachbarten französischen Colonie einen Zollvertrag abgeschlossen haben. In Südwestafrika sind jetzt auch sehr beschränkende Bestimmungen durch den Commissar eingeführt worden. Hiernach wird der Reichstag überzeugt sein, daß wir uns fortgesetzt bemühen, alles zu thun, was den schädlichen Einflüssen vorbeugen kann, die aus dem Branntweinimport entstehen. Es wird aber von beiden Seiten unendlich übertrieben. So ist nichts bewiesen worden von der im „Missionsfreund" im vorigen Sommer enthaltenen Behauptung, daß Kinder fast leblos vom Schnapsgenuß in die Missionsanstalten getragen werden mußten. Die ernstlichen Bemühungen der Regierung auf diesem Gebiete lassen natürlich einen durchgreifenden Erfolg erst allmälig erhoffen. Eine Statistik über den Ursprung des nach Afrika eingeführten Branntweins würde sehr mühevoll, aber auch sehr ungenau sein. Sie würde gar keine sicheren Rückschlüsse erlauben.

Abg. Windthorst: Ich theile die Anschauung des Antragstellers auf diesem Gebiete vollständig, meine aber doch, wir haben keinen Anlaß, nach den heutigen Mittheilungen des Bundescommissars den Antrag sobald zu erneuern. Ich würde vorschlagen, mit Rücksicht auf die heute abgegebenen Erklärungen des Commissars über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Eine weitere Discussion findet nicht statt.

Im Schlußwort erwidert Abg. Stöcker dem Commissar, daß sich thatsächlich nicht das geringste in den ärgerlichen Zuständen des west- und südwestafrikanischen Distrikts geändert hat und bittet, seinen Antrag nicht durch Uebergang zur Tagesordnung zu beseitigen.

Geh. Rath Kayser verweist darauf, daß eine erhebliche Beschränkung oder gar Aufhebung des Branntweinhandels eine plötzliche Handelssperre hervorzurufen geeignet sei.

Gemäß dem Antrage Windthorst geht das Haus über den Antrag Stöcker zur motivirten Tagesordnung über. Gegen den Antrag Windthorst stimmen die beiden Parteien der Rechten und die Socialdemokraten. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß $3^{3}/_{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Gewerbeordnungsnovelle.)

Landtag.

*** Berlin,** 11. Febr. Im Abgeordnetenhause begann heute die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes. Zunächst wurde die Frage der Besteuerung der Actiengesellschaften und der Genossenschaften erörtert. Neben dem Finanzminister Miquel traten die Abgg. v. Hammerstein, von Huene und Graf Limburg-Stirum für diese Besteuerung ein, ohne daß sie irgend welche Vorkehrungen gegen die Doppelbesteuerung wollten. Die Abgg. v. Zedlitz und Schmieding hielten den Ausweg, den die Commission eingeschlagen, um die Härten der Doppelbesteuerung zu verhüten, noch nicht für genügend; sie empfahlen vielmehr, den Actionären die Anrechnung der Steuer zu gestatten, welche seitens der Actiengesellschaft bereits entrichtet worden ist. Die Abgg. Simon-Waldenburg, Brömel, Enneccerus und Krause erklärten sich die Besteuerung der Actiengesellschaften in jeder Form. Morgen wird die Debatte fortgeführt werden.

Abgeordnetenhaus. 30. Sitzung vom 11. Februar 1891.

11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel und Commissarien.

Der einzige Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes. Zur Debatte werden zunächst gestellt aus § 1 die Nummern 1, 2, 3, welche angenommen werden. Danach sind steuerpflichtig

1) Alle preußischen Staatsangehörigen, mit Ausnahme derjenigen, welche, ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben, sich in einem anderen Bundesstaate oder in einem deutschen Schutzgebiete aufhalten, oder welche neben einem Wohnsitz in Preußen in einem anderen Bundesstaate oder in einem Schutzgebiete ihren dienstlichen Wohnsitz haben;

3) die Angehörigen anderer Bundesstaaten, welche in Preußen wohnen, und

2) diejenigen Ausländer, welche in Preußen sich des Erwerbes wegen länger als ein Jahr aufhalten.

Nr. 4 des § 1 betrifft die Besteuerung der Actiengesellschaften und der Consumvereine. Letztere werden besteuert, wenn der Geschäftsbetrieb über den Kreis seiner Mitglieder hinausgeht. Consumvereine, welche einen offenen Laden haben, unterliegen jedenfalls der Einkommensteuer. In Verbindung hiermit wird berathen die Vorschrift über die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens der Actiengesellschaften (§ 9, 11 der Regierungsvorlage bezw. § 16 der Commissionsbeschlüsse), wonach als Einkommen gelten die Ueberschüsse, welche an die Mitglieder vertheilt werden, unter Hinzurechnung der zur Tilgung von Schulden oder Capital, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung des Reservefonds verwendeten Beträge, jedoch nach Abzug von $3^{1}/_{2}$ v. H. des Actiencapitals.

Der Abg. Brömel beantragt die Streichung von Nr. 4 bezw. die Vorschrift, wonach Consumvereine mit einem offenen Laden der Besteuerung unterliegen sollen, zu streichen, während

Abg. Metzner (C.) beantragt, Consumvereine, die einen offenen Laden, Magazin oder Lager haben, zu besteuern.

Für diesen Antrag tritt Abg. Fuchs (C.) ein, welcher ausführt, daß die Consumvereine oft großen Geschäftsumfang haben und die Geschäftsleute erheblich schädigen durch ihre Concurrenz.

Abg. v. Schmieding (natl.) beantragt, von den Einnahmen der Actiengesellschaften nicht $3^{1}/_{2}$ v. H. des Capitals in Abzug zu bringen, sondern den Actionären zu gestatten, bei Berechnung ihres persönlichen Einkommens den Betrag der Dividenden in Abrechnung zu bringen.

Abg. v. Zedlitz (freiconf.) erklärt, daß er über die Vorlage und die Commissionsbeschlüsse nicht hinausgehen könne bezüglich der Consumvereine. Er werde mit seinen Freunden gegen alle Anträge stimmen, welche die Consumvereine noch weiter besteuern wollen. Bezüglich der Actiengesellschaften würde es Niemand verstehen, wenn sie steuerfrei bleiben sollten; es ist allerdings dabei eine gewisse Doppelbesteuerung nicht zu vermeiden. Der Antrag Schmieding reicht nicht vollständig aus. Redner beantragt deshalb, daß den Actionären für die bereits anderweitig bei den Actiengesellschaften 2c. versteuerten Dividenden die Steuer bei ihrer Einkommensteuer angerechnet werden soll, daß aber für das Wahlrecht und für die Communalbesteuerung die Steuer voll angerechnet wird. Diese Vergünstigung soll aber nur solchen Actionären zufallen, welche die Actien u. s. w. ein ganzes Jahr lang besessen haben. Dieser Vorschlag wird allerdings das Schreibwerk etwas vermehren, aber es wird dadurch die Doppelbesteuerung vermieden.

Abg. Simon-Waldenburg (natl.) beantragt, die Vorschriften über die Besteuerung von Actiengesellschaften 2c. überhaupt zu streichen. Während sonst das Gesetz ganz gut gearbeitet sei, sei diese Bestimmung durchaus undurchführbar, und wenn dieselbe im Gesetze bleibe oder nicht durch Aenderungen wesentlich abgeschwächt würde, würde er möglicher Weise geneigt sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Denn dadurch würde eine Doppelbesteuerung eingeführt, die viel Unzufriedenheit hervorrufen würde. In anderen Staaten, welche eine der neuen Einkommensteuer ähnliche Steuer haben, besteht keine Besteuerung der Actiengesellschaften, oder wo eine solche besteht, besteht keine Gewerbesteuer, oder es wird die Einnahme aus den Dividenden bei dem Privateinkommen nicht besteuert. Auch der Ausweg, den der Antrag Zedlitz vorschlägt, bietet nicht genügende Sicherheit, weil nur diejenigen Actionäre auf Anrechnung der Steuer Anspruch haben sollen, welche die Actien während des ganzen Veranlagungsjahres besessen haben. Besonders aber würde unter der Besteuerung der Actiengesellschaften die Gründung von Actiengesellschaften für Familiengründungen gehindert werden. Wenn der Inhaber eines großen Betriebes stirbt, wird der Betrieb in eine Actiengesellschaft verwandelt, um den Gewinn unter die Erben leicht theilen zu können. Die Erben müssen die Steuer für das Einkommen der Actiengesellschaft bezahlen und dasselbe Einkommen nachher als ihr Privateinkommen nochmals versteuern. Bei großen Actiengesellschaften, namentlich bei Bergwerksgesellschaften, kann es dahin kommen, daß das Einkommen dreifach und vierfach versteuert wird, ehe es an die eigentlichen Nutznießer kommt. Die Zusammenfassung des Capitals in der Form von Actiengesellschaften ist nothwendig, wenn Deutschland concurrenzfähig bleiben soll auf dem Weltmarkte. Wirthschaftlich ist es bedenklich, hier irgendwie hindernd in den Weg zu treten. Man sagt, die Actiengesellschaft ist eine juristische Person, folglich könne sie auch Einkommensteuer bezahlen. Aber das Einkommen bleibt doch nicht der juristischen Person, sondern wird an die physische Person der Actionäre vertheilt. Man sagt nun freilich, das ausländische Capital, welches in unseren Actiengesellschaften angelegt ist, könne nur durch Besteuernng der Actiengesellschaften selbst getroffen werden, aber das ist nicht richtig. Das ausländische Capital könnte sonst in Deutschland nur bei den Staatsanleihen Verwendung finden. Viel besser ist es aber, daß es in Actiengesellschaften verwendet wird und dadurch unsere Erwerbsthätigkeit fördert. Besonders drückend würde aber die Besteuerung der Privateisenbahnen werden. Die Eisenbahnabgabe, welche das Gesetz von 1838 vorschreibt, ist für die Privateisenbahnen schon sehr drückend. So hat z. B. die Lübeck-Büchener Bahn im letzten Jahre 8,13 v. H. ihres Ueberschusses als Eisenbahnabgabe gezahlt. Wenn die Einkommensteuer dazu tritt, wird der Ueberschuß der Privatbahnen so reduzirt werden, daß sich das Privatcapital solchen Unternehmungen überhaupt nicht mehr zuwenden wird. Die Regierung hat andere Gesetzgebungen nachgeahmt, so z. B. das sächsische Einkommensteuergesetz. Sie hat jede fiscalische Maßregel genau copirt, aber alle die Vorschriften, welche für den Steuerzahler in den betreffenden auswärtigen Gesetzen enthalten sind, hat sie übersehen. Wenn fremde Muster nachgeahmt werden sollen, dann müßte dies auch in Bezug auf diesen Punkt geschehen. Mindestens sollte man die Privatbahngesellschaften von der Besteuerung freilassen.

Ab. v. Hammerstein (c.): Bei einem großen Gesetze kann man nicht alle Einzelheiten berücksichtigen, wenn man dabei nicht die großen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren soll. Der Vergleich mit anderen Ländern treffe nicht zu. Jedes Steuersystem müsse ein historisch gewachsenes sein, es könne nicht ein System von einem Staate ohne Weiteres auf einen anderen übertragen werden. Die Doppelbesteuerung des Grundbesitzers kann man mit der Doppelbesteuerung der Einnahmen aus Actiengesellschaften nicht vergleichen. Wenn Sie den Grundbesitzern die Abschreibung der Schulden gestatten und $3^{1}/_{2}$ vom Hundert der Kapitalsteuer freilassen, dann wird kein Grundbesitzer mehr über den Druck der Grundsteuer klagen. Die Actiengesellschaften haben durchschnittlich 9,91 vom Hundert Dividenden ergeben nur dadurch, daß sie eben in der Form der steuerfreien Actiengesellschaften arbeiten können, ein Einzelner hätte einen solchen Gewinn nicht erzielt. Wirthschaftlich und social ist aber die Form der Actiengesellschaft nicht unbedenklich. Wo Strikes ausbrechen, da sieht man überall, daß der einzelne Unternehmer leichter mit seinen Arbeitern fertig wird, als die Actiengesellschaft. Für große Unternehmungen ist die Form der Actiengesellschaft nicht zu entbehren, aber die Tendenz geht jetzt dahin, auch für kleine Unternehmungen Actiengesellschaften zu gründen, wie das stetige Herabgehen des durchschnittlichen Grundcapitals ergiebt. Das ist bedenklich, weil dadurch die kleinen Leute verleitet werden, kleinen Actiengesellschaften sich zuzuwenden, bei denen sie nachher ihr Capital verlieren. Der Antrag des Herrn v. Achenbach ist unannehmbar; denn danach würde jedem Privatmann, der nur Actien besitzt, gestattet sein, seine ganzen Steuern zurückzufordern, weil die Einnahme bereits anderweitig versteuert ist. Das würde der Gerechtigkeit widersprechen. Wie würde das in socialer Beziehung wirken? (Beifall rechts.)

Abg. Broemel: Wenn eine Steuergesetzgebung historisch wachsen soll, dann darf von einer Besteuerung der Actiengesellschaften keine Rede sein, denn die preußische Gesetzgebung kennt diese Besteuerung gar nicht. Daß die Actiengesellschaften irgendwelche Vorrechte oder Vortheile haben, ist nicht richtig. Neben den großen Actienbanken bestehen große Capitalisten, welche ebenso gute Geschäfte machen. Es ist ein Unsinn, dem Actiencapital eine größere Kraft zuzuschreiben, als dem Einzelcapital. Auch in der Begründung der Regierungsvorlage findet sich eine, ich will sagen, theoretische Abneigung gegen die Actiengesellschaften. Diese Form des Betriebes mag ja manche Fehler haben; aber wenn man diese Fehler beseitigen will, so kann das nicht durch die Steuergesetzgebung geschehen, sondern nur dadurch, daß man die Formen der gesellschaftlichen Unternehmungen verbessert, wie dies der Abg. Hammacher mehrfach angeregt hat. Die Dividenden der Actiengesellschaften sind ja gar keine Einnahmen für dieselben, sondern eine Schuld, welche sie an ihre Actionäre zu zahlen haben. Das Beste ist also die Dividenden bei den Actiengesellschaften steuerfrei zu lassen, und sie bei denjenigen zu besteuern, bei welchen sie überhaupt wirklich eine Einnahme bilden. Daß die Besteuerung der Dividenden bei der Actiengesellschaft bequemer ist als bei den einzelnen Actionären, ist ja richtig. Aber dieser Grund, welcher durchschlagend war bei dem jetzigen schlechten Veranlagungssystem, kann jetzt nicht mehr maßgebend sein, wo wir ein verbessertes Veranlagungsverfahren haben. Die eigentlichen Dividenden muß man bei den Actionären treffen, höchstens könnte man die Rücklagen zum Reservefonds bei den Actiengesellschaften selbst besteuern.

Redner wendet sich dann gegen die Besteuerung der Consumvereine. Es läßt sich gar nicht feststellen, ob Consumvereine an Nichtmitglieder verkaufen oder nicht. Die Mitglieder können für gute Freunde und Bekannte Waaren beim Consum-Verein kaufen. Auch Clubs und Casino-Gesellschaften kaufen Luxusartikel gemeinsam ein, zum Beispiel Wein, und geben ihn an ihre Mitglieder ab, ohne dabei zu controliren, ob nicht vielleicht auch Nichtmitglieder einen Vortheil davon haben. Die Gegner der Consumvereine sind zum größten Theil auch Gegner des Zwischenhandels, den die Consumvereine gerade verdrängen wollen. Die Gegner der Genossenschaften wollen nur für sich einen Vortheil herausschlagen und vergessen dabei, daß diese Genossenschaften die beste Form der Vereinigung für die kleinen Handwerker 2c. sind, die man am allerwenigsten durch Steuern behelligen sollte.

Abg. Pleß (C.) beantragt, alle Consumvereine zu gesteuern

Abg. v. Huene (C.): Ich bin ein entschiedener Freund der Genossenschaften, aber wir haben die Verpflichtung, gegenüber den außerhalb der Genossenschaften stehenden selbstständigen Handwerkern, den Genossenschaften keine Vorrechte zu geben. Sie sollen ihre Einkommensteuer bezahlen, wie jeder Handwerker und Gewerbetreibende. Der Antrag Metzner ist zu empfehlen, aber der Antrag Pleß, welcher alle Consumvereine besteuern will, geht doch wohl zu weit. Für die Besteuerung der Actiengesellschaften bietet der Commissionsbericht das hinreichende Material zur Beurtheilung. Die Herren, welche die Steuerfreiheit der Actiengesellschaften befürworten, würden, wenn man die Einnahmen der großen Actiengesellschaften vorführt, für ihre Anträge wenig Entgegenkommen finden. Der Antrag Achenbach geht von einem ganz richtigen Grundsatze aus, aber er enthält doch noch eine Doppelbesteuerung; denn es sollen nur diejenigen von der Steuer befreit werden, bezw. dieselbe zurückerhalten, welche den Besitz der Actien für die Dauer eines ganzen Jahres vor der Veranlagung nachweisen. Und wie soll der Nachweis gebracht werden, daß dem oder jenem Actionär die Steuer zurückerstattet werden kann? Welche Schreibereien werden dadurch für die Veranlagungs-Behörden entstehen? Das Beste ist wohl der Vorschlag der Commission. Eine Doppelbesteuerung wird auf die Dauer nicht bestehen bleiben; denn die Belastung der Actiengesellschaft wird bald im Cours der Actien hervortreten, und wer dann noch Actien kauft, weiß, welche Lasten der betreffenden Gesellschaft ob-

liegen. (Zuruf links: Ganz wie bei der Grundsteuer!) Der Vergleich mit der Grundsteuer ist nicht zutreffend. Die Grundsteuer ist eine Bruttosteuer, die Einkommensteuer ist eine Nettosteuer. Deswegen bitte ich, bei den Commissionsbeschlüssen stehen zu bleiben.

Abg. von Czarlinski (Pole) hat Bedenken gegen die Besteuerung der Genossenschaften, welche wirthschaftliche Nachtheile mit sich bringe, namentlich auch für die große Zahl der landwirthschaftlichen Genossenschaften. Die Polen werden besondere Anträge nicht stellen, sondern solche Anträge von anderer Seite unterstützen, welche ihren Bedenken Rechnung tragen.

Abg. Enneccerus (natl.) erklärt sich für die Besteuerung der Consumvereine mit offenem Laden, weil zwar nicht nothwendig sei, daß diese über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehen, weil aber bei ihnen die Gefahr am ersten nahe liegt, daß sie keine genügende Controle über den Verkauf ausüben können. Den Antrag des Herrn Metzner, declaratorisch die Worte „Magazine nnd Lager" beizufügen, könne er nur zur Annahme empfehlen, aber nicht den Antrag Pleß, welcher alle Consumvereine unter allen Umständen besteuern will. Die Actiengesellschaft ist gebildet von einzelnen Personen, um zu erwerben, nicht für sich selbst, sondern für die Actionäre. Deshalb ist es ungerecht, die Einnahmen erst bei der Actiengesellschaft und nachher bei den Actionären zu versteuern. Die Actionäre sind die Gläubiger der Actiengesellschaften, welche von diesen die Dividenden zu fordern haben. Wenn man dieses Verhältniß zu Grunde legt, dann müßten die Actiengesellschaften nur von den Rücklagen zum Reservefonds, von den Schuldentilgungen und den Verbesserungen des Unternehmens besteuert werden, aber nicht von den Dividenden. Daß der Besitzer eines großen Actiencapitals nach dem Antrage des Herrn v. Achenbach steuerfrei wird, ist nicht richtig. Die Steuer für ihn wird ja bei der Actiengesellschaft erhoben. Wenn Herr v. Huene ausführte, daß die Doppelsteuer verschwinden würde, indem der Cours der Actien heruntergeht wegen der neuen Belastung der Gesellschaft, so zeigt dies die Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung, weil die jetzigen Besitzer der Actien dadurch einen Capitalverlust erleiden. Redner empfiehlt dann seinen besonderen Antrag, bei Commanditgesellschaften den Antheil der Einnahmen, welcher dem persönlich haftenden Gesellschafter zufällt, von der Actiensteuer frei zu lassen, sonst würde eine große Ungerechtigkeit entstehen. Selbst wenn der Antrag Schmieding oder Achenbach nicht angenommen würde, könnte dieser Antrag angenommen werden, zumal er ohne jede Unerquicklichkeit durchgeführt werden kann.

Finanzminister Miquel: Daß in der Besteuerung der Actien-Gesellschaften und der anderen juristischen Personen eine Doppelbesteuerung liege, kann ich nicht zugeben, wie ich dies schon früher ausgeführt habe. Die Actiengesellschaften, die Commandit- und Bergwerksgesellschaften und die Genossenschaften sind juristische Personen neben den physischen Personen. Man sagt, das Eigenthum der Actiengesellschaften ist Eigenthum der Actionäre. Herr Simon hat ein für mich günstiges Beispiel gewählt; er wünscht ausländisches Capital bei uns angelegt zu sehen. Der ausländische Actionär ist steuerfrei von seinem Einkommen aus der Actiengesellschaft und die Actiengesellschaft ist jetzt auch steuerfrei. Wenn ein großes Gut von einer Actiengesellschaft übernommen wird und die Actionäre wohnen im Auslande, so verliert der preußische Staat seine Steuereinnahme. Das ist die bedenkliche Seite der jetzigen Steuerfreiheit der Actiengesellschaften. Die Besteuerung der Actiengesellschaft soll nur eine fiscalische Maßregel sein, wie überhaupt die Vorlage nur für den Fiscus sorgt. Kaum ein Gesetz wird so viel Milderungen aufweisen, wie unsere Vorlagen. Die Befreiung der Einkommen unter 900 Mark, die Degression der Steuersätze, die Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse u. s. w. kennen die anderen Gesetze nicht; ebenso wenig die Vermeidung der zwangsweisen Declaration des Einkommens der Arbeiter seitens der Arbeitgeber. Wenn der Abzug von 3 v. H. des Actiencapitals den Actiengesellschaften gestattet wird, so ist das kein Streben nach Fiscalität, sondern eine billige Berücksichtigung der Verhältnisse. Die anderen deutschen Einzelstaaten sind schließlich zu der Besteuerung der Actiengesellschaften gekommen, ohne daß Abzüge gestattet worden sind. Wir leben mit den übrigen deutschen Staaten in einer wirthschaftlichen Gemeinschaft, und es hat ein gewisses Interesse, die Productionsbedingungen in Deutschland gleichartig zu gestalten. Durch die Besteuerung der Actiengesellschaft wird eine gewisse Mißstimmung entstehen, das ist nicht zu leugnen. Aber wenn Sie die Abrechnungen der Steuern nur gestatten, wenn der Besitz der Actien für ein ganzes Jahr nachgewiesen ist, so machen Sie die Ungerechtigkeit noch größer, Sie machen die Rückerstattung der Steuer von Zufälligkeiten abhängig, ob Jemand diesen Nachweis führen kann. Wird das nicht noch viel größere Unzufriedenheit hervorrufen? Wenn ich wählen sollte im äußersten Falle zwischen dem Antrag Schmieding und Achenbach, so dürfte der letztere technisch leichter durchzuführen sein. Die Erhöhung des steuerfreien Ertrages der Actiengesellschaften von 3 auf 3½ v. H. halte ich nur für nothwendig, wenn das Haus die von der Commission vorgeschlagene Erhöhung des Steuersatzes auf 4 v. H. für die Einkommen über 100 000 M. annimmt. Die Genossenschafter werden ebenso behandelt werden müssen, wie die Actiengesellschaften. Es sind nur verschiedene Formen für die Zusammenfassung des Capitals. Wenn man durch die Steuerverhältnisse nicht in die Production eingreifen soll, so darf man die Genossenschaft nicht anders behandeln, als die Actiengesellschaften. Von der Steuer wird die Thätigkeit der Genossenschaft nicht beeinflußt. Die Consumvereine werden durch die Steuer ebenfalls nicht bedrückt werden. Jeder Consumverein hat es ja in der Hand, jeden Verdienst durch Herabsetzung der Preise zu vermindern. Aber wir müssen großen Kreisen des Volkes das Gefühl nehmen, daß der Staat die Genossenschaften ihrer Concurrenten privilegirte. Consumvereine, die einen offenen Laden haben, werden jetzt schon zur Gewerbesteuer herangezogen. Es liegt darin ein gewisses Criterium dafür, daß wirklich ein Gewerbebetrieb vorliegt. Der Antrag Metzner, wenn er eine Declaration sein soll, ist überflüssig. Sollte er mehr sein, dann würde er zu weit gehen. Die Privatbahn-Gesellschaften bezahlen zwar die Eisenbahn-Abgaben, aber dafür sind sie auch von der Gewerbesteuer befreit, ebenso wie die Bergwerksgesellschaften, welche die Bergwerksabgabe bezahlen. Es liegt deshalb kein Grund vor, sie von der Einkommensteuer zu befreien. Es ist die Doppelbesteuerung des Grund und Bodens angeführt worden. Die Grund- und Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer werden bemängelt, nicht wegen der Doppelbesteuerung, sondern wegen der Bruttobesteuerung, welche die Reform beseitigen soll. Von einer wirklichen Analogie kann keine Rede sein. Daß die Course der Actien heruntergehen wegen der Besteuerung der Actiengesellschaften, weiß ich nicht, aber ich glaube, nach einer kleinen Reihe von Jahren wird man das Gefühl der Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung, von dem jetzt so viel gesprochen ist, nicht mehr haben. Die Freilassung der Actiengesellschaften wird große Kreise des Volkes in ihrem Gerechtigkeitsgefühl verletzen. Die Besteuerung wird auch gewisse Kreise verletzen. Da entscheidet das Interesse des Staates. (Zuruf Richters: Fiscalität im äußersten Maße.) Ja, Fiscalität! Früher wollte man jedes Eindringen in die Verhältnisse des Einzelnen vermeiden, jetzt will man im Interesse der Gerechtigkeit eindringen in die Verhältnisse, um das Mehraufkommen an Einkommensteuer zur Erleichterung zu verwenden. Das Mehr von den Actiengesellschaften fließt den Communen zur Erleichterung zu. Der Staat hat von dieser Mehreinnahme überhaupt keinen Vortheil. Herrn Richters Unterbrechung, daß der Fiscus etwas davon hätte, trifft also durchaus nicht zu. Der Vorschlag der Regierung bezüglich der Actiengesellschaften ist ein vermittelnder. Ich halte diesen immer noch für das Beste. (Beifall.)

Abg. Schmieding (natl.): Die Actiengesellschaften haben kein eigenes Einkommen, sie sind durch Gesetz verpflichtet, ihren Actionären die Einnahmen zuzuführen. Wenn die Einnahme bei der Actiengesellschaft und bei den Actienbesitzern besteuert wird, so wird nicht nur die Einnahme aus Dividenden doppelt besteuert, sondern dazu tritt auch noch die Communalsteuer, für welche die Staatssteuer die Grundlage bildet. Allerdings lassen sich die Einnahmen an der Quelle besser besteuern, und bei der Besteuerung der Actiengesellschaften werden auch die ausländischen Actionäre getroffen. Deshalb habe ich meinen Antrag gestellt, der fast wörtlich dem weimarischen und hessischen Gesetz entnommen ist und sich dort bereits bewährt hat.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Ich hätte eigentlich, da nichts Neues mehr gesagt werden kann, gern gesehen, daß vor mir die Debatte geschlossen würde. Aber da man noch Lust hat, morgen den ganzen Tag über die Frage zu sprechen, will ich ein paar Bemerkungen nicht unterdrücken. Ich stimme vollständig mit dem Finanzminister überein, daß die Actiengesellschaften nicht von der Steuer frei bleiben dürfen. Auch bezüglich der Genossenschaften bin ich für die Beschlüsse der Commission. Wir werden gegen alle Abänderungsanträge stimmen.

Abg. Krause (natl.): Wem thut die Steuer weh, die der Actiengesellschaft auferlegt wird? Der Actiengesellschaft nicht, sondern den Actionären, denen ihre Dividende durch die Steuer gekürzt wird. Es ist also gar keine Frage, daß es sich um eine Doppelbesteuerung handelt. Das spricht auch Professor Wagner in der neuesten Auflage seiner „Finanzwissenschaft" aus. Der einzige Grund, der durchschlagend ist, ist die Heranziehung der ausländischen Actionäre. Aber einmal brauchen wir die ausländischen Capitalisten und zweitens wird durch die Maßregel das einheimische Capital doppelt betroffen, um das ausländische einmal zu treffen. Wenn bei der Declaration das Einkommen auch aus Dividenden von Actiengesellschaften angegeben werden soll, dann braucht man die Actiengesellschaften selbst nicht heranzuziehen. Durch die Besteuerung verleitet man übrigens dazu, das Grundcapital der Gesellschaft möglichst niedrig zu nehmen und dafür Gelder durch Obligationen aufzubringen. Eine solche unwirthschaftliche Entwickelung sollte man nicht begünstigen.

Darauf wird um 3½ Uhr die weitere Debatte auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin,** 11. Februar. Der Kaiser hatte gestern Mittag eine Unterredung mit dem Reichskanzler v. Caprivi. Heute Vormittag kehrte der Kaiser auf der Rückkehr von seiner Spazierfahrt im Auswärtigen Amte ein und nahm dort den Vortrag des Staatssecretärs des Auswärtigen Amts, Freiherrn v. Marschall, entgegen. Später hatte der Kaiser im königl. Schlosse noch eine Unterredung mit dem Staatsminister v. Goßler.

Der Vorstand des Rechtsschutzvereins der Bergleute im Saarrevier hat an den Kaiser folgendes Telegramm gesandt: „Die Ew. Majestät treu bis in den Tod ergebenen Bergleute des Saarreviers gedenken bei ihrer Festfeier der von Ew. Majestät heute vor einem Jahre gesprochenen Worte: Die Saargruben sollen Musteranstalten werden. Für die in diesen Worten von Allerhöchstdenselben bekundete gütige Gesinnung gegen uns, wagen wir es vertrauensvoll, unserem Kaiser Wilhelm II., dem Schützer und Beschirmer seines Volkes, unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen und Ew. Majestät ehrerbietigst ein herzliches dreimaliges Glückauf auszubringen."

Ueber elektrische Anlagen ist ein zweiter Gesetzentwurf dem Bundesrath unterbreitet. Derselbe bezweckt, alle elektrischen Anlagen ohne Unterschied, abgesehen von der Erlaubniß des Besitzers von Grund und Boden, auch noch abhängig zu machen von der Erlaubniß der Landescentralbehörde.

Der Finanzminister empfing heute Vormittag eine Deputation der Interessenten der Moselcanalisation. Dieselbe erhielt von Herrn Dr. Miquel die Versicherung der Geneigtheit der Regierung, dieses besonders wichtige und aussichtsvolle Canalbauproject zu fördern unter der Voraussetzung, daß die Interessenten in irgend einer Form sich angemessen an der Uebernahme der finanziellen Last betheiligen.

Der dem Arbeitsministerium nahestehende „Actionär" meldet, Minister von Maybach reichte weder ein Abschiedsgesuch ein, noch habe er die Absicht, vor der gewohnten Zeit oder auf längere Dauer einen Urlaub anzutreten. — Dasselbe Blatt meldet, die preußische Staatsbahnverwaltung scheine nicht abgeneigt, mit den süddeutschen Staaten auf die vierte Klasse zu verzichten, doch müßte erst der Landeseisenbahnrath demnächst darüber gehört werden. Der Normalsatz der dritten Klasse würde auf den bisherigen der vierten, also auf zwei Pfennige für das Kilometer, ermäßigt, in zweiter und erster auf 4 oder 3½ resp. 6 Pfennige. Der Landeseisenbahnrath werde auch berufen, um ein Gutachten über die Ausdehnung des Ausnahmetarifs auf Düngemittel, Kartoffeln, Rüben, sowie auf Steinkohlen und andere Massengüter abzugeben.

Die „Post" schreibt: Dem Vernehmen nach hat vorigen Montag eine Besprechung unter verschiedenen Reichstagsmitgliedern über die Zuckersteuer stattgefunden. Es wurde in dieser Besprechung der Vorschlag gemacht, eine Vereinigung mit der Regierung auf der Basis von 18 M. Consumsteuer und 1,25 M. Exportprämie auf die Dauer von 8 Jahren zu erzielen. Die anwesenden Reichstagsmitglieder konnten diese Vorschläge selbstverständlich nur ad referendum nehmen, ohne weder sich persönlich noch die betreffende Fraction zu binden. Wir hören nun, daß es kaum möglich sein wird, für diese Vorschläge eine Majorität zusammen zu bringen; es wird sonach eine neue Basis für die Verständigung gesucht und gefunden werden müssen.

In den „Hamb. Nachr." wird, anscheinend vom Fürsten Bismarck, der Kampf gegen Herrn v. Caprivi fortgesetzt. Da ein weiterer Artikel über die Colonialpolitik angekündigt wird, beschränken wir uns für heute auf die Wiedergabe folgender Stellen: Wir bleiben bei der Ansicht, daß der frühere Kanzler zur Unterzeichnung des deutsch-englischen Vertrages niemals gerathen haben würde, und daß die Verantwortung für das Abkommen ausschließlich bei der jetzigen Regierung liegt. Diese hatte vollständig freie Hand, den Vertrag abzuschließen oder nicht. Die Ansicht, das Verbleiben Lord Salisbury's im Amte sei von größerer Wichtigkeit für uns als ganz Witu, durfte einmal den Engländern niemals mitgetheilt worden sein, zweitens konnte jene Ansicht Bedeutung nur für den extremen Fall haben, daß Deutschland gezwungen gewesen wäre, zwischen dem Besitz von Witu und der antideutschen Umgestaltung der englischen Politik unmittelbar zu wählen. Ein solcher Fall lag 1890 nicht vor. Im übrigen sind Acten des Auswärtigen Amts zwar keine Privatacten, aber auch nicht publici juris. Außerdem, wenn sich bei uns die Gewohnheit einstellte, aus ihren vertraulichen Theilen Material zu veröffentlichen, um die frühere Regierung für zweifelhafte politische Zwecke mit verantwortlich zu machen, so mögen dafür Vorgänge in anderen Ländern anzuführen sein — in Deutschland wie in England war bisher Aehnliches nicht der Fall. Die frühere Regierung hat sich stets enthalten, den vertraulichen Verkehr, den ihre Organe untereinander in den Acten geführt haben, in solcher Weise der Oeffentlichkeit preiszugeben, daß im Auslande daraus unzutreffende Schlüsse auf die Gesammtpolitik Deutschlands gezogen werden konnten. Wie es nachtheilig wirkt, wenn diesseits der Eindruck hervorgerufen wird, daß Deutschland seine landwirthschaftlichen Zölle aus Gründen der inneren Politik preisgeben müsse, so muß es für fernere colonialpolitische Verhandlungen mit England, welche noch möglich sind, den deutschen Interessen schädlich sein, wenn in London die Ansicht Platz greift, daß die gegenseitige Freundschaft für Deutschland nothwendiger als für England sei.

Der „R.-A." veröffentlicht ein von der kgl. Eisenbahndirection (rechtsrheinischen) zu Köln dem Vorstande des westfälischen Coakessyndicats zu Bochum zugegangenes Schreiben, welches namentlich die Klagen über mangelhafte Wagengestellung beantwortet und ziffermäßig nachzuweisen sucht, daß der Wagenpark der westlichen Eisenbahnen der Steigerung der Coaksproduction in Westfalen nicht nur gefolgt, sondern in stärkerem Verhältnisse gewachsen ist. Daß gleichwohl in den letzten Monaten empfindliche Störungen in der Zuführung der leeren Wagen eingetreten sind, habe seinen Grund in den durch die Witterungseinflüsse verursachten ungewöhnlichen Betriebsschwierigkeiten. Es werde noch einige Zeit bedürfen, bis der normale Zustand und Umlauf wiederhergestellt ist.

Bei der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven soll eine zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern stehende Zwischeninstanz mit dem Namen „Wohlfahrtsausschuß" ins Leben gerufen werden. Demselben sollen als Mitglieder 10 Arbeiter, die das 30. Lebensjahr überschritten und mindestens 5 Jahre hindurch auf der kaiserlichen Werft gearbeitet haben, sowie 10 Stellvertreter, die denselben Bedingungen entsprechen, angehören.

Nach fast einmonatlichem Aufenthalt auf seiner mittelfränkischen Besitzung ist Frhr. v. Soden hierher zurückgekehrt, um alle Vorbereitungen für seine Uebersiedelung als Gouverneur nach Ostafrika zu treffen. Was Dr. Peters anlangt, so ist über seine etwaige Verwendung dem Vernehmen nach noch nichts entschieden.

Die Professoren Jaccoud, Dujardin und Beaumetz in Paris theilten der Akademie der Medicin die Ergebnisse ihrer Thierversuche zur Prüfung des Werths der Koch'schen Flüssigkeit als Vorbeugungsmittels gegen die Tuberkulose mit. Alle mit der Koch'schen Lymphe behandelten Meerschweinchen bekamen die Tuberkulose leichter und erlagen ihr rascher und mit ausgedehnteren Verletzungen als diejenigen, welche keine vorhergehende Koch'sche Einspritzung erhalten hatten.

Aus Helsingfors wird berichtet: Den Bürgerständen des finnischen Landtags ist eine interessante Bittschrift mit gut motivirten Klagen über die Willkür des Generalgouverneurs der finnländischen Presse gegenüber zugegangen. Besonders wird die Haltung des Generalgouverneurs der Verordnung vom 12. Februar 1812 gegenüber angegriffen. Der Landtag wird ersucht, dieselbe mit der Bittschrift bei dem Zaren einzureichen.

!! **Wien,** 11. Febr. Die Vertragsverhandlungen mit Deutschland dürften, nachdem Baroß in der Tariffrage nachgegeben hat, rasche Fortschritte machen, jedoch beiderseits, bis die Vorlage den Parlamenten zugeht, geheimgehalten werden, weil in der Zwischenzeit Verhandlungen mit anderen Staaten angeknüpft werden sollen, so zwischen Deutschland, der Schweiz und Italien, zwischen Oesterreich und der Schweiz, zwischen Serbien und Rumänien. Daher ist es von Wichtigkeit, daß diese Staaten ihre ihnen vom Standpunkte der Meistbegünstigung zustehenden Positionen nicht kennen. — Das Olmützer Garnisonsgericht verurtheilte den Feldwebel Wenzel Marek, welcher die Przemysler Festungspläne entwendet und an Rußland verkauft hatte, zu einer fünfzehnjährigen Kerkerstrafe.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Posen, 11. Febr. Die Stadtverordneten wählten den Stadtrath Witting (Danzig) zum Ersten Bürgermeister mit 22 von 36 Stimmen.

Paris, 11. Februar. Der oberste Rath der Arbeiterpartei erließ einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, welcher dieselben zu einer öffentlichen Kundgebung am 1. Mai auffordert. Der Aufruf sagt, der gesetzliche achtstündige Arbeitstag, um den es sich zunächst bei der Kundgebung handele, sei nur ein erster Schritt zur gänzlichen Befreiung der Arbeiter.

Brüssel, 11. Febr. Die jüngst einberufenen beiden Klassen der Miliztruppen, welche in Brüssel garnisoniren, wurden heute auf einen Monat in die Heimath entlassen.

Brüssel, 11. Februar. Die dritte Section der Repräsentantenkammer genehmigte den Antrag auf Verfassungsrevision mit 5 gegen 4 Stimmen. Sieben enthielten sich der Abstimmung. — Der Generalrath der Arbeiterpartei richtete eine Denkschrift an den belgischen Episkopat, welche diesen ersucht, sich der Verfassungsrevision nicht zu widersetzen.

Wien, 11. Febr. Der „Neuen Freien Presse" zufolge ist die Frage der Frachttarife zwischen den Handelsministern von Oesterreich und Ungarn durch den Austausch von Erklärungen geordnet, worin eine vollständige Reciprocität bezüglich der Frachttarife für den Eisenbahnwaarentransport festgestellt wird. Es sei daher eine einseitige Tarifpolitik künftig ausgeschlossen. Der ungarische Localtarif bleibe bestehen, erlange aber durchwegs für Transporte aus Oesterreich nach Ungarn Geltung; ebenso seien eventuelle Reformen des österreichischen Tarifes wirksam für Provenienzen aus Ungarn. Die Verhandlungen mit Deutschland seien heute Nachmittag wieder aufgenommen.

London, 11. Febr. Das Unterhaus nahm mit 202 gegen 155 Stimmen in zweiter Lesung die Bill an, die Ehe eines Wittwers mit der Schwester der verstorbenen Frau für gesetzlich zulässig zu erklären.

Dublin, 11. Febr. Das Organ Parnells, „Freemans Journal", meldet: Mc. Carthy erhielt ein Schreiben von Parnell des Inhalts, letzterer habe gegenwärtig jede Hoffnung auf einen Ausgleich zwischen beiden Gruppen der nationalistischen Partei aufgegeben.

Petersburg, 11. Febr. Der „Russischen Petersburger Zeitung" zufolge ist entschieden, daß der Bau der sibirischen Bahn im Frühling beginnen soll. Zunächst werden gleichzeitig die Strecken Waladiwostock-Chabarowka und Tomsk-Irkutsk gebaut, dann werden Chabarowka und Irkutsk mit einander verbunden werden. Inzwischen soll der Ausbau des Eisenbahnnetzes von Slatoust bis Tscheljabinsk, woran schon jetzt gearbeitet wird, fertiggestellt sein, darauf wird die Strecke Tscheljabinsk-Tomsk hergestellt. Die sibirische Bahn soll 1894 ganz fertig sein, die Kosten werden 75 Millionen Rubel betragen.

Wähler-Versammlung.

H Breslau, 11. Febr.

Die von dem Wahlverein der deutsch-freisinnigen Partei für heut Abend nach dem großen Saale des Concerthauses berufene Wählerversammlung war zahlreich besucht. Maurermeister und Stadtverordneter Simon eröffnete dieselbe gegen 8½ Uhr, indem er die Versammlung kurz begrüßte und die Herren Giese, Danneil und Bielschowsky ersuchte, mit ihm das Bureau zu bilden. Nach einigen weiteren einleitenden Worten ertheilte er sodann dem Reichstagsabgeordneten das Wort zu dem zugesagten Vortrage über „Unsere innere politische Lage." Reichstags-Abgeordneter A. Träger, der schon bei seinem Erscheinen im Saale lebhaft begrüßt worden war, wurde mit langandauerndem Beifall empfangen. Derselbe führte dann in ¾stündiger Rede etwa Folgendes aus.

M. H.! Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar dafür, daß Sie mir ein so freundliches Andenken bewahrt haben. Ich kann Sie versichern, daß von meinem letzten Mißerfolge nicht das geringste bittere Gefühl in mir zurückgeblieben ist, denn m. H., ein Mann im öffentlichen Leben muß daran gewöhnt sein, einmal durchzukommen und einmal durchzufallen. Im Uebrigen bleibt Alles beim Alten. (Heiterkeit.)

Wie der Herr Vorsitzende schon sagte, hat mich eine andere Aufgabe nach Breslau geführt. Ich benutze aber gern die Gelegenheit, um mich mit meinen hiesigen Gesinnungsgenossen einmal wieder zu unterhalten. — Seit ich das letzte Mal die Gelegenheit hatte hier zu sprechen, und zwar ebenfalls in diesem Raume, war es zu einem Parteitage der deutschfreisinnigen Partei. Damals, m. H., lagen die Verhältnisse ganz anders, als sie gegenwärtig liegen. Inwiefern die Sachen anders geworden sind, das in den einzelnen Punkten zu demonstriren, würde außerordentlich schwer fallen. Aber, ich meine, Jeder hat den Eindruck, daß es anders ist, als es früher war, und Sie wissen ja, daß die alte Redensart: man steuert jetzt einen neuen Curs, allmälig eine landläufige geworden ist. Nun, m. H., es mag vielleicht ein Zeichen dieser Veränderung sein, daß man Klagen darüber hört, es seien die Reichstagsverhandlungen nicht mehr so pikant, nicht mehr so amüsant, nicht mehr so unterhaltend und so an Zwischenfällen reich, als sie früher gewesen sind. Wer diese Klagen ausspricht, hat nach meiner Meinung von der politischen Thätigkeit und von der Thätigkeit eines gesetzgebenden Körpers eigentlich keinen rechten Begriff, denn die Thätigkeit des gesetzgebenden Körpers ist kein öffentliches Schauspiel, veranstaltet zum Amüsement des Einen, oder zum Aeger des Anderen, sondern es ist eine ruhige, ernste, sachliche Thätigkeit zu dem allgemeinen Wohl und wenn wir nach und nach in diese Bahn einlenken wollten, wenn wirklich unsere parlamentarische Thätigkeit frei werden könnte, von allem pikanten Gewürz und immer nur das Hauptsächliche desjenigen berührte, was Alle im Auge und was Alle zum Ziele haben, so würden wir sehr weit kommen können. Nun hat sich hauptsächlich der gegenwärtige Wechsel vollzogen durch den Wechsel in der obersten Spitze unseres Reichsamtes

Es wird bald ein Jahr, daß der frühere Reichskanzler von seinem Amte zurückgetreten ist, und Sie werden alle mit mir das Gefühl des Befremdens und der Ueberraschung nicht haben unterdrücken können. Früher, als der Reichskanzler, Fürst Bismarck, noch im Amte war, glaubte man, daß dieser so breit und so schwer auf allen Verhältnissen lastende Mann mit seinem Abgange Lücken zurücklassen würde, die Jeder in der Folge empfinden wird. Das glaubte man allgemein und man glaubte, daß ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit Platz greifen würde und daß man auf den Seiten, auf denen es nicht vorauszusetzen wäre, sich vereinigen würde in schmerzlichen Sehnsuchtsrufen nach seiner Rückkunft. — Von alledem ist Nichts geschehen. Die Welt ist ruhig ihren Gang vorwärts gegangen; kein Gefühl der Unsicherheit hat Platz gegriffen; keiner hat, als er einmal morgens die Zeitung zur Hand nahm, vor der Nachricht gezittert, daß vielleicht über kurz oder lang die Russen oder die Franzosen über unsere Grenzen hereinbrechen würden. Und, auch diejenigen, die seine enthusiastischen und hingebenden Verehrer waren, auch diese in der Vergangenheit so hingebenden Verehrer geben gegenwärtig dieser Verehrung nur einen mäßigen und schüchternen Ausdruck. — Nun glaube ich, daß Niemand unter uns die Verdienste, die der Reichskanzler Fürst Bismarck um uns, um ganz Deutschland sich erworben hat, leugnen oder bestreiten wird. Aber Niemand unter uns wird auch so blind sein, zu verkennen, daß dieser Mann eine außerordentliche Gefahr für die Entwickelung unseres Vaterlandes gewesen ist (Lebhafte Zustimmung) und daß der Zeitpunkt, in dem diese Gefahr beschworen wurde, vielleicht der letzte war, in welchem es noch möglich war, dieselbe zu beschwören.

Eine Lehre aber sollten wir aus diesem Gedanken und aus der Art, wie er aufgenommen wurde, eigentlich doch entnehmen, nämlich die Lehre, daß das Schicksal eines Volkes, die Entwickelung eines Volkes niemals stehen kann auf den zwei Augen eines Mannes (sehr richtig), daß sie niemals herbeigeführt werden kann von einem einzigen Manne, sei er noch so groß, sei er noch so einsichtsvoll. Die Geschicke eines Volkes, die Entwickelung eines Volkes, sollte nur vollzogen werden vom Volke selbst.

M. H.! Alles das wechselt, aber das Volk bleibt ewig und darum dürfen unsere Arbeiten, unsere Bemühungen nicht zugeschnitten werden nach dem Befehl eines Einzigen, sondern sie müssen immer das eine Ziel, den einen Zweck im Auge haben, das Wohl und das Heil unseres ganzen Volkes. Nun hatte sich um den Fürsten Bismarck eine Legende gebildet, eine Legende, genährt von seinen begeistertsten Verehrern, die keinen geringeren Inhalt hatten als den, als ob ihr Führer Fürst Bismarck es gewesen sei, der so freundlich war, für die Einigung Deutschlands sich zu interessiren, als ob dieser Gedanke niemals in der Welt gewesen wäre, als ob nur Fürst Bismarck sein Volk zur Einigung geführt hätte, und wie leicht ist es, diese Legende zu zerstören. Wir alle wissen, daß, ehe an Fürst Bismarck gedacht wurde, in den Edelsten und Besten der Nation der Gedanke an die Einigkeit Deutschlands wie ein Feuer im Herzen glimmte, viele übers Meer gejagt worden sind und daß Fürst Bismarcks Thätigkeit nur darin bestand, daß er mit sicherem Blick und mit geschickter Hand die reife Frucht vom Zweige des Augenblicks brach. (Bravo!) Und nun beging man den großen Fehler, die Vorarbeiten eines ganzen Volkes, die Vorarbeiten vieler Jahrhunderte in ihrer Weiterentwickelung und in ihrer Weiterführung, einem einzelnen Manne anzudichten. Dasselbe Volk, das mit den Opfern seines Blutes und den besten Hoffnungen die Einigung Deutschlands erkämpft hatte, fühlte sich nun selbst so schwach, diese Aufgabe zu vollenden und erachtete diesen Mann stark genug, das zu thun, woran das ganze Volk in Kleinmuth verzweifeln konnte.

Wie weit man damals in der Vergötterung dieser einzelnen Persönlichkeit ging, ersehen Sie in der ersten Periode der Einigung Deutschlands, als Fürst Bismarck mit scharfem Sinn und Benutzung des Augenblicks es erkannt hatte, daß nur mit liberalen Gedanken die politische Entwickelung weitergeführt werden könne (Bravo!) und wie diejenigen, die das Wort Liberalismus in ihrem Banner führten, allen ihren Verstand, ihre bessere Einsicht, ihre Widerstandskraft diesem Einzigen zum Opfer brachten und m. H., wenn ein Mensch, der hinaufgeschoben wird in eine so unnatürliche Position, dazu kommt, seinen Willen für das Heil der Welt halten zu wollen, kann man es ihm dann verdenken — und darum sage ich, die Hauptschuld daran trägt nicht Fürst Bismarck selbst, sondern die blinde und abgöttische Verehrung seiner Verehrer. Wir haben uns dieser Blindheit niemals schuldig gemacht. Wir haben stets bekannt, daß das Heil beim Volke auf dem Volke beruht. Wir sind willig mit dem Füsten Bismarck gegangen, wo wir glaubten und der Ueberzeugung waren, daß es zum allgemeinen Besten des Volkes gereichen würde. Wir haben aber, wenn wir meinten, daß der Weg, den Fürst Bismarck einschlug, nicht der richtige sei zum Heile des Volks, ihm niemals gefolgt. Wir haben niemals Bedenken getragen, diesem mächtigen Manne die Spitze zu bieten und das aus voller Ueberzeugung zu sagen, was wir für wahr und richtig halten und nun haben wir gewissermaßen doch Recht behalten und bei aller Dankbarkeit, die wir dem großen Staatsmanne schuldig sind, können wir uns doch sagen, es ist gut, daß es so gekommen ist (Bravo) und alle Diejenigen, die damals dem Fürsten Bismarck in der beliebten Unterwürfigkeit dienten, haben sich so oft verwechselt und gewandelt, daß man vor lauter Verwandlung und Verwechselung sie nicht wieder erkennen kann, (Heiterkeit) während wir, wie immer, dieselben geblieben sind und während noch heute auf unserem Programm klar und kurz dasselbe ist. Ja, meine Herren, um noch etwas beiläufig zu erwähnen, wir haben ein lehrreiches Beispiel von der Wandlungsfähigkeit des Fürsten Bismarck und von der noch größeren Wandlungsfähigkeit seiner Diener vor Augen gehabt. Sie wissen, meine Herren, daß die Colonialpolitik eine außerordentlich verhängnißvolle Rolle in den letzten Jahren der Regierung des Fürsten Bismarck gespielt hat. Sie werden sich erinnern, daß im Jahre 1884 der Reichskanzler Fürst Bismarck unter dem lauten Beifalle der verschiedenen Parteien sein Colonialprogramm entwickelte, das alles abenteuerliche Schwärmen, das er an französischen und amerikanischen Beispielen exemplificirte, vollkommen frei hielt und seine ganze coloniale Bestrebung darauf gerichtet war, die deutschen Interessen, speciell die deutschen Handelsinteressen, auch über der See zu schützen, soweit es in dem Bereiche seiner Macht stände. Damals zollten wir dem lauten Beifall, als er erklärte, es falle ihm nicht ein, auch nur einen Soldaten hinzuschicken, er wolle dem Völkerrechte Consulatsschutz angedeihen und dem deutschen Handelsstande es überlassen, seine eigenen Interessen zu schützen und Niederlassungen zu begründen. Nach einem Jahre sah die Sache aber anders aus; damals als bekannt wurde von Herrn Fabri, daß sich der Herr Reichskanzler bitter beklagt hätte ihm gegenüber, daß das Reichsamt und seine Bevölkerung seinen Intentionen nicht folge und der Colonialpolitik nicht das nöthige Vertrauen entgegenbringe, war es derselbe Reichskanzler, der erklärte, er wäre von der Volksstimmung dazu gedrängt worden und könne nun kaum noch Widerstand leisten und nun hat sich der Enthusiasmus, um mit allen möglichen und unmöglichen Bundesbrüdern zu fraternisiren, immer weiter entwickelt. Es war eine überschüssige Kraft im deutschen Volke. Es war, um es hier kurz und deutlich zu bezeichnen, ein Chauvinismus, der in Europa keinen Platz mehr fand und nun übers Meer sich erstreckt. Nun gab es keine eifrigeren Colonial-Schwärmer, als die Trabanten des Fürsten Bismarck, und nun haben wir erlebt, daß bei der Colonial-Debatte, die neulich in 4 Tagen sehr breit sich abspielte, verlautete, daß gerade der Hauptträger der Anschauungen der Freisinnigen der gegenwärtige Reichskanzler Caprivi war, der ganz auf demselben Standpunkt stand, und ihn als den seinigen bezeichnete, den wir von vornherein einnahmen und der nur von uns darin sich differencirte, daß er für Südwestafrika noch ein Probejahr sich ausbittet, und wenn die Hoffnungen sich nicht erfüllen, er sich auch von Südwestafrika zurückziehen werde. Und nun haben die Colonialschwärmer, die früher blind dem Fürsten Bismarck ergeben waren, noch eine andere Enttäuschung erlebt, daß Fürst Bismarck zuweilen es für opportun gefunden hat, wie man sich heut diplomatisch ausdrückt, anders zu schreiben als zu sprechen. Sie wissen, daß auf einmal in Deutschland eine Engländerhetze entstand und daß nichts patriotischer war, als auf England zu schimpfen und alles Unheil, welches uns bedrohen könnte, England zuzuschreiben sei und natürlich war die ganze Gefolgschaft des Fürsten Bismarck aufs Aeußerste gegen England entrüstet und man machte dem Nachfolger des Reichskanzlers zum Vorwurf, daß er jenes Abkommen mit England wegen Helgoland geschlossen und damit die glorreiche Bahn des Fürsten Bismarck verlassen habe. Und was haben wir bei dieser Debatte erfahren? Daß Fürst Bismarck ganz denselben Werth auf das gute Einvernehmen mit England legte, als der gegenwärtige Reichskanzler, und daß nur seine Rede im Reichstage etwas anders klang, als die Marginalbemerkungen zu den betreffenden Berichten. Also, ich meine, man muß in dieser Beziehung außerordentlich vorsichtig sein. Wir, m. H., fühlen uns ganz besonders wohl, weil wir gewissermaßen wieder in den Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte gelangt sind. (Lebhaftes Bravo und Heiterkeit.) Sie wissen, wie lange wir unter dem Bannfluch der Reichsfeindschaft zu leiden gehabt haben und ich glaube auch, daß ich vor 3, 4 oder 5 Jahren, als ich die Ehre hatte, zum ersten Mal in Breslau zu sprechen, um jeden Verdacht von vornherein gegen meine Person zu zerstreuen, die feierliche Erklärung abgegeben habe, daß ich ein guter Deutscher sei. (Beifall.) Wie schwer mir das geworden ist und wie verächtlich mir das System erschien, welches einen Mann, wie mich und viele Bessere dazu zwang, sich öffentlich als Deutsche zu bekennen, das habe ich damals nicht offenbart und brauche ich auch heute nicht zu sagen. Sie werden es mit mir damals noch gefühlt haben und werden es auch heute noch empfinden können, was uns damals drückte. (Beifall.)

Eine der letzten Handlungen, die sich unter dem Fürsten Bismarck vollzogen, war das Cartell der Reichsfreunde gegen die Reichsfeinde. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß gewiß jeder ehrliche Mann mit mir, daß wir alle, die wir die Ehre haben, Deutsche zu sein, in unserm Herzen, in unserm Gedanken, mit unserm Willen, mit der That unserm Vaterlande dienen, daß wir keinen höheren Gedanken, kein höheres Ziel kennen, als seine Größe und seine Wohlfahrt. (Bravo!) Wenn wir über die Mittel und Wege, welche zum Ziele führen, verschiedener Meinung waren, wenn wir über das, was zum Heile dient, anderer Meinung sein konnten, so waren wir doch in dem großen Gedanken alle einig (sehr richtig!) und auch darüber, daß die Söhne einer Mutter sich deswegen, wie diese Mittel am besten zu finden seien, nicht als Fremde gegenüberstehen sollten. Man hat jetzt endlich anerkannt, daß auch wir Deutsche sind und daß vielleicht auch von uns ab und zu ein gutes Wort zu hören, ein guter Rath anzunehmen sei. Wir haben die Reichsfeindschaft ruhig über uns ergehen lassen; sie hat uns nichts geschadet; und wäre es noch lange so fortgegangen, dann wäre der „Reichsfeind" kein Schimpfname, sondern ein Ehrentitel geworden. (Lebhafter Beifall.) Wie steht es mit der Reichsfeindschaft? Was war es, was den Unterschied machte für den Reichsfreund und Reichsfeind? Nichts weiter, als die Anhängerschaft und Gefolgschaft des Fürsten Bismarck. (Sehr richtig.) Wer blind auf Worte des Herrn und Meisters schwor, wer ihm nachfolgte, wer das alles that, was er befahl, war ein Reichsfreund; wer ihm aber zu opponiren wagte, wer Widerspruch erhob, wer nicht bereit war, unter Aufgabe seiner besten Einsicht blind den Weg einzuschlagen, den ihm der Reichskanzler wies, der war ein Reichsfeind. Und nun bedenken Sie, wie groß das Unheil war, welches über uns schwebte. Wenn ein einzelner Mann, ein Diener des Staates so mit dem Reiche gestellt worden ist, daß er eigentlich das Reich war, so war das nicht blos eine Verneinung der monarchischen Spitzen, es war die Verneinung des constitutionellen Untergrundes und Verfassungs-Lebens, auf welchem Deutschland aufgebaut ist und auf welchem allein es groß und mächtig werden kann. (Beifall.) Nun, m. H., Sie kennen Alle das bekannte Wort des Fürsten Bismarck von der Klinke der Gesetzgebung. Das Wort wurde damals bewundernswürdig gefunden. Man hat darüber gescherzt und man hat sich vielleicht den tiefen Ernst dieses Wortes, die Gefahr dieses Wortes nicht klar gemacht. Wozu haben wir Gesetze? Worauf beruht die Gesetzgebung? Sie beruht darauf, daß auf Grund anerkannter, weitgehender, nicht anders zu erreichender Bedürfnisse durch den Willen des Staates ein Zustand sanctionirt oder neu eingeführt wird. Aber die Klinke der Gesetzgebnng ist nicht ein Spiel in den Händen eines Mannes; sie ist keine Claviatnr, auf welcher der betreffende Virtuos nach seinen Launen und seiner Eingebung die ihn passenden and genehmen Melodien spielt. Die Klinke der Gesetzgebung war wirklich unter Bismarck ungefähr ein Wirbel einer Drehorgel geworden. Und wie ein Bedürfniß auftrat, wurde nicht gefragt: Kann das nicht anders befriedigt werden? Es wurde nicht gefragt: Haben wir schon auf Grund von Bestimmungen der Gesetze die Möglichkeit, den betreffenden Fall zu ordnen? Nein. Fürst Bismarck griff zu der Klinke der Gesetzgebung und machte kein Hehl daraus, daß er den Wirbel in Bewegung setzte, sobald die eigenen Interessen zum Spiel kamen (Beifall). Sie wissen, daß damals, als in Berlin ihm die Einkommensteuer bedrohlich zu werden anfing, er nach der Klinke der Gesetzgebung zu greifen entschlossen war. Aber auf der anderen Seite war es nicht blos die Klinke der Gesetzgebung, die ihn reizte, sondern er griff mit der anderen Hand auch nach der Polizei. Die bewegliche Gesetzgebung auf der einen, die Polizeigewalt auf der anderen Seite, das war eigentlich das Zeichen der Zeit, die wir glücklich zurückgelegt haben (Beifall). Eines der am meisten verhängnißvollen und hassenswerthesten Denkmäler der Polizeigewalt ist gesunken: Das Socialistengesetz (Beifall). Ich muß Ihnen sagen, es war keine Freude und keine Ehre, in Deutschland unter diesem Socialistengesetz zu leben (Sehr richtig). Es war eine Ungerechtigkeit, daß man Leute ihrer Meinung wegen ohne Rücksicht zunächst auf die Mittel, mit denen sie diese Meinung durchzusetzen sich bestrebten, in Acht und Bann erklärte, zu Bürgern zweiter Klasse degradirte (Sehr richtig.) Uns, die wir keine Socialdemokraten sind, war es doppelt unangenehm, weil uns der Kampf mit den Socialdemokraten dadurch beschränkt wurde. Denn ich habe es stets eines anständigen Mannes für unwürdig erachtet, mit einem Gegner in die Schranken zu treten, der an Händen und Füßen gefesselt, gegen jeden Angriff unbewehrt dasteht. (Sehr richtig.) Und wie immer die Ueberspannung der Gewalt in ihr Gegentheil umschlägt — was hat denn das Socialistengesetz zu Wege gebracht? Die Verstärkung der socialdemokratischen Partei. Während zu der Zeit, als das Socialistengesetz von dem Reichstage, wie ich gern anerkennen will, nach lebhaftem Widerstreben und unter einer ungewöhnlichen Pressung zu Stande gebracht worden ist, zählte die Socialdemokratie ungefähr 400000 Stimmen, während bis zum heutigen Tage sie sich nahezu um 2 Millionen vermehrt hat. Das hat das Socialistengesetz mit seiner eisernen Klammer zu Wege gebracht. Und nun, m. H., was hat es denn mit dem Socialistengesetz überhaupt für eine Bewandtniß? Das Socialistengesetz wurde damals gegeben auf Grund eines äußeren, außerordentlich beklagenswerthen und tieftraurigen Anlasses. Wie überzeugend nachgewiesen wurde, hat die Socialdemokratie absolut Nichts damit zu thun gehabt. — Keine Partei, auch wir nicht, kann vielleicht von dem Vorwurf nicht ganz freigesprochen werden, daß sie mit der socialen Frage zu spät sich beschäftigt hat. Man muß in dieser Beziehung auch gerecht sein. Man muß erwägen, daß wir mit politischen Kämpfen noch heut zu Tage schwer zu thun haben, daß, obgleich wir seit über einem Menschenalter in einem Verfassungsstaate leben, wir doch eigentlich noch in einem Kampfe um die Anfangsgründe der Verfassung begriffen sind und daß wir der Meinung waren, daß auch diese sociale Frage vielleicht mit Hilfe der Politik gelöst werden könnte. Und dann hat es doch auch in allen Parteien und namentlich auch in der unsrigen immer warmfühlende Herzen gegeben, die sich der Noth unserer wirthschaftlich schwächeren Arbeiter angenommen haben. Damit sind wir bei allen anderen Parteien und bei der Regierung auf Hohn und Widerspruch gestoßen. Sie wissen, daß die Pfeife des armen Mannes ihre Rolle spielte, so lange wir es mit der Tabaksteuer zu thun hatten und daß der arme Mann verlacht und wie ein Spiegelbild, wie eine Carricatur zum Schrecken der Bevölkerung an die Wand gemalt wurde. Es kam aber eine Zeit, als der arme Mann anfing, regierungsfähig zu werden, und die Regierung selbst den armen Mann in dankenswerther Weise in ihre Fürsorge und ihren Schutz zu nehmen anfing, und das war die Zeit, als man dem liberalen Bürgerthum gegenüber andere Karten ausspielen wollte. Diese Fürsorge für den armen Mann hat sich in der sogenannten socialpolitischen Gesetzgebung gezeigt, der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, und dem Gipfel alles Wohlwollens und aller Wohlthaten, dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. (Große Heiterkeit.) Nun, meine Herren, muß man heute, nachdem man ruhiger geworden ist, nachdem man an objective Anschauung gewöhnt und im Stande ist, sich einmal die beiden Pole anzusehen, zwischen denen die sogenannte Socialpolitik des Fürsten Bismarck sich bewegt, sich sagen: Hier der Nordpol, das Socialistengesetz, da der Südpol, die sociale Gesetzgebung. Um das mit einem ganz bekannten Ausdruck zu bezeichnen, so ist das Peitsche und Zuckerbrot, nur daß der Zucker auf dem Zuckerbrot außerordentlich dünn gestreut ist und nach seinem Genusse Magenschmerzen herbeiführt (Großer Beifall). Auf der einen Seite blinde Unterwürfigkeit, Bedrohung jeder Selbstständigkeit, jeder Regung des eigenen Willens mit allen möglichen Strafen, auf der anderen Seite dem wohlgezogenen unterwürfigen armen Manne diese günstige Belohnung. Wir sind gegen das Socialistengesetz gewesen, nicht weil wir die Tendenz mißbilligten, sondern weil wir Gegner der Ausführung waren weil wir meinen, daß zur Erziehung des armen Mannes und der darunter zu rubricirenden Volksklassen vor allen Dingen Hebung und Weckung der Selbstständigkeit nöthig ist (Bravo!), das Bewußtsein, daß Jeder auf eigenen Füßen steht, sich selbst hilft, namentlich seine eigenen Angelegenheiten selbst besorgt. Sehen Sie sich nun alle die geschilderten Gesetze an, die so außerordentlich wichtig für die Arbeiter sind, und erwägen Sie, welche Betheiligung an der Handhabung der Ausführung dieser Gesetze den Arbeitern eingeräumt ist, so werden Sie finden, daß, wo von einer Mitwirkung der Arbeiter die Rede ist, das ein bloßes Schaustück ist und die Regierung, die Verwaltungsbehörden, die Arbeitgeber die Hand auf allen für die Arbeiter so wohlthätigen Sachen haben. Während wir für die freien Krankenkassen eintreten, welche von den Arbeitern nach ihren Bedürfnissen verwaltet werden, hat nun in dieser Saison die Regierung einen Entwurf eingebracht, der den freien Krankenkassen zu Gunsten der Zwangskassen gewissermaßen den Garaus machen soll. Zwischen diesen beiden Polen stand nun ein lebhaftes Bedürfniß in der Mitte, welches schon zugesagt und versprochen war: das Bedürfniß des Arbeiterschutzes. Wir hatten ein Gesetz zur Ausgleichung der Schäden, die durch Unfälle verursacht sind, aber wir sind der Meinung gewesen, daß die beste Unfallversicherung die Unfallverhütung ist. Das hat die Gewerbeordnung eingesehen und in der Gewerbeordnung war ausdrücklich dem Bundesrathe vorbehalten, Bestimmungen zu geben, welche zum Schutze der Arbeiter gegen solche Gefahren dienen sollten und bis zum heutigen Tage haben Sie weder solche Bestimmungen, noch deren Ausführungen. Sie wissen, daß von unserer Seite, von Seiten des Centrums und der socialistischen Partei fortwährend Gesetzentwürfe, Resolutionen und Anträge eingebracht wurden, den Arbeiterschutz einzuführen, und daß alle diese Anträge von Seiten der Regierung und an deren Spitze von Fürst Bismarck nur eine kalte Abweisung erfuhren. Jetzt endlich, nachdem er gegangen, hat die Regierung selbst die Anregung auf diesem Gebiete ergriffen, und Herr von Bötticher, der früher die Ablehnung des Fürsten Bismarck motivirte, hat dieses mal in beredten Worten den Entwurf der Regierung vertheidigt. Die sogenannte Novelle zur Gewerbeordnung wird in ihrer zweiten Lesung voraussichtlich den Rest dieser und die nächste und einen Theil der nächst-nächsten Woche den Reichstag ausfüllen, da bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Verschiedenheit der sich gegenüberstehenden Meinungen allerdings sehr anregende und weitgehende Debatten zu erwarten sind. Nun, meine Herren, handelt es sich, soweit Sie die Zeitungen gelesen haben, werden Sie wohl schon wissen, es handelt sich zunächst um den Schutz der Kinder und Frauen, ein außerordentlich betrübendes Capitel. Wir alle haben gewiß die Ueberzeugung, daß es am Besten wäre, wenn den Kindern ihre Jugend erhalten bleiben könnte und wenn nicht die schwere Arbeit schon auf die schwachen Schultern der heranwachsenden Kinder lastete. Wir alle sind warmherzig genug, einzusehen, daß die Frau in der von der Natur bestimmten Sphäre am häuslichen Herd, in der Sorge um die Familie und für den Annehmlichkeit des Mannes, in der Sorge um die heranwachsenden Kinder ein so schönes und reiches und lohnendes Feld ihrer Thätigkeit finden kann, daß ihr jedes Andere erspart werden müßte. Aber die realen Verhältnisse sind stärker als die Gefühle des menschlichen Herzens und wir werden niemals einen Zustand schaffen können. der diese unsere Wünsche voll und ganz zu befriedigen im Stande ist. Nicht blos in jenen Klassen, die mit einem unrechten Ausdruck „untere Klassen" genannt werden, auch in höher aufsteigenden Klassen sind Kinder und Frauen leider in der Lage, mit dem Vater, mit dem Manne mit der Sorge um den täglichen Erwerb sich zu theilen. Aber was von der Aufsicht des Staates, der Einmischung der Staatsgewalt in die persönlichen und Privatverhältnisse man auch denken mag, es existirt ein reges Interesse dabei, daß den Kindern die Jugend und der Frau der Frauenberuf so viel als möglich gewahrt bleibe. (Bravo!) Es müssen der gewissenlosen Ausbeutung gegenüber Schranken gezogen werden, nicht bloß der gewissenlosen Ausbeutung der Arbeitgeber gegenüber, sondern auch der gewissenlosen Ausbeutung von seiten gewissenloser Väter und Männer, denn leider giebt es Väter und Männer genug, die von ihren Schultern die Last der Ernährung ihrer Familien auf die Familienangehörigen abzuwälzen geneigt sind. (Sehr richtig!) Es ist vielleicht ein Mangel der Gesetzgebung, vielleicht beruht es auch auf der Ohnmacht, daß gerade nach der Seite hin nichts geschehen kann. Man hat sich in der Commission dahin vereinigt, die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren zu verbieten und die von 14jährigen nur zuzulassen, soweit eine Schulpflicht nicht existirt. Es wäre schön, wenn überhaupt das vierzehnte Lebensjahr als Grenze dienen könnte; es ist indessen darauf aufmerksam gemacht worden, daß in anderen Staaten, z. B. in Baiern, die Schulpflicht mit dem 13. Jahre aufhört, und daß es nicht gut sei, in dem Zwischenraume zwischen dem 13. und 14. Jahre die Kinder, da ihre Eltern der Arbeit nachzugehen gezwungen sind, ohne Aufsicht sich selbst zu überlassen. Dann hat man bei den Frauen einen Unterschied zwischen verheiratheten und unverheiratheten machen und den verheiratheten nur 10 Stunden zumuthen wollen, um ihnen Zeit zur häuslichen Beschäftigung zu lassen. Dieser Antrag hat aber in der Commission keine Mehrheit gefunden. Ein sehr ergiebiges Kampffeld ist der Normalarbeitstag im Allgemeinen, und namentlich die Socialdemokraten haben darauf bestanden, daß ein derartiger genereller Normalarbeitstag eingeführt werde. Die Commission ist darauf nicht eingegangen. Nun glaube ich persönlich, daß die Idee des Normalarbeitstages oder, deutsch übersetzt, einer Bestimmung derjenigen Zeitgrenze, über welche hinaus dem Einzelnen eine Arbeit nicht zugemuthet werden kann, discutabel ist.

Alles das, was dafür angeführt wird, daß Demjenigen, der in saurer Arbeit sein Tagewerk vollbringen muß, doch auch Zeit übrig bleiben müsse, um sich der Erholung, der Familie, der weiteren Belehrung und Ausbildung zu widmen, alles das ist zu unterschreiben. Aber ich habe ein Bedenken, daß nämlich dieser Normalarbeitstag keinen Sinn hat, wenn er nicht verbunden ist mit der Festsetzung eines Minimallohnes, und Sie werden mir Recht geben, daß Jedermann, namentlich wenn er für eine Familie zu sorgen hat, ein bestimmtes Minimum verdienen muß, unter dem er nicht existiren kann, und wenn das nicht vereinigt werden kann, dann ist der Normalarbeitstag eine schöne, aber vollständig utopistische Einrichtung, die Demjenigen, dem sie zu Gute kommen soll, nach meiner Ansicht mehr schadet, als Nutzen zufügt. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich es lebhaft begrüßt, daß die Sonntagsruhe eine gesetzliche Normirung gefunden hat. Mag man nun aus religiöser Ansicht, welche ich nicht zurückweise, oder aus humanitärer, dieses Ziel verfolgen, es ist nöthig, daß nach der sauren Woche der Körper und der Geist und das Gemüth eine Erholungspause genießen. (Bravo!) Und nun war von Seiten der Regierung ein Angriff gegen die Coalitionsfreiheit gemacht worden, der zu meiner großen Freude von der Commission zurückgeschlagen worden ist. Eine der Lebensbedingungen für den Arbeiter ist die Coalitionsfreiheit, d. h. die Möglichkeit, durch Vereinigung sich günstige Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Wer die Coalitionsfreiheit dem Arbeiter beschränken will, der stellt den ungeheuerlichen Satz auf, der weder moralisch noch rechtlich zu rechtfertigen ist, daß ein bevorzugter Theil der menschlichen Gesellschaft auf die Arbeit eines weniger bevorzugten Theiles ein unveräußerliches Recht habe. Nein, wir stehen uns alle vollkommen gleich und ob ich meinen Geist oder meine Arme einem Anderen verkaufe, so muß ich in der Lage sein, eben so frei darüber zu verfügen, wie der von diesen Fähigkeiten Gebrauch macht. Das größte Verdienst hierbei hat die Fortschrittspartei sich um die Arbeiterwelt errungen, indem der arbeiterfreundliche Schultze-Delitzsch den § 152 der Gewerbeordnung gab und die Coalitionsfreiheit der Arbeiter erwirkte. Dieser Coalitionsfreiheit ist nach dem darauf folgenden § 153 eine nöthige Schranke gezogen, die jeder billig Denkende und auch der Arbeiter selbst gern und willig anerkennen wird, daß nämlich Keiner durch Gewalt, Drohung, Verrufserklärung gezwungen werden kann, einer derartigen Coalition beizutreten oder verhindert werden kann, aus einer solchen auszuscheiden. Von der socialdemokratischen Partei ist der Antrag empfohlen worden, daß auch bezüglich der Arbeitgeber ein derartiger Passus beigefügt werde. Die Regierung wollte aber mehr, sie wollte die Strafen erhöhen, die darauf festgestellt sind und etwas ganz Besonderes aufstellen, nämlich die Aufforderung zum Contractbuch, sobald sie gewohnheitsmäßig betrieben wurde, nicht mit unter einem Jahre Gefängniß bestrafen, dies Gesetz hat eine Mehrheit in der Commission nicht gefunden und es bleibt bezüglich der Coalitionsfreiheit beim alten. Es ist ein Ueberrest, um es kurz zu sagen, des alten feudalen Standes, d. h. derjenigen Anschauung, daß es bevorzugte Klassen giebt und daß andere Klassen diesen unterworfen sind, wenn man meint, daß gerade der Contractbruch der Arbeiter mit peinlichen Strafen belegt werden soll. Meine Herren der Contractbruch kommt im allgemeinen Leben so häufig vor! Wer unter ihnen hat nicht einen Freund, der ihm einmal fünf Thaler abborgte und sie ihm nicht zurückzahlte? Wer hatte nicht vielleicht einen Schneider, der ihm den Frack nicht zur richtigen Zeit ablieferte u. s. w. Ist da Jemandem eingefallen, daß es nöthig sei, gegen diesen Freund oder Schneider den Staatsanwalt anzurufen, und daß diese Uebelthat nur mit Gefängniß gesühnt werden kann? Warum soll der Arbeiter, der den Contract nicht immer hält, gerade mit Gefängniß bestraft werden? Sie können keinen andern Grund anführen als den: weil er ein Arbeiter, d. h. ein armer Mann ist, der vom Arbeitgeber abhängig ist und noch abhängiger gemacht werden soll. (Beifall.) Nun ist eine Bestimmung geblieben, die man vielleicht fallen lassen könnte; mir persönlich ist sie außerordentlich wenig sympathisch, und ich werde dagegen stimmen. Bei jeden Contractbruch wird, wenn ein Schaden entsteht, die Schadenersatzklage gegeben sein; und nun sagten die Anhänger der von mir mißbilligten Theorie: Ja, das ist schön; aber gegen den Arbeiter steht die Schadenersatzklage auf dem Papier, denn sie haben nichts. Nun, das kann man abwarten. Im Entwurf ist festgestellt worden, daß, wenn der Arbeiter den Controct bricht, der Arbeitgeber eine Entschädigung fordern kann gleich den sechswöchentlichen gewöhnlichen Tagelohn. Von der Commission ist das auf einen wöchentlichen Tagelohn herabgemindert worden. Nun stellt sich die Sache so, daß der Arbeitgeber, wenn

der Arbeiter den Contract bricht, einen Schadenersatz fordern kann, der dem wöchentlichen Tagelohn, wie es nach der Krankenversicherung festgesetzt wird, gleichkommt; er braucht aber nicht nachzuweisen, daß er einen Schaden erlitten hat. Ebensowenig steht dem Arbeiter die Einrede zu, daß der Arbeitgeber keinen Schaden erlitten, sondern vielleicht einen Profit gemacht hat, weil er einen billigeren Arbeiter annehmen konnte. Es ist das also keine Entschädigung, sondern eine Buße und Strafe. Wenn es aber nicht anders geht, kann man es mit in den Kauf nehmen. Nun stehen wir im Allgemeinen auf dem Boden der Commissionsbeschlüsse. Gegen dieselben werden sich zwei Richtungen geltend machen, deren eine gedeckt wird durch Stumm und Genossen. Wenn Sie Herrn v. Stumm kennen, oder von ihm gehört haben, so werden Sie wohl wissen, was seine Anträge zu bedeuten haben, nämlich die möglichste Einschränkung der Arbeiter durch die Commissionsbeschlüsse. — Der andere Angriff wird erfolgen von Auer und Genossen; das sind Socialdemokraten, welche viel mehr fordern, als in der Novelle enthalten ist. Wir müssen bedenken, daß wir uns auf einem Gebiet befinden, welches für unsere Gesetzgebung noch neu ist und daß deshalb Viele sich ein Ziel gesteckt haben, über welches sie vorläufig nicht hinausgehen wollen. Und darum meine ich, und das wird wohl auch die Meinung meiner Parteigenossen sein, daß, wenn wir dasjenige durchsetzen, was bisher in der Commission festgesetzt ist, wir uns vorläufig damit begnügen können und daß wir nicht in der Lage sein werden, weil wir alles das, was vielleicht zu erreichen ist, noch nicht gleich erreichen können, auch das Erreichbare preisgeben. Bei einer derartigen praktischen Materie muß man selbst praktisch sein und sich damit begnügen, den ersten Schritt gethan zu haben, immer der Hoffnung, noch weitere Schritte nach dem wünschenswerthen Ziel zu thun. Nun kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß ich allerdings außerordentlich schwere Bedenken habe, daß auf diesem Gebiete der Verwaltung von der Localpolizeibehörde an bis hinauf zur höchsten dem Bundesrath eine Gewalt eingeräumt ist, wie dies bisher bei uns beispiellos war.

Sie werden zugeben, daß das vielleicht nicht zu ändern geht. Es sind bei allen Bestimmungen Ausnahmen zu machen. Denken Sie an die Beschränkung der Arbeitszeit, denken Sie an die Sonntagsruhe und andere Umstände, da können Fälle vorkommen, in welcher jede vernünftige Mensch sich sagen muß, hier muß einmal aus dem und dem Grunde länger gearbeitet werden. Das ist durch Polizei- und Verwaltungsbehörden zu regeln und deshalb ist von diesem Gebiete die Polizeigewalt gar nicht abzudrängen, aber es wäre meiner Ansicht nach ein Unglück, wenn schließlich die Lösung der socialen Frage in die Hände der Polizei gelegt würde. Darum meine ich, muß man auf diesem Gebiete außerordentlich vorsichtig und überlegt sein. Während wir nun in dieser Weise die wirthschaftlich schwächeren Klassen stärken wollen, muß sich doch eine andere Frage uns aufdrängen. — Worin besteht denn die ungeheuere Last, die auf den Schultern dieser unserer Mitbürger ruht? Das ist der Umstand, daß in keiner Schicht der Gesellschaft der Kampf um die tägliche Nothdurft und Nahrung so schwer ist als in diesen Klassen und deshalb müßte jeder, der ein Herz für seine armen und schwachen Brüder hat, keine andre Sorge kennen als ihm die Befriedigung der Lebensbedürfnisse so leicht als möglich zu machen. Was hilft dem Arbeiter die Erhöhung des Lohnes, wenn gleichzeitig der Preis der nothwendigsten Lebensbedürfnisse in gleicher Weise sich vertheuert? (Sehr richtig.) Die wirthschaftliche Befreiung der unteren Klassen ist die nothwendige Vorbedingung der politischen Freiheit. (Beifall.) Weshalb gehen wir denn darauf aus, das Wahlrecht immer geheimer zu machen? Einfach deshalb, weil bei uns die Abhängigkeit der wirthschaftlich schwächeren Klassen noch so groß ist, daß man es Niemandem verdenken kann, wenn er sich scheut, von seinem freien Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zu derselben Zeit als Fürst Bismarck seine neue Socialpolitik einleitete, machte er alles das, was er durch dieselbe beabsichtigte, wett, indem er eine Unmenge indirecter Steuern ins Leben rief, von denen man freilich behauptete, sie seien leichter zu ertragen, man merke sie nicht. Wen man mit solchen Argumenten für die indirecten Steuern einnehmen will, dem macht man allerdings in Bezug auf seine wirthschaftliche Befähigung ein schlechtes Compliment. Jeder sucht doch seine Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und weiß doch, wo sein Geld hingekommen ist. Die indirecten Steuern merkt man nicht, aber das Loch im Portemonnaie merkt man schließlich doch. (Heiterkeit.) Weiter sagt man, die indirecte Steuer sei die gerechteste Steuer. Das ist einfach deshalb nicht richtig, weil gerade die wirthschaftlich schwächeren Klassen die meisten Ausgaben für die Dinge haben, die von den indirecten Steuern betroffen werden, und deren Verbrauch man nicht einschränken kann.

Nun hat der Reichskanzler es mit seltener Geschicklichkeit verstanden, die Interessen gegen einander wachzurufen und in diesem Kampfe der Interessen Majoritäten für sich zu sammeln. Es ist aber nichts gefährlicher, als wenn der politische Kampf mit dem Kampfe materieller Interessen verquickt wird, und das hat leider unter dem Fürsten Bismarck Platz gegriffen. Daran kranken wir heute, und wenn auch im Allgemeinen der parlamentarische Ton angenehmer geworden ist, sobald die Debatte auf das Gebiet der Interessenpolitik herübergreift, und dagegen müssen wir mit allen Kräften ankämpfen. (Bravo!) In den letzten Wochen haben wir zwei derartige Debatten gehabt, die Debatten über die Aufhebung der Kornzölle und über die Einführung amerikanischen Specks und Schweinefleisches. Der Reichskanzler war früher vollständig Freihändler, und Herr von Lucius, als er noch nicht Minister und Fideicommißinhaber war, hielt nichts für wichtiger, als für die billige Ernährung des Volkes zu sorgen. Allerdings, um den Preis des Getreides zu bilden, kommen noch andere Factoren hinzu, und es können Zeiten kommen unter der Herrschaft der Zölle, wo das Getreide billiger ist, als zu der Zeit, wo der Zoll nicht bestand. Aber dann wird man einfach sagen: Ja, aber ohne die Zölle würde das Getreide noch billiger sein. Von den Getreidezöllen aber kommen mindestens sieben Achtel nur den Großgrundbesitzern zu Gute, der nothleidenden Landwirthschaft, der unter allen Umständen geholfen werden muß (Beifall). Nun möchte ja der arme Mann, wenn er kein billiges Brot hat, billiges Fleisch essen, denn wenn der Mensch aber kein Brot hat, entschließt er sich schließlich doch vielleicht Fleisch zu essen (Heiterkeit), und da war das billigste Fleisch das amerikanische. Aber in der großen Fürsorge für ihre Unterthanen kam die Reichsregierung dazu, die Einführung des amerikanischen Fleisches zu verbieten, weil sich herausgestellt hatte, daß 10 Jahre vorher in Bremen eine Trichinosis ausgebrochen war, die ihren Ursprung wahrscheinlich amerikanischem Fleische verdankte; und dieses Verbot wurde erlassen. Nun giebt es aber noch eine andere Art der Besteuerung, die einschneidender und ungerechter ist, als die Vertheuerung der dringendsten Bedürfnisse. Es giebt Steuern, die ganz besonders nur für die Wohlhabenden, für die Großgrundbesitzer eingeführt zu sein scheinen, das sind die Branntweinsteuern und die Zuckersteuern. Der Branntwein ist auf der einen Seite eine Einnahmequelle für den Staat, auf der anderen Seite aber wird er als eine Erfindung des Teufels bezeichnet, die namentlich das deutsche Volk förmlich verpestet habe. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus hat man den Branntwein als Steuerobject ins Auge gefaßt. Das Branntwein-Monopol wurde s. Z. abgelehnt und nur eine höhere Besteuerung desselben angenommen. Rechnungsmäßig aber ist nun festgestellt worden, daß das Resultat das gewesen ist, das pro Kopf derjenigen Bevölkerung, die auf den Branntweingenuß angewiesen ist, die Steuer 17½ M. beträgt. Beim Branntwein, wie beim Zucker gehen die Materialien- und die Verbrauchssteuern nebeneinander, bei beiden Objecten aber dient die Materialiensteuer nur zu dem Nutzen der Brenner und der Fabrikanten. Die Brenner aber haben noch einen ganz besonderen Vortheil, indem die Verbrauchsabgabe pro Hektoliter zwar 70 M. beträgt, dem alten Branntwein aber den Vortheil gewährt, nur 50 M. zu bezahlen, das sind 40 Millionen, welche die Herren in die Tasche stecken, ohne daß das Reich einen Vortheil davon hat.

Nachdem Redner noch im Weiteren sich insbesondere über die Branntwein- und die Zuckersteuer geäußert, fährt er fort: M. H. Unsere nächsten Schlachten müssen auf wirthschaftlichem Gebiete geschlagen. Vor Allem müssen wir die Lebenshaltung der ärmeren, wirthschaftlich schwächeren Klassen der Bevölkerung erleichtern. Eine Erleichterung kann aber auch auf militärischem Gebiete eintreten durch Verkürzung der Dienstzeit, die ja eben auch zum größten Theile auf den Schultern dieser schwächeren Klassen lastet. Sie wissen, welcher blutige Kampf seinerzeit um das sogenannte Septennat entbrannte, und nun, meine Herren, die erste Aeußerung des neuen Reichskanzlers war die: ob 7, 5 oder 3 Jahre, sei ganz gleichgiltig, sei eine rein constitutionelle und doctrinäre Frage. Ebenso wird auch die Zeit kommen, wo man ruhig und leidenschaftslos über die Herabminderung der Dienstzeit discutiren wird.

Wenn die richtige Einsicht im Volke vorhanden ist, dann werden wir auch künftig den Muth und die treue Ueberzeugung festhalten können, um feststehen zu können in dem schweren Kampfe, in dem wir uns nun schon so lange befinden und voraussichtlich auch noch lange Zeit befinden werden. Denn wenn man auch sagt, es wird ein neuer Cours gesteuert, lasse sich ja Keiner dadurch verleiten, die Hände in den Schoß zu legen und zu meinen, aller Segen kommt von oben. Nein, meine Herren, der Segen, den wir brauchen für die Sicherung der Volksfreiheit, kommt nicht von oben, er muß von unten in ehrlichem, beharrlichem, treuem Kampfe errungen werden (Lebhaftes Bravo). Wir, die wir unter heftigen Stürmen aufrecht gestanden haben, die wir uns durch nichts haben werfen lassen, werden auch ferner aufrecht stehen, denn wir wissen, daß hinter uns das Volk steht. Draußen in der Natur beginnt es zu lenzen, die Tage werden länger, die Sonne scheint wärmer. Hoffentlich wird es auch im politischen Leben bald Frühling und die letzten Reste des Winters werden dann auch hinweggespült werden von den Stürmen einer neuen Zeit. Unser Ideal ist wahrlich nicht die Bevorzugung derjenigen Klassen, die schon durch ihren Besitz und die günstigeren Lebensverhältnisse einen ausreichenden Vorzug besitzen. Unser Ideal ist die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes, die nicht allein beruht auf einem starken Heere, auf den vorzüglichsten Waffen, sondern darauf, daß Deutschland der Hort und der Schutz der wahren Freiheit ist (Bravo!), auf religiösem Gebiete die Freiheit des Gedankens, auf rechtlichen Gebiete: Gleiches Recht für Alle, und auf wirthschaftlichem Gebiete Erlösung und Erleichterung der ärmeren, wirthschaftlich schwächeren Klassen. In diesem Sinne lassen Sie uns zusammenstehen und hoffen, daß bessere Zeiten, für die wir so lange gekämpft und die wir, ich darf das wohl auch ohne Ueberhebung sagen, auch verdient haben, über uns hereinbrechen werden.

Wiederholter, nicht enden wollender Beifall lohnte der Redner. Der Vorsitzende gab dem Danke der Versammlung noch besonderen warmen Ausdruck, in dem er diese aufforderte, mit ihm in ein dreimaliges Hoch auf den Redner einzustimmen, ein Ruf, in den die Versammlung jubelnd einstimmte. Demnächst begründet der Vorsitzende unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Vortragenden noch kurz folgende Resolution und empfiehlt dann einstimmige Annahme:

> Die heut versammelten freisinnigen Wähler Breslaus erachten es für eine unbedingte Nothwendigkeit, durch Beseitigung der Lebensmittelzölle und aller sonstigen Hindernisse einer billigen Volksernährung die Entlastung der wirtschaftlich schwachen Volksklassen herbeizuführen und begrüßen deshalb den von der Regierung eingeleiteten Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn als einen diesem Ziele näher führenden Schritt.

Diese Resolution wurde ohne Discussion einstimmig angenommen, worauf die Versammlung bald nach 10 Uhr geschlossen wurde.

Handels-Zeitung.

3½proc. Düsseldorfer Stadtanleihe. Wie bereits gemeldet, werden am 12. d. M. 3 Millionen Mark 3½proc. Anleihe der Stadt Düsseldorf zu 95½ pCt. in Berlin, Düsseldorf und Hannover zur Subscription gebracht. Die Emission bildet einen Theilbetrag der 3½proc. Anleihe von 6½ Millionen Mark, deren Erlös zur Ausführung der neuen Hafen-Anlagen bestimmt ist. Die Anleihe ist von 1895 ab mit jährlich mindestens 1 pCt. zu tilgen, doch behält sich die Stadtverwaltung das Recht vor, die Tilgung zu verstärken oder auch sämmtliche noch im Umlauf befindliche Anleihescheine auf einmal zu kündigen.

• **Zink-Convention.** Wie verlautet, haben die Zinkproducenten beschlossen, das bestehende internationale Zinksyndicat und ihr Einvernehmen über die Zinkerzeugung auf weitere drei Jahre auszudehnen.

• **In der Aachener Textilbranche** werden, wie die „B. B.-Z.“ meldet, in Folge der Zahlungseinstellung des dortigen Bankhauses Bielefeld & Co. Fallissements befürchtet. Ein Tuchfabrikant hat sich bereits genöthigt gesehen, seine Production einzustellen.

• **Schlesische Landschaftliche Bank zu Breslau.** Die Geschäftsübersicht pro 31. December 1890 befindet sich im Inseratentheil.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 11. Febr. **Neueste Handelsnachrichten.** Im Hinblick auf die bevorstehende Emission neuer 3proc. Anleihen gestaltete sich der Verkehr in fast sämmtlichen einheimischen Fonds heute recht lebhaft. Im Gegensatz zu der 4proc. Reichsanleihe, welche sich um 0,10 höher stellte, verloren 3½proc. Consols 0,25, Reichsanleihe 0,20, beide 3proc. Anleihen 0,10 und die 4proc. Consols 0,05 pCt. Die 3proc. Anleihen wurden per ultimo in grossen Beträgen mit 86 bis 86,10 pCt. gehandelt; für Scrips bestand zu 85½ pCt. Nachfrage, ohne dass in den Scrips effective Umsätze stattfanden. Die russischen Noten setzten heute ihre steigende Bewegung fort; grosse Kaufaufträge für Pariser Rechnung, an welchem Platze heute die Subscription auf die 4½proc. innere russische Anleihe bei der Banque de Paris stattfindet, wurde als Grund der Steigerung angegeben, auch war das schon wiederholt aufgetauchte Gerücht von einer beabsichtigten Convertirung der Orientanleihen im Umlauf. Die Eisenwerthe lagen heute fest, wiewohl eine eintreffende Nachricht, diejenige von der Schienensubmission in Breslau, nicht günstig lautete. Dieser Eindruck wurde jedoch paralysirt durch die neue Eisenbahnvorlage der Regierung, von der man an der Börse annimmt, dass sie der Eisenbranche zu Hilfe kommen werde. Auch wurden die z. Z. schwebenden Verhandlungen wegen Erneuerung des Cartells zwischen den schlesischen und den österreichischen Werken zu Gunsten der Bergwerke, namentlich der Laurahütte, angeführt. — Der Aufsichtsrath der deutschen Gummi- und Guttaperchawaarenfabrik Wolpi und Schlüter beschloss, der Generalversammlung eine Dividende von 5½ pCt. gegen 6 pCt. i. V. bei den bisherigen reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen. — Der Allg. Elektricitätsgesellschaft ist von der Localbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft in Hannover Horotmann u. Cie. der Auftrag ertheilt worden, den elektrischen Betrieb für die der letzteren concessionirte Strassenbahn in Gera einzurichten. Die Ausführung erfolgt nach dem von der Allg. Elektricitätsgesellschaft angewandten System mit oberirdischer Leitungsführung. Die überschiessende Elektricität soll unter Benutzung von Stromsammlern zur elektrischer Beleuchtung dienen, wofür bereits zahlreiche Anmeldungen vorliegen. — Aus Essen wird der „Voss. Z.“ geschrieben, man erwarte, dass die Magerkohlenvereinigung als Actiengesellschaft bis um den 15. d. M. zu Stande kommen werde. — Aus Wien erfährt dasselbe Blatt, vom 1. April ab werden die Tarife der Staatsbahnen auch in den localen Bahnverkehr der Dux-Bodenbacher Bahn und der Prag-Duxer Bahn eingeführt. Der Ausfall der Dux-Bodenbacher Bahn werde auf 200 000 Fl. geschätzt. Selbstverständlich werden die anderen böhmischen Bahnen, soweit sie mit der Prag-Duxer und der Dux-Bodenbacher in Concurrenz stehen, der Tarifreduction folgen müssen. Der neue italienische Schatzminister Luzzatti hat die Directoren der sämmtlichen 6 Zettelbanken zu einer Berathung nach Rom eingeladen, woraus geschlossen wird, dass die Frage betreffs der Schaffung einer Einheitsbank, als deren Anhänger der Minister bekannt ist, demnächst auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfte. — Aus Manchester wird dem „Conf.“ die Zahlungseinstellung der grossen Exportfirma Hereford und Tomkinson, welche hauptsächlich nach Ostindien arbeiteten, gemeldet; die Passiva betragen 80000 Lstr. Die bedeutendsten Fabrikanten arbeiteten mit dieser Firma. — Dasselbe Blatt berichtet über Zahlungsschwierigkeiten der Wollwaarenfirma Andreux Anderson, Fordyse und Cie. in Glasgow, deren Passiva 32000 Pfund Sterl. betragen. — Die Confectionsfirma M. Gottschalk in Hamburg hat nach demselben Blatte die Zahlungen eingestellt; der Berl. Platz ist mit 98 000 M. betheiligt. — Die gr. Berliner Pferdebahn vertheilt 12½ pCt. Dividende. — Der amtlichen Nachweisung zufolge sind vom 1. October 1890 bis Schluss Januar 1891 1 266 928 hl reinen Branntweins hergestellt worden gegen 1 354 859 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Davon sind nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe von 797 163 (825 921) in den freien Verkehr übergeführt. Am Schlusse des Januars verblieb in den Lagern und Reinigungsanstalten unter steuerlicher Controle ein Bestand von 391 281 hl.

Berlin, 11. Febr. Die Bilanz der internationalen Bank für 1890 ergiebt nach Abzug der Kosten, Steuern, Abschreibungen und einer Rücklage von 330 000 M. im Syndikatsreservefonds und Delcredereconto einen Reingewinn von 3 368 583 M. Der Aufsichtsrath beschloss, eine 6procentige Dividende für 40 Millionen Capital, eine Zuweisung von 166 000 M. zum gesetzlichen Reservefonds, von 20 000 M. zum Pensionsfonds und einen Vortrag zur neuen Rechnung von 388 476 M. vorzuschlagen.

Berlin, 11. Februar. **Fondsbörse.** Die heutige Börse zeigte zu Beginn etwas grössere Regsamkeit. Die Tendenz war fest. Als Motive können wir nur anführen, dass theils die Festigkeit des Rentenmarktes und der russischen Valuta, theils die neue Eisenbahnvorlage eine bessere Stimmung anbahnten und einem Theile der Contremine zu Deckungen Veranlassung boten. Indess diese Eröffnungsphase war nur kurz bemessen. Bald trat wieder die alte Geschäftsunlust hervor. Es ist namentlich der Bankenmarkt, dessen Sprödigkeit oder doch Geschäftsunlust eine retardirende Wirkung auf den Gesammtverkehr und die Coursentwickelung ausübte. Im Vordergrunde des Interesses standen heute Bahnwerthe, russische Noten und Renten. Für die heimischen Bahnen, namentlich der östlichen, wurde geltend gemacht, dass die Meldungen über den Transportverkehr fortgesetzt besser lauten, insbesondere ostpreussische Südbahn durch russische Zufuhren stärker alimentirt wird. In Folge dieser Umstände konnte sich der Cours der Actien letztgenannter Gesellschaft um ca. 1⅜ pCt. heben. Marienburger schlossen sich dieser Bewegung an. Mainzer und Lübecker blieben behauptet. Oesterreichische Bahnen schwächer auf Anlass des Rückganges der böhmischen Bahnen, gegen welche Meldungen betreffend die Herabsetzung der Tarife angeführt wurden. Duxer 1 pCt. niedriger offerirt. Schweizerische Bahnen fest, durchgehends besser. Banken variirten zumeist um den gestrigen 3 Uhr-Cours ohne jede Anregung. Credit 175,60—175,90—175,80, Nachbörse 176. Commandit 216,60—217,10—217—216,90, Nachbörse 217,25. Kohlenactien ziemlich unverändert. In Eisenbahnactien vollzogen sich vielfach Deckungen; Bochumer 144,90—145,75—145,25, Nachbörse 145,50; Dortmunder 84,10—84—84,25—84,10, Nachbörse 84. Laura 136,80—137,50—137—137,10, Nachbörse 137,25. Fremde Renten fest; 1880er Russen 98,75, Nachbörse 98,75; Russische Noten 238—239 bis 238,75—240, Nachbörse 239,25. 4proc. Ungarn 93,20—93,25, Nachbörse 93,40. Die Tendenz hielt sich später ziemlich fest und schloss ruhig. Cassamarkt still, wenig verändert. Inländische Anlagewerthe leicht nachlassend. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten gut behauptet, russische fest. Amerikaner belebt.

Berlin, 11. Febr. **Productenbörse.** Beeinflusst von dem rauhen Wetter und den meist festen auswärtigen Berichten nahm der heutige Verkehr die gestern schon gepflegte Festigkeit bei dem Beginne wieder auf und behielt sie auch während der ersten Markthälfte bei, bis die Bewegung, wie auf ein gegebenes Signal, auf fast allen Gebieten zum Stillstande gelangte und später in das Gegentheil umschlug. — Loco Weizen fest, besonders feine Waare knapp. Termine erfreuten sich während der ersten Markthälfte guter Beachtung und durchgängiger Besserung, welche indess später verloren ging, als die Kauflust sich gesättigt erwies. Die Preise schlossen nur wenig anders als gestern. — Loco Roggen hatte einigen Handel, feine Waare bleibt fest, alle anderen Sorten schwer verkäuflich. Termine anfänglich trotz vielseitiger Anerbietungen fest, weil der Bannerträger der Hausse weiter mit Begehr im Markte war. Dieser nahm indess einen matten Verlauf in Folge der vielfachen Offerten von inländischer und fremder Waare, welch letztere freilich vorläufig von aller Rentabilität ausgeschlossen scheint, und Preise schlossen kaum anders als gestern, matt. — Loco Hafer fester, Termine weiter steigend, mit matterem Schluss. — Roggenmehl 10 Pf. theurer. — Mais ferner besser bezahlt. — Rüböl in späteren Lieferfristen mehr beachtet, etwas höher. — Spiritus setzte mit lebhafter Frage fest ein, wurde wesentlich höher bezahlt, ermattete aber später durch umfangreiche Realisationen, vermuthlich in Folge stärkeren Angebots von Locowaare, und schloss ca. 20 Pf. niedriger als gestern, matt.

Posen, 11. Februar. **Spiritus** loco ohne Fass 50er 68,80, 70er ohne Fass 49,20. Höher. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 11. Febr., 3 Uhr 30 Min. Nachm. **Kaffeemarkt.** Good average Santos per Februar 81½, per März 80¾, Mai 79¼, September 75½. — Tendenz: Behauptet.

Hamburg, 11. Febr., 8 Uhr 10 Min. Abends. **Kaffeemarkt.** (Telegramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) Good average Santos per März 81, per Mai 79½, per September 75¾, per December 68. — Tendenz: Behauptet.

Havre, 11. Februar, 10 Uhr 30 Min. Vorm. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler und Co.) **Kaffee.** Good average Santos per März 103,25, per Mai 100,25, per September 96,25. — Tendenz: Behauptet.

Amsterdam, 11. Febr., Nachm. **Java-Kaffee** good ordinary 59¼.

Hamburg, 11. Februar, 7 Uhr 20 Min. Abends. **Zuckermarkt.** [Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.] Febr. 13,45, März 13,40, Mai 13,40, Juli 13,52½, August 13,57½, Oct.-Decbr. 12,60. — Tendenz: Ruhig.

Paris, 11. Febr., Nachm. **Zuckerbörse.** Anfang. Rohzucker 88% behauptet, loco 33,75—34, weisser Zucker unregelmässig, per Februar 36,87½, per März 37,12½, per März-Juni 37,50, per Mai-August 38

Paris, 11. Febr., Nachm. **Zuckerbörse.** Schluss. Rohzucker 88% fest, loco 34,25, weisser Zucker ruhig, per Februar 36,87½, per März 37,12½, per März-Juni 37,37½, per Mai-August 37,87½.

London, 11. Febr. **Zuckerbörse.** 96% Java-Zucker loco 14⅞, stetig. Rüben-Rohzucker loco 13½, matt.

London, 11. Febr., 11 Uhr 35 Min. Vorm. **Zuckerbörse.** Ruhig. Basis 88%, Februar 13,6, März 13,4½, April 13,4½, Juni 13,6¾.

London, 11. Febr., 3 Uhr 40 Min. **Zuckerbörse.** Ruhig. Basis 88%, per Februar 13,6, per März 13,4¼, per April 13,5¼, per Juni 13,6¾.

Newyork, 10. Februar. **Zuckerbörse.** Fair refining muscovados 5½ Doll.

Hamburg, 11. Februar. **Petroleum.** Fester. Loco 6,70 Br., März 6,65 Br.

Bremen, 11. Februar. **Petroleum.** (Schlussbericht.) Sehr fest. Loco 6,55 Br.

Antwerpen, 11. Februar, 2 Uhr 15 Min. Nachm. **Petroleum.** (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 16¾ bez. 16⅞ Br., per Februar 16½ Br., per März 16¼ Br., per April 16¼ Br. — Tendenz: Ruhig.

Amsterdam, 11. Febr. Bancazinn 54¾.

London, 11. Febr, 1 Uhr 56 Min. Nachm. **Kupfer,** Chili bars good ordinary brands 53 Lstr. — **Zink** 23 Lstr. 17 sh 6 d. — **Blei** 12 Lstr. 7 sh 6 d. — **Roheisen** mixed numbers Warrants 47 sh 3 d.

London, 11. Febr., 7 Uhr 30 Min. Abends. **Silber.** 10.: 46½. | 11.: 46¼. Bankausgänge 55 000. Südamerika 1 000 000 nach Frankreich.

Glasgow, 11. Februar. **Roheisen.** (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. | 10. Febr. 46 Sh. 11 D. | 11. Febr. 47 Sh. — D.

London, 11. Februar. Wollauction. Stimmung fest, Preise unverändert.

Leipzig, 10. Februar. **Kammzug-Terminmarkt.** [Orig.-Bericht von Berger & Co. in Leipzig.] Der Terminmarkt verkehrte heute in ziemlich fester Haltung, bei jedoch sehr ruhigem Geschäft. Vormittags handelte man

März	5 000 Ko.	à 4,27½	M.,
April	5 000 „	„ 4,27½	„
Juni	5 000 „	„ 4,27½	„
Juli	10 000 „	„ 4,30	„
August	5 000 „	„ 4,32½	„
„	5 000 „	„ 4,30	„

Umsatz seit gestern Mittag 155 000 Ko.

An der Börse und Nachmittags kamen folgende Umsätze zu Stande:

October	15 000 Ko.	à 4,35	M.,
November	5 000 „	„ 4,35	„
December	5 000 „	„ 4,35	„
Typ. C. Februar	10 000 „	„ 4,40	„
März	10 000 „	„ 4,40	„

Der Markt schliesst fest, Februar-März 4,25, April-Mai 4,27½, Juni-Juli 4,30, August-September 4,32½, October-December 4,35. Käufer.

Leipzig, 11. Februar. **Kammzug-Terminmarkt.** [Original-Telegramm von Berger & Co. in Leipzig.] Mai 4,30 bez. Tendenz: Fest

Börsen- und Handels-Depeschen.

Wien, 11. Februar. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	10.	11.	Cours vom	10.	11
Credit-Actien	307 65	307 65	Marknoten	56 07	56 12
St.-Eis.-A.-Cert.	244 00	244 65	4% ung. Goldrente	104 75	104 60
Lomb. Eisenb.	130 35	131 75	Silberrente	92 20	92 25
Galizier	211 25	211 50	London	114 15	114 25
Napoleonsd'or	9 05	9 05½	Ungar. Papierrente	100 95	100 95

Berlin, 11. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	10.	11.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Galiz. Carl-Ludw. ult	94 10	94 —
Gotthard-Bahn ult.	158 75	158 75
Lübeck-Büchen	168 75	168 75
Mainz-Ludwigshaf.	119 90	119 75
Marienburger......	64 50	65 —
Mittelmeerbahn	102 60	102 90
Ostpreuss. St.-Act.	89 40	90 30
Warschau-Wien	231 60	— —
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau..	56 20	56 20
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank.	— —	— —
do. Wechslerbank.	104 25	104 30
Deutsche Bank.....	163 90	164 —
Disc.-Command. ult.	216 40	216 75
Oest. Cred.-Anst. ult.	175 60	175 75
Schles. Bankverein.	122 90	122 80
Industrie-Gesellschaften.		
Archimedes	125 —	125 —
Bismarckhütte	160 —	159 25
Bochum. Gussstahl..	145 —	145 90
Brsl. Bierbr. St.-Pr.	40 10	40 10
do. Eisenb. Wagenb.	175 —	175 —
do. Pferdebahn...	137 —	137 —
do. verein. Oelfabr.	102 10	102 10
Donnersmarckhütte	88 —	89 20
Dortm. Union St.-Pr.	84 —	84 10
Erdmannsdrf. Spinn.	92 —	93 —
Flöther Maschinenb.	114 75	114 50
Fraust. Zuckerfabrik	110 25	110 50
GörlEis.-Bd.(Lüders)	177 20	177 20
Holm. Waggonfabrik	171 —	170 —
Kattowitz. Bergb.-A.	130 25	130 10
Kramsta Leinen-ind.	131 50	131 75
Laurahütte	136 75	137 75
Märkisch-Westfäl...	267 —	268 —
NobelDyn. Tr.-C. ult.	161 20	160 40
Nordd. Lloyd ult...	143 20	144 —
Obschl. Chamotte-F.	122 70	125 —
do. Eisb.-Bed.	86 25	86 60
do. Eisen-Ind.	153 70	153 20
do. Portl.-Cem.	117 —	117 —
Oppeln. Portl.-Cemt.	107 10	107 25
Redenhütte St.-Pr..	78 50	77 50
Schlesischer Cement	140 10	140 10
do. Dampf.-Comp.	116 —	116 40
do. Feuerversich.	— —	— —
do. Zinkh. St.-Act.	186 —	186 —
do. St.-Pr.-A.	186 —	186 —

Cours vom	10.	11.
Tarnow. St.-Pr.-Act.	68 50	68 70
Inländische Fonds.		
D. Reichs-Anl. 4%	106 50	106 60
do. do. 3½%	99 —	98 80
do. do. 3%..	86 10	86 —
Preuss. 4% cons. Anl.	106 25	106 20
do. 3½% dto.	99 25	99 —
do. 3% dto.	86 10	86 —
do. Pr.-Anl. de 55	171 —	171 —
Posener Pfandbr. 4%	102 —	101 90
do. do. 3½%	96 90	96 80
Schl. 3½% Pfdbr. L. A	97 90	97 80
do. Rentenbriefe..	103 —	103 —
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Oberschl. 3½% Lit. E.	— —	97 —
Ausländische Fonds.		
Egypter 4%	98 40	98 80
Italienische Rente..	93 80	93 90
do. Eisenb.-Oblig.	57 70	57 70
Mexikaner 1890er..	90 25	90 40
Oest. 4% Goldrente	97 50	97 50
do. 4⅕% Papierr.	— —	— —
do. 4⅕% Silberr.	82 —	81 90
do. 1860er Loose.	126 —	126 —
Poln. 5% Pfandbr..	74 25	74 25
do. Liqu.-Pfandbr.	70 75	71 —
Rum 5% amortisable	100 10	100 10
do. 4% von 1890	87 10	87 10
Russ. 1883er Rente	108 —	108 —
do. 1889er Anleihe	99 60	99 60
do. 4½ B.-Cr.-Pfbr.	102 80	103 —
do. Orient-Anl. II.	76 50	76 70
Serb. amort. Rente	89 90	89 90
Türkische Anleihe	19 —	19 05
do. Loose........	79 50	80 —
do. Tabaks-Actien	165 25	165 25
Ung. 4% Goldrente	93 20	93 30
do. Papierrente ..	90 —	90 —
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	178 35	178 35
Russ. Bankn. 100 SR.	237 20	238 80
Wechsel.		
Amsterdam 8 T.	168 60	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	20 35½	— —
do. 1 „ 3 M.	20 26½	— —
Paris 100 Frcs. 8 T.	80 70	— —
Wien 100 Fl. 8 T.	178 20	178 15
do. 100 Fl. 2 M.	177 20	177 20
Warschau 100 SR 8 T.	237 —	238 60

Privat-Discont 2½%.

Berlin, 11. Februar. 3 Uhr 40 Min. [Dringliche Original-Depesche per Breslauer Zeitung.] Fest aber ohne Anregung. Russische Noten steigend. Oesterreichische und östliche Bahnen sowie einzelne Schweizer Bahnen besser in Frage. Donnersmarckhütte begehrt.

Cours vom	10.	11.
Berl. Handelsges. ult.	161 —	161 75
Disc.-Command. ult.	216 37	217 25
Oesterr. Credit. . ult.	175 50	176 12
Laurahütte ..... ult.	136 25	137 12
Warschau-Wien . ult.	230 75	232 —
Harpener ...... ult.	195 25	195 12
Bochumer ..... ult.	144 37	145 50
Dresdner Bank. ult.	159 75	160 25
Hibernia. ...... ult.	190 87	191 12
Dux-Bodenbach . ult.	246 75	246 62
Gelsenkirchen . . ult.	177 62	177 87

Cours vom	10.	11.
Ostpr. Südb.-Act. ult.	89 37	90 50
Drtm. Union St. Pr. ult.	83 37	84 12
Franzosen ...... ult.	108 50	109 25
Galizier .... ult.	94 12	94 25
Italiener .... ult.	93 75	93 87
Lombarden ..... ult.	58 25	59 37
Türkenloose .... ult.	79 75	80 —
Donnersmarckh. ult.	88 —	89 50
Russ. Banknoten . ult.	237 25	239 50
Ungar. Goldrente ult.	93 25	93 37
Marienb.-Mlawka ult.	64 50	64 87

Berlin, 11. Februar. [Schlussbericht.]

Cours vom	10.	11.
Weizen p. 1000 Kg. Fester.		
April-Mai	197 75	198 25
Mai-Juni	198 25	198 50
Juni-Juli	199 50	200 —
Roggen p. 1000 Kg. Fester.		
Februar.........	177 25	177 75
April-Mai	174 —	174 50
Mai-Juni	171 —	171 25
Hafer per 1000 Kg.		
April-Mai	146 —	147 75
Mai-Juni	147 25	149 —

Cours vom	10.	11.
Rüböl per 1000 Kg. Still.		
April-Mai	58 90	59 —
Mai-Juni	58 80	59 —
Spiritus per 10 000 L.-pCt. Ermattet.		
Loco 70er	51 80	52 10
Februar..... 70er	51 70	51 40
April-Mai.... 70er	51 60	51 40
Aug.-Septbr.. 70er	51 60	51 60
Loco 50er	71 60	71 90

Frankfurt a. M., 11. Februar. Mittags. Credit-Actien 272, 60. Staatsbahn 217, 85. Galizier —, —. Ung. Goldrente 93, 20. Egypter 98, 50. Laurahütte 136, 90. Fest.

Köln. 11. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen per März 20, 10, per Mai 20, 45. Roggen per März 17, 90, per Mai 17, 45. Rüböl per Mai 59, 90, per Octbr. 60, 10. Hafer per Frühjahr 15.

Hamburg. 11. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, 186—198. — Roggen fest, loco 183—190, russischer fest, loco 130—136. — Rüböl ruhig, loco 58. — Spiritus fest, per Febr. 38½, per März 38, per Mai-Aug. 37½, per Sept.-Decbr. 37½.

Stettin, 11. Februar. — Uhr — Min.

Cours vom	10.	11.
Weizen p. 1000 Kg. Fester.		
April-Mai	194 50	195 —
Mai-Juni	195 50	196 —
Roggen p. 1000 Kg. Fester.		
April-Mai........	171 —	172 —
Mai-Juni	169 —	169 50
Petroleum loco ..	11 40	11 40

Cours vom	10.	11.
Rüböl pr. 100 Kgr. Höher.		
April-Mai	57 50	58 —
September-Octbr.	58 —	58 50
Spiritus pr. 10000 L.-pCt.		
Loco........ 50er	69 30	69 80
Loco........ 70er	49 80	50 20
April-Mai ... 70er	49 80	50 20
Aug.-Septbr.. 70er	50 —	50 40

Paris, 11. Februar. 3% Rente 95. 60. Neueste Anleihe 1877 105. 15. Italiener 93. 95. Staatsbahn 545, 60. Lombarden —, —. Egypter 495, 62. Behauptet.

Paris, 11. Febr., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Ruhig.

Cours vom	10.	11.
3proc. Rente	95 60	95 65
Neue Anl. v. 1886.	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	105 12	105 20
Ital. 5proc. Rente..	93 80	93 95
Oesterr. St.-E.-A...	540 —	543 75
Lombard. Eisenb.A.	305 —	310 —

Cours vom	10.	11.
Türken neue cons.	19 42	19 45
Türkische Loose ...	79 —	79 —
Goldrente, österr...	— —	— —
do. ungar...	93 25	93 37
Egypter	495 31	496 25
Compt. d'Esc. neue.	660 —	— —

London, 11. Februar. Consols von 1889 97, 37. Russen Ser. II 99. 50. Egypter 98, 30. Nachtfrost.

London, 11. Februar. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 2%. Fest. Bankauszahlung —.

Cours vom	10.	11.
Consols...........	97⅜	97⅜
Preussische Consols	105 —	105 —
Ital. 5proc. Rente...	93⅛	93¼
Lombarden	12⅛	12⅛
4% Russ. II. Ser. 1889	99½	99½
Silber	— —	— —
Türk. Anl., convert.	19¼	19¼
Unificirte Egypter..	98¼	98⅜

Cours vom	10.	11.
Silberrente	81 —	81 —
Ungar. Goldr.	92⅜	92⅜
Berlin	20 54	— —
Hamburg.........	20 54	— —
Frankfurt a. M....	20 54	— —
Wien	11 57½	— —
Paris	25 40	— —
Petersburg	27¾	— —

Amsterdam. 11. Febr. [Getreidemarkt.] (Schluss-Bericht.) Weizen loco unverändert, per März 222, per Mai —. Roggen loco höher, per März 159, per Mai 152. Rüböl loco 31½, per Mai 30¼, per Herbst 30⅞. Raps per Frühjahr —.

Paris. 11. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, per Februar 26, 30, per März 26, 60, per März-Juni 27, 10, per Mai-August 27, 10. — Mehl steigend, per Februar 60, 10, per März 60, —, per März-Juni 60, 20, per Mai-Aug 60, 20. — Rüböl fest, per Febr. 65, —, per Juni 65, 50, per März-Juni 66, 50, per Mai-Aug. 67, 50. — Spiritus fest, per Februar 38, —, per März 38, 50, per Mai-August 40, 25, per Septbr.-Decbr. 39, 50. — Wetter: Bedeckt.

London, 11. Februar. [Getreideschluss.] Weizenmehl sehr ruhig, unverändert, guter fremder Weizen gefragt und fest, alter Mais stramm, neue Ernte ruhig, Gerste, Hafer fest, russischer Hafer anziehend. Fremde Zufuhren: Weizen 29 420, Gerste 7300, Hafer 68 980. — Wetter: Heiter.

Liverpool. 11. Februar. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 B. Träge.

Abendbörsen.

Wien, 11. Februar. 5 Uhr 40 Min. Abends. Oesterr. Credit-Actien 308,00, Marknoten 56,12, 4proc. Ungar. Goldrente 104,75, Lombarden 132,00, Staatsbahn 244,75. Fest.

Frankfurt a. M., 11. Februar, 7 Uhr 10 Min. Abends. Credit-Actien 273,37, Staatsbahn 218,—, Lombarden 116,75, Laura 137,30, Ungar. Goldrente 93,30, Egypter —,—, Türkenloose 25,20, Mainzer —,—. — Ruhig.

Hamburg, 11. Februar, 8 Uhr 30 Min. Abends. Creditactien 273, Franzosen 544, Lombarden 291,50, Russ. Noten 239,20, Ostpreussen 86,10, Lübeck-Büchener 164,50, Disconto-Gesellschaft 212,70, Laurahütte 136, Nobel-Dynamit-Trust-Act. 152,70. Abgeschwächt.

Vom Standesamte. 10./11. Februar.

Aufgebote:

Standesamt I. **Zeth**, Walter, Feldwebel, ev., Neisse, **Grosche**, Helene, ev., Nicolaistr. 34. — **Land**, Herm., Wirthsch.-Inspector, ev., Piscarsine, **Gebauer**, Martha, ev., Frdr.-Wilhelmstr. 75. — **Rinke**, Paul, Gasthofbesitzer, k., Groß-Mochbern, **Giesel**, Mathilde, ev., Frdr.-Wilhelmstr. 45. — **Klenner**, Franz, Arbeiter, k., Kleine Groscheng. 12, **Müller**, Hedwig, k., ebenda. — **Anton**, Johann, Zuschneider, ev., Nicolai-Stadtgraben 7, **Kahl**, Martha, ev., Steinseiffen.

Standesamt II. **Fleischer**, Friedrich, Fuhrwerksbes., bapt., Vorwerksstraße 88, **Hahn**, Anna, bapt., Hubenstraße 76. — **Gottschalk**, Gustav, Tischler, ev., Brunnenstr. 21, **Maschel**, Aug., ev., Sadowastraße 42. — **Scholz**, Otto, Kaufmann, ev., Kl. Holzg. 3, **Krebs**, Klara, ev., Teichstr. 9.

Standesamt III. **Radoy**, Paul, Droschkenkutscher, k., Hirschstraße 74, **Lauger**, Maria, k., ebenda. — **Wiehl**, Paul, Tapez., ev., Hirschstr. 65b, **Haamann**, Karol., k., ebenda. — **Tilgner**, Aug., Tischler, ev., Michaelisstraße 23, **Horn**, Martha, ev., ebenda. — **Goletz**, Heinrich, Fuhrwerksbesitzer, ev., Hundsfelder Chaussee, Menzel'sche Ziegelei, **Kinner**, Friederike, geb. Kühn, k., ebenda. — **Fiolka**, Karl, Zimmermann, ev., Enderstr. 11, **Bunke**, Auguste, ev., Gräbschenerstraße 51. — **Brunn**, Robert, Zimmermann, ev., Roßgasse 1, **Koch**, Rosina, k., Michaelisstr. 25. — **Bienieck**, Johann, Schneider, k., Salzstr. 20, **Markiewicz**, Marianna, k., Bahnhofstraße 20. — **Weiß**, Ferdinand, Gelbgießer, k., Schießwerderstraße 13, **Latschinske**, Louise, ev., Alexanderstraße 28.

Sterbefälle:

Standesamt I. **Lezian**, Ambrosius, Schneider, 51 J. — **Haase**, August, Kürschnermeister, 51 J. — **Hahn**, Carl, S. d. Arbeiters Theodor, 2 J. — **Schlawitz**, Gottlieb, Arbeiter, 64 J. — **Wawrock**, Ida, T. d. Arbeiters Paul, 11 J. — **Altmann**, Gotthard, Kaufmann, 35 J. — **Rohrdorf**, Reinhold, Dienstmann, 55 J. — **Hillmann**, Paul, S. d. Arbeiters Friedrich, 5 J. — **Schneider**, Christiane, geb. Karsitzky, Arbeiterfrau, 44 J. — **Stentzel**, Hermann, S. d. Schriftsetzers Hermann, 3 W. — **Mäder**, Else, T. d. Schneidermeisters Carl, 2 J. — **Menzel**, Ottilie, geb. Hauske, Kürschnermstrfrau, 50 J. — **Grottke**, Friedrich, Schuhmachermeister, 48 J. — **Jorgs**, Johanna, geb. Gruhn, Maurerfr., 53 J. — **Becker**, Richard, S. d. Schlossermstrs Julius, 6 J. — **Scholz**, Carl, Brauergeselle, 34 J. — **Kirsch**, Josef, Schuhmacher, 54 J.

Standesamt II. **Bleil**, Agnes, T. d. Freistellenbesitzers Josef, 14 J. — **Breitner**, Fritz, S. d. d. Eisenbahn-Packmeisters Moritz, 1 J. — **Klick**, Martha, T. d. Hilfsbremsers August, 1 M. — **Thiel**, Helene T. d. Hilfsbremsers Anton 1 Std. — **Viol**, Gustav, Schneidermeister, 56 J. — **Scholz**, August, Restaurateur, 57 J. — **Milde**, Josef, Butterhändler 56 J. — **Kroker**, Fritz, S. d. Commissionairs Theodor, 2 J. — **Schiel**, Emil, Landes-Sekretair, 67 J. — **Neustadt**, Oscar, S. d. Assecuranz-Inspectors Gustav, 2 M. — **Pelchen**, Agnes, T. d. Vorschmiedes Carl, 9 M. — **Denzer**, Lydia, T. d. verstorb. Eisenbahn-Betriebs-Sekretairs, Friedrich, 5 J.

Standesamt III. **Tammler**, Theresia, geb. Probst, Schuhmachermeisterwittwe, 57 J. — **Strenzel**, Karl, Kgl. Telegraphen-Inspektor, a. D. 71 J. — **Rohnstock**, Alfred, S. d. Arbeiters Karl, 4 M. — **Thurnhofer**, Hermann, S. d. Klemptnermeisters Rudolf, 2 T. — **Path**, Klara, T. d. Tischlers Adolf, 2 J. — **Hoffmann**, Else, T. d. Arbeiters Oscar, 9 M. — **Freyer**, Gustav, städt. Lehrer, 31 J. — **Pohl**, Oscar, S. d. Tischlers Oscar, 7 W. — **Lorenz**, Alma, T. d. Sattlermeisters, Karl 12 J. — **Meier**, Katharina, geb. Bober, Stellenbesitzerwwe., 68 J. — **Kranz**, Alois, S. d. Müllers Josef, 6 W. — **Tschötschel**, Anton, Maurer Polier, 79 J. — **Herden**, Max, Schriftsetzer, 38 J. — **Pfeiffer**, Paul, Handlungsgehilfe, 34 J. — **Schlossareck**, Augusta, T. d. Tischlers Hugo, 5 T. — **Beyer**, Emilie, geb. Heyde, Eisenbahndirectorfrau, 56 J. — **Mittmann**, Wilhelm, Arbeiter 57 J. — **Huntscha**, Hedwig, T. d. Stuckateurs Sebastian, 2 J. — **Kuttig**, Ernestine, geb. Kallert, Arbeitrrfrau, 48 J. — **Hübscher**, Karoline, geb. Drynda, Köhlerwittwe, 58 J. — **Koschmieder**, Klara, T. d. Tischlers Gottlieb, 3 M.

Geschäfts-Uebersicht der Schlesischen Landschaftlichen Bank zu Breslau pro 31. December 1890.

Activa.

		M.	Pf.
1)	Baarer Kassenbestand	808 262	39
2)	Wechselbestände	1 870 694	97
3)	Lombard-Darlehne	405 650	—
4)	Debitoren in laufender Rechnung	3 136 529	—
5)	Effecten nach dem Courswerthe .	1 835 011	19
6)	Sonstige Activa	30 919	68

Passiva.

		M.	Pf.
1)	Stammcapital	3 000 000	—
2)	Depositencapitalien	3 765 190	—
3)	Creditoren in laufender Rechnung	981 018	17
4)	Reserve-Conto	76 484	41

Breslau, am 6. Februar 1891. [1978]

Directorium der Schlesischen Landschaftlichen Bank zu Breslau.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Ida** mit dem Kaufmann Herrn **Josef Walzer** in Beuthen O/S. beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen. [2463]

Neisse, im Februar 1891.

S. Berger und Frau
Lina, geb. **Cohn.**

Ida Berger,
Josef Walzer,
Verlobte.

Neisse. Beuthen OS.

Die Verlobung unserer Tochter **Selma** mit dem Rechtsanwalt und Notar Herrn **Arnold Asch** hierselbst beehren wir uns ergebenst anzuzeigen. [651]

Pleschen, im Februar 1891.

Hermann Rosenbaum und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein **Selma Rosenbaum** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Pleschen, im Februar 1891.

Arnold Asch, Rechtsanwalt u. Notar.

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung unserer Tochter **Minna** mit Herrn **J. Adler** beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

Berlin W., im Februar 1891. [2471]
Mauerstrasse 3.

S. Abramowsky und Frau
Johanna, geb. **Abramowsky.**

Meine Verlobung mit Fräulein **Minna Abramowsky**, Tochter des Herrn **S. Abramowsky** und dessen Gemahlin Frau **Johanna**, geb. **Abramowsky**, zeige ich hiermit ergebenst an.

Berlin C., im Februar 1891.
Spandauerstrasse 30.

J. Adler.

Die Verlobung ihrer Tochter **Louise** mit dem Kaufmann Herrn **Ludwig Glaser** aus Berlin beehren sich ergebenst anzuzeigen [2484]

J. Goldstein und Frau,
geb. **Silber.**

Pitschen OS., im Februar 1891.

Bertha Hahn,
Wilhelm Günther,
Verlobte. [661]

Oels, im Februar 1891.

David Cohn,
Elise Cohn,
geb. Tockuss,
Vermählte. [654]

Berlin, Elisabethstraße 53/54, II.

Die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens zeigen erfreut an
Paul Bolzani und Frau,
geb. **Andrée.**

Pankow.

Heute Vormittag 10½ Uhr verschied sanft nach schweren Leiden unser inniggeliebter Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder, [662]

der Königl. Oberst a. D.

Gustav Arent.

Dies zeigen statt jeder besonderen Meldung um stille Theilnahme bittend an

Die Hinterbliebenen.

Breslau, den 11. Febr. 1891.

Am 9. d. M., früh ½2 Uhr, entschlief sanft und gottergeben unsere inniggeliebte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Martha Kiepert,
geb. **Schwinge,**
in Görbersdorf. [2440]

Dies zeigen in tiefster Betrübniß, um stille Theilnahme bittend, an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet den 13. d. M. um 1½ Uhr Nachm. von der Leichenhalle des Bernh.-Kirchhofes zu Rothkretscham statt.

Am Dinstag, den 10. d. M., starb nach kurzen, schweren Leiden unser lieber Freund und College, der Schriftsetzer

Herr

Maximilian Herden,

im Alter von 38 Jahren.

Sein ehrenwerther, biederer Charakter und collegialischer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. [650]

Breslau, 11. Februar 1891.

Die Mitglieder der Stadt- und Universitäts-Buchdruckerei Grass, Barth & Comp.
(W. Friedrich.)

In vergangener Nacht erlöste der Tod unseren lieben Amtsgenossen, den Landes-Secretair [2481]

Herrn Emil Schiel,

von seinen zwar kurzen, aber schweren Leiden.

Tiefbewegt beklagen wir den Verlust dieses von uns Allen hochgeschätzten Freundes und treuen Mitarbeiters. Die Erinnerung an ihn wird in uns fortleben. Leicht sei ihm die Erde!

Breslau, den 11. Februar 1891

Die Bureau- und Kassen-Beamten der Provinzial-Verwaltung von Schlesien.

Statt besonderer Meldung.

Gestern Nachmittag entschlief sanft nach schweren Leiden mein heissgeliebtes, einziges Kind, unsere unvergessliche Enkelin, Urenkelin und Nichte, [1977]

Margarethe Storch,

im blühenden Alter von 10½ Jahren.

Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigt dies schmerzerfüllt an

Magda Storch, geb. Pischgode,
zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Brieg, Reg.-Bez. Breslau, den 11. Februar 1891.

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. d. M., Vormittags 11 Uhr statt.

Seidenstoffe, Sammete,

[1813]

Tülles, Gazestoffe, Tarlatans für Balltoiletten und Maskenkostüme.

A. J. Mugdan,

Ecke Ring und Blücherplatz.

Maskenbilder werden beim Einkauf bereitwilligst verliehen.

Deutsche Militairdienst-Versicherungs-Anstalt

in Hannover. Nur Knaben unter 12 Jahren finden Aufnahme. Versicherung in den ersten Lebensjahren am vortheilhaftesten. Von 1878 bis Ende 1890 wurden versichert **169 000 Knaben mit 190 000 000 Mk.** Eine so große Betheiligung hat nie ein Deutsches Versicherungs-Institut gefunden. — Prospecte ꝛc. versenden kostenfrei die Direction und die Vertreter. [1980]

Für die vielfachen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Rosa**, geb. **Koppel**, sage ich Allen hierdurch meinen tiefgefühlten Dank. [1961]

Schildberg, den 11. Februar 1891.

Süssmann Krackauer.

J. H. W. Dietz' Verlag in Stuttgart.

Soeben ist erschienen:

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Preis broch. Mk. 2.—, geb. Mk. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: „**Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft**" erschienen und zwar des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen. Bei direktem Bezug durch den Verlag ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen.

Kursbuch der Breslauer Zeitung.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure, Papierhandlungen u. die Expedition der Breslauer Zeitung.

= Preis 10 Pf. =

!! Trübe gewordene Stickereien !!
!! Dänische Handschuh !!
Paar 1,25.

Albert Fuchs,
Hoflieferant,
49 Schweidnitzerstr. 49.

F. Welzel

Pianoforte-Fabrik und Magazin,
16 Albrechtsstr. 16

Ecke Bischofstraße, 1. Et., im Hause von G. Philippi & Co.
Große Auswahl zu allen Preisen
[1332] von
neuen u. gebrauchten Pianinos u. Flügeln, sowie Harmoniums.

Ratenzahlungen bewilligt.

Corsets.

Albert Fuchs,
Hoflieferant,
49 Schweidnitzerstr. 49.

Posamenten

nach eignen Zeichnungen und Entwürfen. [1968]

Albert Fuchs,
Hoflieferant,
49 Schweidnitzerstr. 49.

Grünberger Wochenblatt.

67. Jahrg. Aufl. 5200 Exempl.

Aelteste und verbreitetste Zeitung in Stadt und Kreis Grünberg.
Zur wirksamen Insertion, auch für die benachbarten Kreise, bestens empfohlen.

כשר כשר

M. Glücksmann's Schlächterei und Wurstfabrik,

Nr. 2 Nr. 2
Goldene Radegasse,

empfiehlt heut die so beliebten **Lungenwürstchen, Strassburger** u. **Wiener Würstchen, 11 für 1 Mk.,** ff. **Aufschnitt**, das Pfund von **1 Mk. 30 Pf.** an, **Knoblauchwurst**, das Pfund **70 Pf.**, Prima **Kalb-** und **Rindfleisch**, Pfund **70 Pf.**, Prima rohes Rindfett, Pfund **60 Pf.**, Prima Tugfett, Pfund **75 Pf.**, sowie fette **Stopfgänse, Stopflebern, Gänsefett** und einzelne **Gänsetheile** zu tagesgemäss **billigsten Preisen.** [1974]

Aachener Badeöfen für Gas.

Liefern sofort heisses Wasser.
Ueberraschend schnelle Erwärmung eines Bades bei 0.7 cbm. Gasconsum.

7000 Stück in Betrieb. In vielen Hospitälern.

8 goldene und silb. Medaillen.



Regenerativ-Gasheizöfen

mit Abführung der Heizgase, für Salons, Wohn-, Schlaf- u. Krankenzimmer, grosse Säle, Kirchen.

84% Nutzeffect. Fussbodenwärme.



6000 Francs Prämie
von der Stadt Brüssel für besten Gasofen.

J. G. Houben Sohn Carl, Aachen.

Lager in Breslau
bei unseren Vertretern

Paul Rogge & Co.,
Vorwerkstr. 40. Mikrophon 656.

Vom „Lette-Verein", Berlin, geprüft, anerkannt und empfohlen.

Die oberen Häkchen sind beweglich, welche durch stetes Umwenden selbstst. weben. Die geehrte Damenwelt wird zur Besichtigung des Apparates während der Arbeit ohne Zwang zum Kauf höfl. eingeladen.

Vor Täuschung warnen wir. Man beachte die Abbildung.



D. R.-P. **The** 48599.
Patent **„Darning Weaver"**

Stopf-Apparat,

als Lehrmittel in Schulen bereits in Verwendung, soll in keiner Haushaltung fehlen. Jedwede Stopfarbeit, ob Strümpfe, Leinen ꝛc., ob mehr oder weniger schadhaft, wird mit uns. Apparat von jedem Kinde schnell und wunderschön gleichmäßig, wie neu angewebt, ausgeführt. Preis mit Anleitung und Probearbeit Mk. 3,50, postfrei Mk. 4.— zu beziehen durch den Generalvertrieb für Schlesien: [472]

Emil Kommen,
Breslau,
Bischofstraße 1, Ecke Ohlauerstr.
Wiederverkäufern Rabatt.

Bruno Rosenthal, Schmiedebrücke 57.
[1229] **Gummischuhe en gros u. en detail.**



Träger, Bauschienen,
Säulen,
Gitter, Thore,
Fenster,
Stall-Einrichtungen

für Pferde, Rindvieh und Schwarzvieh, nach eigenen, **bestbewährten** Systemen

Glashäuser,
Podest- und Wendel-
Treppen

billigst bei [1597]

Herz & Ehrlich, Breslau.

R. Preuss, Maurer- u. Zimmermeister,
gerichtl. vereid. Sachverständ. — Bau von Ringöfen, Kammeröfen, ganzen Ziegelei-Anlagen auch bei mergelreichem Thon unt. Garantie, früher Trachenberg, jetzt **Breslau, Flurstraße 2, I.** [1531]

Flügel und Pianinos,

grad- und kreuzsaitig, neuester Construction, in großer Auswahl zu den solidesten Preisen. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen und sind auch stets gut reparirt auf Lager. Ratenzahlung bewilligt.

C. Vieweg's Pianoforte-Fabrik,
Breslau, Brüderstraße 10 a/b. [878]



Ernst Elflein,
Telegraphen-Bau-Anstalt,
Breslau, Gneisenauplatz Nr. 1,

Haustelegraphen-, Telephon- u. Mikrophon-Anlagen aller Art [607]
in saubersten Ausführung und zu soliden Preisen
unter Garantie.

Blitzableiter-Anlagen

nach bewährtestem System u. neuesten Erfahrungen.

Neuheit:

Bewegl. Tisch-Telephon-Stationen.

J. Oschinsky's Gesundheits- und Universal-Seifen haben sich bei rheumatisch-gichtischen Leiden, Wunden, Salzfluß, Entzündungen und Flechten als heilsam bewährt. Zu beziehen in **Breslau** bei **S. G. Schwartz,** Ohlauerstraße 4, **Ed. Gross,** Neumarkt 42. **Münsterberg** F. A. Nickel. **Namslau** R. Werner. **Neisse** Wilhelm Schön. **Neumarkt** T. Hippauf. **Ohlau** P. Bock. **Oppeln** A. Chrometzka. **Ratibor** F. Königsberger. **Rawitsch** R. F. Frank. **Schönau** A. Weiß. **Schweidnitz** August Kurzbach. **Sorau N.-L.** J. D. Rauert. **Sprottau** Th. Rümpler. **Steinau a. O.** A. Ziehlke. **Strehlen** Otto Ulm. **Striegau** C. G. Opitz. **Waldenburg** R. Bock. [1962]

J. Oschinsky, Kunstseifen-Fabrikant, Breslau, Carlsplatz 6.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 12. Febr. 19. Vorstellung im 1. Achtel (grün) und 58. Bons-Vorstellung. „**Carmen.**" Oper mit Tanz in 4 Acten von Georges Bizet.

Freitag, den 13. Februar. 20. Vorstellung im 2. Achtel (gelb) und 59. Bons-Vorstellung: Zum ersten Male: „**Ein verarmter Edelmann.**" (**Le roman d'un jeune homme pauvre.**) Schauspiel in 5 Aufzügen von Oct. Feuillet. Deutsch von W. v. Horar. (Maxime Odiot: Herr Leon Resemann a. G.)

Lobe-Theater. [1966]

Donnerstag. „**Die Strohwittwe.**" Hierauf: „**Im Charakter.**"
Freitag, Sonnabend. „**Sodom's Ende.**"
Sonntag, den 15. Febr. 1891. Zum 1. Male: „**Künstler-Namen.**" Lustspiel in 4 Acten von Franz v. Schönthan u. Carl Schönfeld.

Residenz-Theater. [1967]

Donnerstag, Freitag. „**Die Fledermaus.**"
Sonnabend, den 14. Febr. 1891. Zum 1. Male: „**Aus bewegter Zeit.**" Volksstück mit Gesang in 4 Acten von Adolph Steinecke. Musik von Gustav Meyer.
Der Billetvorverkauf ist bei H. Langenmayr, Ohlauerstr., Ecke der Schuhbrücke, von 10 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags.

Paul Scholtz's Theater.

Heute Donnerstag:
Das verlorene Paradies.
Große Posse mit Gesang und Tanz. Zu dieser Vorstellung hat jeder Theaterbesucher ein Kind frei.

Volks- u. Parodie-Theater
(Victoria-Theater). N. Taschenstr. 31.
Donnerstag und Freitag: **Sodom's Ende. Vier Brautwerber. Odalisken im Bade.**

Bohn'scher Gesangverein.
Montag, den 16. Febr., Abds. 7½ Uhr: **3. historisches Concert.** Schubert-Abend. [1943]

Philharmonie.
Raff. Schubert.

Wohlthätigkeits-Concert.

Das unterzeichnete Comité erlaubt sich dem geehrten Publikum bekannt zu geben, dass unter gütiger Mitwirkung des Herrn Grafen **Heinrich Pückler**, des Concertmeisters Herrn **Sobotka**, des Herrn Lehrers **Fiebig** und des **Spitzer**'schen Männerchores ein **Concert** zu wohlthätigen katholischen Zwecken [1981]
Sonntag, den 15. d. M., Abends 7½ Uhr, im Saale des Hôtel de Silesie stattfindet.
Reservirte Plätze à 5 Mark, nicht nummerirte Plätze à 2 Mark und Stehplätze à 1 Mark in der Schletter'schen Buchhandlung, Schweidnitzerstr. 16/18, und bei **Aderholz**, Ring 53.
Gräfin Schaffgotsch.
Gräfin Colonna-Walewska.
Fräulein von Scholtz.

Freitag, den 13. Februar, 7½ Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse:

Concert
von [1938]
Clotilde Kleeberg.

Nummerirte Sitzplätze à 4, 3 u. 2 M., Stehplätze à 1 M. in der **Schletter'schen Buchhdlg.,** Schweidnitzerstr. 16/18.

Sonnabend, d. 21. Febr., 7½ Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse

Concert
von
Pablo de Sarasate
und
Frau Berthe Marx.

Nummerirte Sitzplätze à 4, 3 u. 2 M., Stehplätze à 1 M. in der **Schletter'schen Buchhdlg.,** Schweidnitzerstr. 16/18.

Tivoli. [2476]

Heute Donnerstag, den 12. Februar, **Humoristischer Abend** der
Liliputaner.
Anfang 8 Uhr.

Sonnabend, den 14. Februar, Abends 7½ Uhr, im Musiksaal der Königlichen Universität:

II. Reuter-Vorlesung
von
Georg Riemenschneider.
(Die letzte in dieser Saison.)
Billets à 1 M., für Schüler à 50 Pf. sind in den Musikalienhandlungen der Herren **Jul. Hainauer, Carl Becker (Lichtenberg'sche)** und **Georg Danziger** (Ohlauerstr. 53/54) und an der Abendkasse zu haben. [649]

Breslauer Concerthaus.

Heute: [1964]
Zur Erinnerung an den Todestag Richard Wagners (13. Febr. 1883):
Wagner-Concert (V. Symphonie-Concert) unt. gütiger Mitwirkung von Frau **Aug. Riemenschneider.** Das Programm enthält nur Werke R. Wagners.
Anfang 3 Uhr.
Entree **60 Pf.**, Kinder **30 Pf.**, Dutz.-Billets à Dtzd. **6 M.** sind in der **Lichtenberg**'schen **Musikalienhandl. (C. Becher)**, Zwingerplatz No. 2, u. a. d. Kasse zu haben.
Georg Riemenschneider.

Zeltgarten. [1589]

Auftreten der **Parterre-Acrobaten-Truppe Hugoston**, des **Mr. Prinze** mit 4 dress. Bären, des urkomischen **Bendix**, des Reckturners **Mr. Lee-Azola**, des Kunstpfeifers **Mr. Hubertus**, der Neger-Excentriques **Mrs. Ardell und West** und der Sängerinnen Fräuleins **Bender, Ornis und Odillon.** Anfang 7½ Uhr. Entree 60 Pf.

Liebich's Etablissement.

Valesca Daisy als Sängerin, Trapez-Künstlerin und Tänzerin. [1598]
Frères Briano, Turnkünstler am dreifachen Reck.
Josef und Margit Walder, Gesangs-Duett.
Anna Andersen, Production am hohen Piedestal.
Sergeant Simms mit seinen jugendlichen **Zouaven.** Militärische Exercitien (Reveille, Parade, Bivouak, Bayonnet-Gefecht, Attacke).
Detroit Brothers, Hand-Akrobaten.
Irma und Thekla Blanche, Gesangs-Duett.
Schwestern Andersen, Antipodenspiele.
Clemens Duo, Humoristischer Serenadengesang und Glockenimitation.
Geschwister Klös, Production am getragenen Trapez.
Anfang 7½ Uhr.

Dr. Mittelhaus' höhere Knabenschule,

Albrechtsstr. 12, Ecke Magdalenenpl. Anmeldungen für Ostern täglich von 12—1 Uhr. **Dr. K. Mittelhaus.**

Dr. Hampel,
[2470] **prakt. Arzt, Breslau, Gräbschnerstr. 4, I.**
Sprechst.: Vorm. 9—11, Nachm. 3—4.

In meinem
Pensionat,
empfohlen durch den Director des Gymnasiums z. St. Maria Magdalena Hrn. Prof. Dr. **Moller** u. d. Gymnas.-Lehrer Hrn. Dr. **Kynast**, Salzstr. 24, finden Schüler zu Ostern freundliche Aufnahme. Beaufsicht. der Arbeiten durch Hauslehrer. [1931]
Frau **S. Gottschling, Breitestr. 4/5.**

Gesellschaft der Freunde.

Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr:
III. Vortrag im Cyclus.
Herr Albert Traeger aus Nordhausen:
Ein schlesischer Romantiker
(Moritz Graf Strachwitz).
Die Direction. [1846]

Gesellschaft der Freunde.

Sonnabend, den 14. Februar 1891:
Kränzchen.
Billet-Ausgabe Donnerstag von 6—8 Uhr. [1845]
Die Direction.

Kaufmännischer Verein „Union".

Donnerstag, den 12. Februar 1891: [648]
Vortrag des Herrn **Professor Dr. Hirt** hierselbst über „**Nervenkrankheiten und Berufs-Arbeit**" im Musiksaale der Königl. Universität. Gäste sind willkommen. **Billets** hierzu bei Herrn **Jul. Offhaus, Königsstraße 5.**

Hotel zum weißen Storch und כשר Restaurant

empfiehlt seinen Saal zu Hochzeiten und Festlichkeiten. **Vorzüglicher Mittagstisch im Abonnement und a la carte.**
[2140] **H. Tockus.**

כשר Stopfgänse, Puten, Puthähne, täglich frisch, zu den allerbilligsten Tagespreisen. **Frischen Hecht, Zander, Pfd. 50 Pf.,** empfiehlt **Honig, Graupenstraße Nr. 17.**

Wir sind
Käufer
von
Dividendenscheinen u. z.

1890	Disconto Commandit	10¾%
„	Dresdner Bank	8¾%
1890/91	Harpener	16%
1890	Hibernia	18%
1891	Hibernia	19½%
1890	Gelsenkirchen	11½%
1890	Pluto	16½%
1890/91	Dannenbaum	11%
1890/91	Königs-Laurahütte	9½%
1890/91	Bochumer	10%
1890/91	Allgem. Elektricität	11%

Wir kaufen auch Dividendenscheine und Coupons **sämmtlicher übrigen Werthpapiere** unter den **coulantesten** Bedingungen. [574]
Wir machen hierbei aufmerksam, daß wir
Cassa-, Zeit- und Prämien-Geschäfte
gegen nur 1/10% **Provision** vermitteln und daß wir an Jedermann unsere **täglich** erscheinenden Börsenberichte **franco und gratis** versenden.
Mit **Auskünften** und **Rathschlägen über Börsentransactionen bester und sicherster Capitalsanlage** ec. stehen wir bereitwilligst zur Verfügung.
Commandit-Gesellschaft Hugo Loewy.
Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstraße 167.

Gardinen

in crême, weiss und bunt
verkaufe in guten, waschbaren Qualitäten — das Fenster von 3 Mark an. [1975]
In meinen Schaufenstern hängen Musterflügel mit Preisangabe — zur Hälfte des früheren Preises — aus.
J. Seelig, Schweidnitzerstr. 3.

Schlesisches Conservatorium.

Beginn des Sommersemesters am 6. April.
Prospect und Bericht unentgeltlich durch [656]
Die Direction
Breslau, Ohlauerstr. 74. **Professor Adolf Fischer.**

Hoffschildt's „Habmichlieb",

beliebtes, vornehmes Parfüm. [1972]
E. Stoermer's Nachf., F. Hoffschildt, Ohlauerstrasse 24/25.

Die am 1. April cr. frei werdende Stelle eines [1944]
Rabbiners und Religionslehrers
in hiesiger Gemeinde soll mit einem Anfangsgehalt von 2400 M. excl. nicht unbedeutender Nebeneinnahmen besetzt werden.
Geeignete Bewerber wollen ihre Meldungen an den unterzeichneten Vorstand **bis zum 15. März cr.** gelangen lassen.
Tarnowitz, den 8. Februar 1891.
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Wir beabsichtigen erbtheilungshalber unser langjähriges, unter der Firma
W. Ferd. Schmidt
betriebenes **Colonial-, Cigarren- und Wein-Geschäft zu verkaufen.** Nähere Auskunft ertheilen **Gebrüder Friederici, Breslau.**
Neumarkt, im Februar 1891. [1960]
W. Ferd. Schmidt'sche Erben.

Concursverfahren.

Ueber das Gesellschaftsvermögen der offenen Handelsgesellschaft **Gordon & Unger** zu Brieg (Gesellschafter Kaufmann **Isaak Gordon** und Kaufmann **Emil Unger** zu Brieg) ist **am 9. Februar 1891, Nachmittags 5 Uhr,** der Concurs eröffnet.
Verwalter: Rechtsanwalt **Hoffmann** zu Brieg. [1958]
Anmeldefrist **bis 16. März 1891.**
Erste Gläubiger-Versammlung **den 4. März 1891, Vormittags 10 Uhr.**
Allgemeiner Prüfungstermin **den 6. April 1891, Vormittags 10 Uhr.**
Offener Arrest mit Anzeigefrist **bis zum 4. März 1891.**
Brieg, den 9. Februar 1891.
Königliches Amts-Gericht II.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Vorstadt Parchwitz Band I Blatt 4 und im Grundbuche von Leschwitz Band IV Blatt 151 auf den Namen der Intestaterben des Mühlenbesitzers Oswald Otto, nämlich:
a) dessen Wittwe Anna Otto, geb. Wagner,
b) dessen Sohn Alfred Otto
eingetragenen, zu Parchwitz Schloßgemeinde und resp. Leschwitz belegenen Grundstücke am **10. April 1891, Vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.
Das Grundstück Nr. 4 Vorstadt Parchwitz ist mit 276,89 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 23,37,40 Hektar zur Grundsteuer und mit 533 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer, das Grundstück Nr. 151 Leschwitz mit 30,39 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 2,43,00 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Zimmer Nr. 12 eingesehen werden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am [1965] **11. April 1891, Vormittags 11 Uhr,** an Gerichtsstelle verkündet werden.
Parchwitz, den 5. Februar 1891.
Königliches Amts-Gericht.
gez. Kunze.

Lehrerstelle.

An der höheren Bürgerschule hierselbst soll zum 1. April d. J. ein Lehrer angestellt werden, welcher die Lehrbefähigung in **Physik** und **Chemie** für obere Klassen, sowie in **Mathematik** bis Secunda und wenn möglich im **Französischen** für mittlere Klassen einer höheren Lehranstalt besitzt. Anfangsgehalt 1800 Mark und 432 M. Wohnungsgeldzuschuß. Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 15. Februar an uns einzureichen. [523]
Görlitz, den 2. Febr. 1891.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist heut: [652]
1) bei der unter Nr. 669 eingetragenen Firma **Joseph Gebauer zu Altwasser** das Erlöschen derselben vermerkt;
2) unter Nr. 752 die Firma **PaulineGebauer zu Altwasser** und als deren Inhaberin die verehelichte Kaufmann **Pauline Gebauer,** geb. **Gerstmann,** daselbst eingetragen worden.
Waldenburg, den 5. Febr. 1891.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister sind folgende Firmen gelöscht worden:
a. Nr. 591: **J. Heimann.**
Inhaber: Kaufmann **Joseph Heimann.**
b. Nr. 3: **Adolph Traugott.**
Inhaber: Kaufmann **Adolph Traugott.**
c. Nr. 559: **Ratiborer Dampf-Sägewerk von M. Freund.**
Inhaber: Maurermeister **Moritz Freund.**
d. Nr. 564: **J. Brenner.**
Inhaber: Kaufmann **Isidor Brenner.**
e. Nr. 79: **Oscar Bruck.**
Nr. 189: **S. Bruck.**
Inhaber: Kaufmann **Oscar Bruck.**
f. Nr. 333: **Ratiborer Glas-Fabrik Victor Frank.**
Inhaber: Kaufmann **Victor Frank.**
Ratibor, den 7. Februar 1891.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IX.

Holzverkauf.

Königl. Oberförsterei Kraschcow. Donnerstag, den 19. Febr. c., Vormittags von 10 Uhr ab, werden in dem **Krigar**'schen **Gasthause zu Hüttendorf** folgende Bau- und Nutzhölzer öffentlich meistbietend verkauft werden und zwar:
I. Schutzbezirk Kraschcow I, Schlag 33:
2 Birken IV., 5 V. Kl.,
1 Erle III., 8 IV., 29 V. Kl.,
3 Kiefern I., 16 II., 34 III., 87 IV., 72 V. Kl.
11 Fichten I., 18 II., 50 III., 139 IV., 201 V. Kl.
II. Schutzbezirk Jedlitze, Schlag 149a:
5 Kiefern I., 9 II., 47 III., 127 IV., 143 V. Kl.
1 Fichte II., 15 III., 73 IV., 75 V. Kl.
III. Schutzbezirk Biestrzinik, Schlag 203:
21 Kiefern III., 372 IV., 852 V. Kl.
Ein Drittel des Steigerpreises ist sofort im Termin zu zahlen.
Kraschcow, den 9. Februar 1891.
Der Oberförster.
Dobnicke. [1957]

Außenstände

mit 75 pCt. Verl., geg. Cassa sofort verkäuflich. Offerten an **D. A. 31 Dresden hauptpostlagernd.**

Verdingung

der Umpflasterung eines Theiles der Vorwerkstraße, Katharinenstraße, Feldstraße, Poststraße, Ottostraße, Mehlstraße, Matthiasstraße und der Straße an der **Engelsburg.**
Verschlossene Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis zum Eröffnungstermine [1971]
am 24. Februar cr., Vormittags 11 Uhr,
in dem Geschäftszimmer Nr. 32 unserer Tiefbau-Inspection für den Westbezirk, Elisabethstr. 10, II Tr., abzugeben.
Die Verdingungsunterlagen können daselbst eingesehen und auch gegen Erstattung der Schreibegebühren bezogen werden.
Breslau, den 10. Februar 1891.
Der Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Eine [581]
freundliche geräumige Villa
in Obernigk mit Garten ist mir
zum Verkauf übertragen.
Trebnitz. Pietsch,
Rechtsanwalt und Notar.

Hausverkauf.

Wegen Wegzuges des Besitzers ist ein rentables schönes Grundstück in bester Lage billig (für 38 000 Thlr. bei 8000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Vermittler verbeten. Näheres für ernste Reflectanten auf Anfragen unter Chiffre **O. F. 94** an die Exp. der Bresl. Ztg. [2507]

Ein grösseres Grundstück, Ohlauer Vorstadt, mit guter Verzinsung, wird wegen Todesfall des Erblassers **preiswürdig verkauft.** Offerten nur von Selbstkäufern erb. unter **B. R. 90** Exped. der Bresl. Ztg. [2494]

Ein Modew.-, Tuch- u. Garderobengeschäft

ist bei mäßiger Anzahlung mit, auch ohne Grundstück an einen tüchtigen jungen Mann **sofort zu verkaufen.** Umsatz über 90,000 Mark.
Offerten unter **A. S. 65** an die Exped. der Bresl. Ztg. [2359]

Für ein **feineres Restaurant** werden **einige Dtzd. passende Stühle, einige Tische** und **ein Buffettisch** gebraucht, aber gut erhalten, **zu kaufen gesucht.** Offerten mit Preisangabe bitte unt. **B. Z. 111** a. d. Exp. d. Bresl. Ztg. zu richten.

Gastwirth gesucht.

Zur baldigen Uebernahme eines neu eingerichteten feinen Restaurants mit Gartenanlage und eines Bierverlags, in einer Garnisonstadt Oberschlesiens, wird ein **tüchtiger junger Gastwirth** mit Baarvermögen gesucht. [2457]
Offerten sub **250** postlagernd **Leobschütz OS.** erbeten.

כשר
Stopfgänse, Puten, Back- und Brathühner, Kapaunen, Donnerstag u. Freitag früh eintreffend, offerirt billigst **S. Sternberg,**
Teleph. 553. **Reuschestr. 63.**

כשר Schles. Stopfgänse, Puten, Poulards, feinste Waare, **Hecht, Zand,** 45 u. 55 Pf., frisch eingetroffen, **Schweizer Butter** 1,20 M. **Sonnenstr. 18, Ecke Sonnenplatz.**

Stellen-Anerbieten und Gesuche.
Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Mehr. vorzüglich empfohl. Erzieh. und ebensolche Kindergärtn. empfiehlt für sofort und Ostern Frau **Dr. Markusy, Gartenstr. 46d.**

Gesucht für Ostern tüchtige geprüfte Kindergärt. und Kinderpflegerinnen durch Frau **Dr. Markusy, Gartenstr. 46d.**

Junge Dame,
große Figur, für die **Confection sucht** [2483]
S. Freund,
Königsstraße 1.

Für mein **Schnitt- und Kurzwaaren-Geschäft** wird eine [1920]
Verkäuferin
gesucht per sofort event. 1. April. Bei **freier Station** und Gehaltsansprüche mitzutheilen. Poln. Sprache Bedingung. Offerten an die Exped. der **Bresl. Ztg. u. Chiffre S. K. 108.**

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Telegraphische Witterungsberichte vom 11. Februar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore	763	9	SW 7	bedeckt.	
Aberdeen	755	3	SSW 4	wolkig.	
Christiansund	748	—1	NNO 2	bedeckt.	
Kopenhagen	763	—1	SW 4	Dunst.	
Stockholm	749	3	WSW 6	bedeckt.	
Haparanda	741	—9	NNO 2	bedeckt.	Nordlicht.
Petersburg	—	—	—	—	
Moskau	766	—5	SW 1	wolkenlos.	
Cork, Queenst.	770	9	W 4	wolkig.	
Cherbourg	768	2	SW 3	bedeckt.	
Helder	772	5	WSW 3	wolkig.	
Sylt	763	0	WSW 5	Dunst.	
Hamburg	767	—2	WSW 3	bedeckt.	Neblig
Swinemünde	767	—3	SW 3	bedeckt.	
Neufahrwasser	766	—5	WSW 3	heiter.	
Memel	764	—1	SW 5	Nebel.	
Paris	774	—1	S 1	bedeckt.	
Münster	771	—2	NW 2	bedeckt.	
Karlsruhe	773	—5	SW 3	Nebel.	
Wiesbaden	773	—5	NW 2	bedeckt.	
München	772	—13	S 3	wolkenlos.	Dunst, Reif.
Chemnitz	773	—7	S 1	wolkenlos.	Nebel.
Berlin	773	—3	SW 3	bedeckt.	Reif.
Wien	774	—8	still	bedeckt.	Reif.
Breslau	771	—7	still	Nebel.	
Isle d'Aix	775	—4	NO 2	Nebel.	
Nizza	770	3	ONO 3	heiter.	
Triest	772	2	O 1	wolkig.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein tiefes Minimum, südostwärts fortschreitend, liegt über dem nördlichen Schweden, über der mittleren Ostsee stürmische südwestliche Winde hervorrufend, deren Ausbreitung über die ostdeutsche Küste wahrscheinlich ist. Eine Depression naht auf dem Ocean westlich von Schottland, sodass für Deutschland demnächst unruhiges Wetter mit Erwärmung zu erwarten ist. Bei, an der Küste frischen südwestlichen, im Binnenlande schwachen umlaufenden Winden ist das Wetter vorwiegend trübe und meist wärmer ohne messbare Niederschläge, nur in den südöstlichen deutschen Gebietstheilen herrscht heitere Witterung; am kältesten ist es in München und Hermannstadt, beziehungsweise 13 und 15 Grad unter Null.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil sowie i. V. für das Feuilleton: J. Seckles; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; beide in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.